DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance
DE KNIPSELKRANT
Documents and Analysis ... the Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

In der Bundesrepublik ist es in den letzten Monaten zu regelrechten Attentatsserien auf die öffentliche Stromversorgung gekommen: Statistisch gesehen fällt 1986 jeden dritten Tag ein Strommast einem Anschlag zum Opfer. Die öffentliche Diskussion kreist hektisch, aber uninformiert um Begriffe wie Terrorparagraph, Kopfgeldsummen, Anarchie und Gefährdung von Menschenleben. Der WIENER klärt auf: alles über die Masten, die Attentäter, die Methoden, die Gefahren und die Schutzmaßnahmen. Ein Basisreport von Lukas Lessing.

WIENER *Dezember 86*

Tendenz steigend: „Wir haben erst 1981 zu zählen begonnen", heißt es in der Pressestelle des Bundeskriminalamtes, „da hatten wir drei Anschläge unter dem Titel ‚Sachbeschädigungen an Stromleitungsmasten! 1982 waren es schon fünf, 1983 dann vier, 1984 plötzlich die Steigerung auf dreizehn Anschläge, 1985 elf. Und 1986 halten wir Mitte November bei 92 Anschlägen auf Strommasten: 84mal Absägen oder Abschrauben, achtmal Brand oder Sprengstoff."

„Dieses papier soll die leute ansprechen, die mit dem gedanken spielen, außerhalb der legalität politisch zu arbeiten, weil sie mit ihrer wut im bauch immer nur so weit kommen, wie es der staatsapparat zuläßt", steht im Erfahrungsbericht des Siegers im Wettbewerb „Mastsprengung 85" der Gruppe „Hau weg die Scheiße" („Einstimmige Meinung der staunenden Jury: ‚Einfach umwerfend'"): „Alle anderen wollen wir auf diese idee bringen, nicht, indem wir politisch überzeugungsarbeit leisten, die müßt ihr schon mitbringen, sondern in dem wir zeigen, was für diesen weg notwendig ist und was nicht. Ihr werdet sehen, daß militanz keine elite oder spezialisten braucht. Die erste voraussetzung ist die kompromißlosigkeit in unserem denken und erleben, wenn es um die ungeheuerlichkeiten in staat und wirtschaft geht, die überall passieren, wo immer man hinkotzt. Eine voraussetzung ist deshalb, daß eure maßlose wut stärker sein muß als die angst vor eventuellen konsequenzen, um das durchzustehen, was auf euch zukommt. Ihr bewegt euch auf einem weg, wo aufmerksamkeit und besondere vorsicht ein ‚muß' sind."

Die Täter kennen sich aus: Bei insgesamt knapp 150 Mast-Anschlägen insgesamt gibt es bis dato keine einzige rechtskräftige Verurteilung wegen dieses Deliktes.

Das sind spontane, lose Personenzusammensschlüsse", sagt Christian Lochte vom Hamburger Verfassungsschutz zum WIENER, „und das ist halt sehr schwer greifbar. Militante Autonome, Leute aus dem bürgerlichen Bereich — da ist alles gemischt. Die Sache ist einfach nicht zu überwachen."

„Einen unserer Träume haben wir uns erfüllt", sagt eine beruhigende Frauenstimme auf einem Video, das eine autonome Gruppe, die bereits 1984 einen Mast gleich neben dem damals noch in Bau befindlichen Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe gesprengt hatte, über das Resultat ihrer Aktion verfertigt hat, „der über zehnjährige Kampf gegen das AKW Brokdorf war für viele ein Symbol des Widerstandes und der Hoffnung, unsere Vorstellung gegen die menschenvernichtende Politik dieses Staates selbst zu bestimmen.

Aber während Hoffnung in Resignation umschlägt, wird sich die neue Phase unseres Kampfes nicht ausschließlich auf Startbahn West oder Brokdorf konzentrieren, sondern gegen den Staat selbst. Es ist ein langfristiger Kampf, der Sieg und Niederlage mit einbeziehen muß. Es geht nicht nur um den Sachschaden, sondern auch darum, Möglichkeiten und Kraft zum Aufbau eines eigenständig bestimmten Widerstandes zu finden. Und nicht zuletzt ist er auch Ausdruck unserer Lebensfreude."

Der „eigenständig bestimmte Widerstand" scheint heute, über 100 gefällte Masten später, organisiert: Der „Erfahrungsbericht" der Gruppe „Hau weg die Scheiße" gibt in Druckauflagen von mehreren tausend Stück) detailliert Anleitung — vom Fassen von ersten Planungsschritten bis zur vollendeten Sprengung eines Strommastes.

Die Denkweise militanter AKW-Gegner kann nur nachvollziehen, wer sich ausführlich in Dokumente und Materialien der Autonomen eingelesen hat. Deshalb an dieser Stelle ein ausführliches Textzitat:

„Falls ihr wenig oder gar keine erfahrungen mit illegalen aktionen habt, kann es gut sein, wenn ihr mit kleinen übungen anfangt (z. b. sprühen), um zu sehen, wie du in situationen reagierst, wo du abgegriffen werden kannst, und wie du dich in der gruppe fühlst.... Unter berücksichtigung dieser grundkenntnisse haben wir dann mehrere testserien mit selbsthergestellten sprengstoffen unternommen... In der ersten testreihe füllten wir kleine blechdosen mit verschiedenen mischverhältnissen von puderzucker und unkraut-ex. Gezündet haben wir sie anfangs mit blitzlichtern über eine neun-volt-batterie. Am effektivsten haben sich allerdings gasanzünder, gefüllt mit schwarzpulver aus feuerwerkskörpern, umwickelt mit tesafilm, bewährt... In der zweiten serie testeten wir die besten mischverhältnisse in verschraubten wasserleitungsrohren (baumärkte). Trotz 30 meter entfernung und vergraben landeten die metallsplitter weit hinter uns. Diese erfahrung bewirkte einen zukünftig entsprechend vorsichtigen umgang mit den chemikalien. Bestes mischverhältnis bei uns — 1:4,5 (1 = puderzucker, 4,5 = unkraut-ex)...

Als erstes machten wir erkundungsspaziergänge, bei denen wir die kleidung trugen, die wir später beim mischen und der aktion verwandten. Also dunkle, bequeme kleidung, ohne bisherige spurenanreicherung, ohne kunstfaser, ohne hohen wiedererkennungswert durch individuelle gestaltung. Auch sollte sie nicht allzu verwegen aussehen, um eine eventuelle flucht per öffentlichem verkehrsmittel zu ermöglichen. Bei sämtlichen arbeiten vor ort, beim mischen und verpakken der bekennerbriefe trugen wir sturmhauben, damit kein haar ans objekt gerät... Jacken sollten reißverschlüsse und keine knöpfe haben.

Das mischen und füllen der löscher sollte frühestens einen tag vor der aktion geschehen. Gekachelte bäder eignen sich gut dazu. Nachdem ihr den raum vollständig ausgeräumt habt, verdeckt den rest mit zeitungspapier....Tragt beim mischen keine kleidung. Achtet darauf, daß sämtliche elektrische geräte ausgeschaltet sind und bleiben. Denkt an den gasofen, den boiler und klemmt das telefon ab. Während des mischens ist so auch keine entspannungszigarette möglich.

Mischt möglichst kleine mengen (zum beispiel 550 g)... Niemals mit metall- oder plastikgegenständen umrühren (mögliche funkenbildung) oder einfüllen! Die fertigen zünder verteilt ihr vor dem einfüllen um den mittelpunkt. Um die sprengwirkung in richtung mast zu erhöhen, haben wir uns aus jeweils zirka 25 kg zement, eingefüllt in große müllsäcke, verdämmungen gebaut. Zur befestigung am mast nahmen wir bänder mit spannvorrichtung (zubehör für autogepäckträger/surfbretter).

Ihr seid da, ab jetzt muß die aktion wie ein uhrwerk laufen und jedes gerede aufhören... Jeder nimmt seine festgelegte sache heraus und ab geht es. Tja, und dann steht ihr mit den bomben oder der verdämmung auf dem acker oder sonstwo und ihr merkt auf einmal, ihr habt absolut keine kraft mehr...kalkuliert dies bloß ein. ...während der arbeit vergeßt ihr höchstwahrscheinlich die angst, beim abzeichnen des erfolgs kann sich leicht ein hochgefühl einstellen.

...Versucht euch weiter ständig zu kontrollieren, kein spucken, rotzen oder gar pissen ist möglich. ...wenn ihr fertig seid, packt die restlichen sachen wieder sorgfältig ein, kontrolliert alles nach einer liste, was ihr dabei haben müßt, tja, und dann kann der hebel an der anlage umgelegt werden. Das ist ein gefühl, als wenn..., man kann das nicht beschreiben, wir hoffen, ihr macht die erfahrung selber.

...Wir verstehen nicht, warum so häufig bei anderen die anlagen vorher explodierten; dem vorzubeugen dient unter anderem dieses papier. Also noch einmal ganz klar: objekte, wo ihr als anfänger nicht in ruhe die anlage kontrollieren könnt, laßt lieber fallen, lauft bloß nicht mit einer scharf gemachten bombe herum. Wir sind schon so verdammt wenig leute.

Das bekennerschreiben haben wir in den vorher ausgesuchten briefkasten gesteckt. Beim herstellen haben wir ebenfalls nur materialien verwandt, die neu waren. Das heißt konkret, gebrauchte schreibschablonen, mit denen ihr schon mal gearbeitet habt, dürfen nicht benützt werden, auch wenn ihr sie hinterher wegschmeißt. Das schreiben haben wir mehrere male hintereinander kopiert; also die Kopie ein weiteres mal kopiert usw... Auch hierbei darauf achten, die papiere nicht mehr mit bloßen händen zu berühren. Die briefmarken haben wir in heftchenform aus automaten geholt. Daß wir diese mit mineralwasser und nicht mit spucke oder leitungswasser angefeuchtet haben, ist klar.

So, wir hoffen, ihr seid mit dem „oberlehrerstil" klar gekommen und habt vor allen dingen erkannt, daß diese art der militanz nicht nur notwendig, sondern für jeden machbar ist.

Schließt euch an, bezieht positiv stellung!

In diesem sinne gez. HAU WEG DIE SCHEISSE."

Was folgt, sind detaillierte Anweisungen bezüglich des Umgangs mit Chemikalien, Regeln zu deren Mischung und eine genaue Bauanleitung eines Zeitzünders: Alles, was dazu benötigt wird, sind ein Wecker, ein paar Batterien, ein paar Stecker, Kabel, Kontrollampen und ein Gasanzünder; die Instruktionen füllen Dutzende Seiten. Aber Sie, als Leser, werden Verständnis dafür haben, daß hier keine Anleitung zum Bau einer Bombe gegeben werden soll.

Die Meinungen über die verschiedenen Anschlagsarten gehen innerhalb der Szene auseinander: „Das Sprengen des Mastes geht zwar vor Ort sehr schnell", meint Hans*, und er muß es wissen, „was natürlich von Vorteil ist. Die Vorbereitungszeit, das erforderliche Know-how, der Materialeinsatz und nicht zuletzt die Gefährlichkeit für die Ausübenden sind jedoch wesentlich größer als beim Absägen. Alles, was man dazu braucht, ist praktisch eine Metallsäge. Nicht zu klein, weil so ein Mastenständer ist ganz schön dick, so mit 30 bis 50 Zentimeter Bügellänge zirka."

„Reservesägeblätter braucht man noch ein paar", sekundiert Grete*, „und Handschuhe natürlich. Und vielleicht ein Kontaktmittel, eine Flüssigkeit wegen des Sägelärmes, wenn man in der Nähe von bewohnten Häusern arbeitet."

„Aber das ist es auch schon", so Hans, „vier oder fünf Leute, das ist ideal. Vier sägen, einer schaut. Zuerst bestimmt man die Fallrichtung, eventuell auf eine zweite Leitung zu, wenn noch eine da ist, das gibt einen viel größeren Effekt – jedenfalls muß der Mast im rechten Winkel zur Leitungsrichtung gefällt werden. Aus den beiden Eckpfeilern, die in der Fallrichtung stehen, muß man jeweils einen Keil raussägen, in Brusthöhe zirka, damit man beim letzten Schnitt genug Platz hat zum Ausweichen."

„Zuerst aber nur einen Schnitt pro Pfeiler", meint Grete, „und je einen Schnitt in die beiden anderen Pfeiler. Die vier Schnitte müssen alle dieselbe Neigung haben, also in Richtung Fallrichtung abwärts."

„Wenn alle vier Pfosten durch sind", so Hans, „dann wird auf den beiden Pfosten der Fallrichtung zum Gegenschnitt angesetzt, also vom unteren und außen zu gelegenen Schnittende wieder nach unten, und zwar nach innen zu, so daß ein Keil entsteht. Am Ende darf immer nur einer arbeiten, weil es dann schon ziemlich gefährlich wird, die anderen warten schon im Auto. Fallen die Keile nicht von selbst heraus, muß man mit dem Vorschlaghammer nachhelfen, und dann rennen, rennen – natürlich entgegengesetzt zur Fallrichtung."

„Rennen ist nicht so gut", meint Grete, „es heißt doch immer, mit kleinen, hüpfenden Schritten..."

„Aber wenn der Mast kommt,

dann schaue ich doch einfach, wie ich wegkomme..."

Über das fachgerechte Sich-entfernen von stürzenden Strommasten entwickelt sich eine beinahe akademisch zu nennende Diskussion — entsprechendes Organ dafür ist zum Beispiel die Berliner *tageszeitung:* „Trotzdem muß man wegen des Kurzschlusses so abhauen, daß man nur kleine Schritte macht und dabei immer ein Bein auf dem Boden behält", meint „Andy" von den „Revolutionären Heimwerkern" in einem *taz*-Interview vom 23.7.86 (das übrigens ein als Sommervertretung für den Innenpolitischen Sprecher der CDU tätiges Bundestagsmitglied als Anleitung zu strafbarem Handeln aufgefaßt und die Berliner Staatsanwaltschaft zum Eingreifen aufgefordert hatte — ohne Reaktion seitens der Staatsanwaltschaft).

„Zu unserem Interview mit den beiden Strommastknackern von den ‚Revolutionären Heimwerkern' erreichte uns eine warnende Zusatzinformation der Berufsgenossenschaft", heißt es eine Woche darauf auf der Leserbriefseite der *taz:* „Wenn ein Hochspannungskabel unisoliert, womöglich feuchte Erde berührt, fließt Strom in die Erde ab. Das ist zunächst nicht weiter gefährlich für in der Nähe Stehende. Der Strom verteilt sich in alle Richtungen, auch nach unten. Dabei baut sich mit zunehmender Entfernung die Spannung ab. Das heißt zwischen zwei unterschiedlich weit vom Aufschlagpunkt entfernten Punkten besteht ein Spannungsgefälle, das auch bei einer Schrittlänge ganz erheblich sein kann. Durch den Körper fließt dann ein Kurzschlußstrom, der dem Spannungsunterschied zwischen dem Auftrittspunkt des rechten und des linken Fußes entspricht. Unser Rat daher: Hüpfen; also immer nur einen Fuß auf dem Boden haben. Oder mit beiden Beinen gleichzeitig springen."

„Der Zusammenhang ist offensichtlich", meint Oberstaatsanwalt Alexander Prechtel von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zum WIENER, „nachdem die *taz* dieses Interview mit den Mastattentätern abgedruckt hatte, ist die Zahl der Anschläge sofort entsprechend angestiegen — ganz klar eigentlich. Wenn mir was stinkt, und ich sehe, die anderen machen was dagegen, und es klappt, mach' ich's auch.

n der kalten Jahreszeit muß man sowieso mehr aufpassen", meint Hans. „Gummistiefel sind da eigentlich unerläßlich, weil der Boden doch immer irgendwie feucht ist. Das müssen möglichst hohe Stiefel sein, und was wichtig ist, sie müssen, oben zumindest, außen trocken sein — sonst leiten sie ja wieder den Strom weiter."

Der Ideenreichtum der Attentäter scheint unerschöpflich: „Was bleibt, ist der Einsatz unserer Kreativität und die Anwendung anderer Aktionsformen, die sie nicht zerreden können", wird in einem holländischen Video (mit deutscher Übersetzung) ein Schlußstrich unter die herkömmliche Anti-AKW-Bewegung gezogen. Das Band zeigt ein Attentat der Gruppe „Daniel Düsentrieb und die Helferlein" gegen eine Stromleitung in den Niederlanden: die einzelnen Drähte der Leitung wurden kurzgeschlossen. Zur Musik des amerikanischen Zivilisationskritikfilmes „Koyanisquaatsi" sieht man vermummte Gestalten, die an einer Hochspannungsleitung auf einer weiträumigen Wiese hantieren. Mitten am Tag!

Eine nichtleitende Schnur wird über die Leitung geworfen, an deren Ende wiederum eine etwas dikkere Plastikschnur befestigt. Die ganze Konstruktion wird darauf um die Leitungsdrähte fester gezogen. An einem Schnurende wird ein zwölf Meter langes Kupferkabel fixiert, ein Zentimeter dick, fünffach ineinander verdreht. Am Ende dieses Kupferkabels ist ein vierfacher kupferner Widerhaken, wie ein kleiner Anker anzusehen. Das Kupferkabel wird durch die Plastikschnur zur Leitung hinaufgezogen, was einen kleinen Blitz vor dem Berühren des ersten Leitungsdrahtes ergibt. Kommt das Kupfer mit dem zweiten Draht auch in Kontakt, gibt es einen „gewaltigen Lichtblitz" — das Videoband ist schlagartig überbelichtet, man sieht nur mehr weißes und schwarzes Zucken. „Das ist gefährlich für die Augen, da darf man nicht hingukken", sagt der Sprecher im Video.

Attentate auf Strommasten, das ist keine ungefährliche Angelegenheit. Und sie treffen ungeschützte, schwache Masten — eigentlich gar nicht besonders sportlich. Mehr über die unbekannte Mastenwelt erfährt man in einem Aufsatz von Dieter Popp in der Zeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung", herausgegeben von der „Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung" des Umweltbundesamtes (Heft 7/8, 1985). Die Ergebnisse:

- Auf einem Kilometer Leitungsnetz wurden in den Niederlanden jährlich 700 tote oder schwerverletzte Vögel registriert.
- Bienen zeigen unter Freileitungen ernste Verhaltungsstörungen.
- 100 Meter beiderseits der Hochspannungsleitungen brüten so gut wie keine Vögel mehr.
- Elektronische Geräte leiden unter den elektromagnetischen Feldern der Leitungen (So verunglückte kürzlich in den USA ein Motorradfahrer tödlich, weil seine elektronisch gesteuerte Armprothese durch den Einfluß des elektromagnetischen Feldes unter einer Leitung unmotiviert zu reagieren anfing).
- Bei feuchter Witterung vor allem kommt es zu Koronarentladungen, wodurch Ozon gebildet wird. Das Waldsterben entlang der Leitungen nimmt deswegen sprunghaft zu.

Freileitungen mit Hoch- und Höchstspannungen scheinen also unvermeidlich, wird am gegenwärtigen Energiekonzept festgehalten: keine kleinen, dezentralen Kraftwerkseinheiten beim Verbraucher, sondern riesige Kraftwerke, durch so und so viele Faktoren an bestimmte Standorte gebunden, und Verbrauchsschwerpunkte, die nicht dort sind, wo die Kraftwerke stehen.

Stromleitung ist nicht gleich Stromleitung: In der Bundesrepublik gibt es auf Masten verlegte Stromkreise mit einer Gesamtlänge von 459998 Kilometern, die schwächsten Leitungen beim Endverbraucher auf dem flachen Lande (unter sechs Kilovolt) nicht mitgerechnet (in den Städten sind solche Leitungen in der Regel unterirdisch und verkabelt).

Diese Stromkreislänge ist nicht gleich bedeutend mit der Länge der Freileitungen überhaupt, sind doch so gut wie alle Überlandmasten mit mehreren Stromkreisen bestückt. So gibt es ungefähr 7000 Kilometer Hochspannungsleitungen auf der 380-Kilovolt-Ebene (Höchstspannungsebene) und 7740 Kilometer auf der 220-Kilovolt-Ebene (Hochspannungsebene): Über 180000 im gesamten Bundesgebiet.

Je höher die Spannung, desto geringer die Übertragungsverluste, desto billiger der Stromtransport. Und desto höher die Masten, desto länger die Ausleger, desto dicker die Isolatoren — zum Schutz gegen Funkenflug zwischen den einzelnen Drähten. Und desto gravierender ein Ausfall, zum Beispiel nach einem Attentat: Fällt ein 380000-Volt-Mast, müssen oft europaweite Aktionen gestartet werden, um den Zusammenbruch des Verbundnetzes zu verhindern.

Das Verbundnetz: man hat es sich wie ein System kommunizierender Röhren vorzustellen, in das alle größeren Kraftwerke Europas ihre Energie einspeisen — Strom mit einer Frequenz von genau 50 Hertz schwingt in sämtlichen Leitungen.

Fällt nun irgendwo eine Leitung innerhalb dieses Netzes aus, wird innerhalb von Sekundenbruchteilen und automatisch der Strom auf andere Bahnen umgeleitet — so das möglich ist (und es ist fast immer möglich). Der Strom, der dadurch oft riesige Umwege fließt, kommt dann mit entsprechend höheren Übertragungsverlusten bei seinem Ziel an — und es kann zu Überlastungen und damit zum Ausfall der Umleitungsstrecke kommen. Das macht wiederum weitere Umleitungen nötig, die Überlastungen werden immer gravierender, Teile des Netzes können zusammenbrechen.

Das muß jedoch, wie gesagt, nicht immer so sein: Oft gibt es nach Attentaten auf Hochspannungsleitungen nur einen sekundenbruchteillangen Spannungsabfall, der aber keine weiteren Folgen nach sich zieht — von Beeinflussungen hochempfindlicher Geräte wie Computeranlagen, die auch schon auf geringste Spannungsschwankungen reagieren, einmal abgesehen.

Zwei Beispiele: In der Nacht vom 15. auf den 16.10.1986 erfolgte ein Anschlag auf den Winkelabspannmast Nr. 21 der 110000-Volt-Leitung Amberg-Weiden im Tätigkeitsbereich des Bayernwerks. Der 30 Meter hohe Stahlgittermast stürzte um 2.34 Uhr um — durch den darauffolgenden Kurzschluß schaltete sich die Leitung automatisch ab. Es wäre energieversorgungsmäßig sozusagen nichts passiert — trotz zweiwöchiger Reparaturzeit kam es zu keinen Stromengpässen oder gar Ausfällen —, wenn der Mast nicht auf eine regionale Versorgungsleitung der OBAG mit einer Kapazität von 20000 Volt gefallen wäre.

Das Resultat: im Raum Hirschau war es bis zu fünf Stunden finster — die regionalen Stromsysteme auf dem Land verfügen eben nicht über diese engmaschige Vernetzung — wenn zu einem Ort nur eine Leitung führt, dann gibt es dort eben keinen Strom, wenn ein Mast dieser Leitung gefällt wurde.

Das zweite Beispiel: Zwei Nächste davor, also in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober 1986, wurde von unbekannten Attentätern der Abspannmast Nummer 55 in der Nähe von Monatshausen der 220000-Volt-Leitung der Bayernwerk AG von Oberbrunn über Krün nach Sellrain-Silz angesägt und gegen 0.28 Uhr zum Umstürzen gebracht.

„Durch den Ausfall der betroffenen Verbundleitung zwischen Bayern und Tirol kam es zu einem etwa halbstündigen Stromausfall in großen Teilen Tirols (Kufstein, Kitzbühel, St. Johann und andere)", heißt es in der entsprechenden Pressenotiz des Bayernwerks, „aufgrund des gerade herrschenden Stromflusses auf der Leitung in Richtung Tirol war Oberbayern von den Ausfällen nicht betroffen."

Das saß: ein halbstündiger Stromausfall in einem so großen Gebiet, das ist bei der Kapazität des heutigen Leitungssystems bereits eine Seltenheit. Der Grund dafür? — „Wir haben im Verbundsystem eine gewisse Schwäche, was die Nord-Süd-Verbindungen betrifft", meint Walter Weber, Pressesprecher des Bayernwerkes zum WIENER, „die die Spitzenlasten erbringenden Speicherkraftwerke der Alpen auf österreichischem Gebiet sind dadurch mit den die Grundlast erzeugenden Kraftwerken der Bundesrepublik verbunden. Kommt es ier durch Attentate zu weiteren Engstellen, bringt das Probleme mit sich."

In den Bekennungen der Attentäter ist immer wieder von ihrer Gegnerschaft zur Atomwirtschaft, zur „Atommafia", wie sie dort genannt wird, die Rede — die soll durch die Attentate getroffen werden. „Ein völliger Unsinn", meint Dr. Bülow, Pressesprecher der RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) zum WIENER, „Atomstrom gibt es ja gar nicht, der ist ja nicht grün oder gelb oder rot angestrichen. Alles ist ein Verbundnetz — da fließt ein Strom und sonst nichts. Die Anschläge haben also keinen Nutzen.

Oder — bei gleicher Betrachtungsweise andersherum — in allen bundesdeutschen Leitungen fließt Strom aus Atomkraftwerken, nämlich ziemlich genau zu einem Drittel (34 Prozent) — alle Anschläge, könnte man folgern, treffen die „Atommafia".

Doch auch hier gibt es Unterschiede: In den Ableitungen der einzelnen Kraftwerke direkt, also in den Leitungen vom Kraftwerk bis zur ersten Umspannstation, da fließt natürlich ausschließlich Strom aus dem betreffenden Kraftwerk. Handelt es sich dabei um ein Kernkraftwerk, dann fließt dort logischerweise zu hundert Prozent Atomstrom.

Hier liegt eine große Gefahr verborgen: Wird ein in voller Fahrt befindliches Kraftwerk vom Stromnetz getrennt, kann es seinen laufend anfallenden Strom also nicht ins Netz einspeisen, muß es unverzüglich abgeschaltet werden — von einer Sekunde auf die andere sozusagen. Andernfalls würde die Turbine immer schneller arbeiten, die Fliehkraft der einzelnen Schaufeln (schon im Normalbetrieb mit der Kraft eines Airbus gleichzusetzen) würde immens gesteigert werden, die Anlage würde sich selbst zerstören, der Schaden *wäre ungeheuer groß*.

25 Prozent aller erdenklichen Kernschmelzunfälle, also Supergaus à la Tschernobyl, sind auf Notstromfälle zurückzuführen, bei denen irgendwas nicht klappt.

Zu einem solchen Notstromfall kam es nach einer Reaktorschnellabschaltung schon öfters — wenn es nicht gelingt, die Reaktorleistung dermaßen runterzufahren, daß der Reaktor genau seinen Eigenbedarf zur Nachkühlung deckt beziehungsweise wenn es nicht gelingt, den Reaktor auf Fremdversorgung zu schalten, das heißt, ihn mit Strom aus dem allgemeinen Stromnetz zu versorgen: dann müssen die Notstromaggregate angeworfen werden. Und die müssen — siehe Tschernobyl — auch funktionieren.

Das Beispiel dazu: Der Sprengstoffanschlag auf die Hochspannungsleitung, die das Kernkraftwerk Krümmel mit dem Netz verbindet, verübt durch die Gruppe „Hau weg die Scheiße", „Der Anschlag wurde auf einen 70 Meter hohen Gittermast verübt, der zwei 380-Kilovolt- und zwei 110-Kilovolt-Leitungen trug", heißt es im

„Handbuch der Atomwirtschaft 1986", „die Trasse verbindet das Abspannwerk Hamburg Ost der Hamburgische Electricitätswerke AG mit dem Kernkraftwerk."

Krümmel ist nur durch eine Leitung mit dem Netz verbunden – ein gekippter Mast führte dementsprechend zur unumgänglichen Schnellabschaltung. Das Kraftwerk mußte seinen Betrieb für eine Woche aussetzen, der Gesamtschaden belief sich auf zwölf Millionen Mark – wohl die größte Schadenssumme, die bisher bei derartigen Anschlägen verursacht wurde.

Was sind nun demzufolge die gefährdetsten Stromtrassen der Bundesrepublik?

- Die Verbindungsstrecken zwischen den einzelnen Atomkraftwerken und dem ersten Umspannwerk des Verbundnetzes im allgemeinen.
- Die Verbindungsstrecken zwischen Atromkraftwerken und dem ersten Umspannwerk des Verbundnetzes im besonderen, die die GESAMTE Kapazität des betreffenden AKWs befördern, also AKW mit nur EINER Verbindung mit dem Netz (die Strecke Krümmel – Umspannwerk Hamburg-Ost, AKW Biblis – Umspannwerk Ried, AKW Neckarwestheim – Umspannwerk Neckarwestheim, AKW Gundremmingen – Umspannwerk Gundelfingen).
- Die zentralen Nord-Süd-Trassen (zum Beispiel die Strecken Kühmoos-Bürstadt, Laufenburg (Schweiz) – Bürstadt, Bürs (Österreich) – Hoheneck, beziehungsweise die nördlichen Fortsetzungen Bürstadt – Weißenthurm und Weißenthurm – Rommerskirchen.
- Die einzige Verbindung zwischen der Bundesrepublik und dem nordeuropäischen Verbundsnetz (Audorf – Flensburg)
- Gefährdet sind insbesondere die zentralen Umspannwerke der Bundesrepublik – ihre Stillegung hätte fatale Folgen für die Stromversorgung (Bürstadt, Weißenthurm, Hoheneck und so fort).
- Besonders befürchtet werden muß außerdem jedwedes kombinatorische Vorgehen der Mastattentäter: Biblis vom Netz genommen und gleichzeitig eine der wichtigen, oben genannten Nord-Süd-Verbindungen gekappt – womöglich noch in der ohnehin mit viel größeren Spitzenwerten belasteten Winterszeit –, das würde das Verbundsystem wahrscheinlich nicht so ohne weiteres verkraften.

Wie kann sich die Elektrizitätswirtschaft schützen? – Der *SPIEGEL* spricht in seiner Ausgabe vom 27.10.1986 von drei Meter hohen Betonsockeln, auf denen die Masten montiert werden sollen, von Wachtposten, die nachts längs der Stromtrassen marschieren sollen, „wie Soldaten am Kasernenzaun", von elektronischen Kameras, Schalldetektoren und allerlei feinmechanischem Gerät.

Bei den Elektrizitätsunternehmen weiß man von alledem nichts, und wenn man's wüßte, man würde nichts davon verraten. Tatsache ist, daß es bereits installierte Schallüberwachungen an manchen Masten gibt, Tatsache ist, daß es routinemäßige Hubschrauberkontrollflüge entlang der Trassen gibt (die natürlich nur untertags) – und Tatsache ist, daß all diese Sachen nichts gebracht haben – bisher. „Wie soll denn das gehen?" fragt Dr. Bülow, Pressesprecher der RWE den WIENER, „soll man neben jeden Masten einen Polizisten stellen?

Also werden andere Dinge gemacht: Das BKA erinnert die Bevölkerung daran, auf Auffälligkeiten in der Nachbarschaft zu achten (Unkraut-Ex, Metallbehälter verschiedener Größe wie Feuerlöscher, Gasflaschen sowie selbsthergestellte Eisenquader).

Es werden hohe Belohnungen ausgeschrieben – 100 000 Mark zum Beispiel vom Bayernwerk „für Hinweise, die in den nächsten sechs Monaten zur Ergreifung von Personen führen, die Anschläge auf Einrichtungen der Stromversorgung in Bayern verübt haben" – weil, so das Bayernwerk in einer Zeitungsanzeige, „sogar die Gefährdung von Menschenleben in Kauf genommen" werde: Auf Straßen zum Liegen gekommene Maste oder Mastteile könnten Verletzungen hervorrufen, nächtliche Spaziergänger, Rad- oder Traktorfahrer sowie Reiter könnten, so wie sie an geneigte, aber noch nicht umgestürzte, also der Funktion nach noch intakte, Stromleitungen ankommen, schwerste Verbrennungen erleiden."

Außerdem sollen die gesetzlichen Grundlagen verbreitert werden: Paragraph 129a, der die Bildung von und Mitgliedschaft bei terroristischen Vereinigungen unter Strafe stellt, soll auf Straftäter erweitert werden, die Anschläge auf Personen- und Lastkraftwagen und auf Energieanlagen und andere Versorgungseinrichtungen verübt haben.

Schließlich soll der Paragraph 130a wiedereingeführt werden, der die Anleitung zu Straftaten unter Strafe stellt: Hier besteht die Gefahr, daß auch objektive Informationen über das Problem von Sabotage und Terrorismus unterdrückt werden könnten.

Die Scharfmacher der Medien- und Politszene fordern diesen Paragraphen vehement – doch gerade diese Leute – und das ist das Paradoxe an der Situation –, gerade diese Scharfmacher sticheln Saboteure wie Strommastenumleger zu ihren Straftaten an. Das ist erwiesen – der WIENER zitiert an dieser Stelle aus einem Stellungspapier aus der entsprechenden Szene.

Titel: *„Kämpfende Gummizellen."* „Die erste Sorte Kritik (an Delikten wie dem Umsägen von Strommasten, Anmerkung des Verfassers) kann man täglich in der Zeitung finden, es ist wohl diejenige, die den Autonomen am meisten schmeichelt: die Vertreter von Staat und Kapital, also dessen, was in der Diktion der Autonomen das ‚Schweinesystem' ausmacht, kontern voll gut: ‚Reisende Schwerstkriminelle', ‚vermummte Wochenendterroristen' und so weiter, und so fort. Das gefällt dem Autonomen, er fühlt sich als Systemfeind ernstgenommen, der Grad der Kriminalisierung scheint die politische Wirksamkeit des eigenen ‚Widerstandes' zu belegen."

Schau, schau.

* Namen von der Redaktion geändert.

.SDZ 27-11-1986

Lang: Umsägen von Strommasten kommt Mordversuch gleich

Innenministerium will Anschläge intensiv verfolgen / Hohe Belohnungen

MÜNCHEN (SZ) – Das bayerische Innenministerium bläst jetzt zur allgemeinen Jagd auf Täter, die Anschläge auf Einrichtungen der Energieversorgungsunternehmen und der Bundesbahn verüben. Beim Landeskriminalamt in München wurde zu diesem Zweck eine Sonderkommission eingesetzt, die mit vorerst zehn hochqualifizierten Beamten die Fahndung nach den Attentätern koordinieren und in einzelnen, besonders schwerwiegenden Fällen selbst führen soll. Innenminister August Lang und sein für die Polizei zuständiger Staatssekretär Peter Gauweiler riefen darüber hinaus die Bevölkerung zu intensiver Mithilfe bei der Fahndung auf. In den nächsten Tagen sollen eine Million Flugblätter in den bayerischen Bahnhöfen und Nahverkehrsmitteln ausgelegt werden. Von der Polizei und der Bayernwerk AG wurden Belohnungen in Höhe von insgesamt 150 000 Mark ausgesetzt für Hinweise, die zur Ergreifung von Tätern führen.

Innenminister Lang begründete diese Maßnahmen damit, daß die Zahl der Anschläge insbesondere gegen Strommasten seit Anfang 1986 sprunghaft angestiegen sei. Seit dem 1. Januar 1986 wurden laut Lang in Bayern 39 Beschädigungen von Strommasten registriert. Von den Masten, gegen die sich die Anschläge richteten, sind 30 umgestürzt, davon waren 24 Holzmasten von zehn- beziehungsweise 20-Kilovolt-Leitungen. Je dreimal stürzten Masten von 110- und 220-kV-Leitungen, zwei Anschläge richteten sich gegen 380-kV-Leitungen. Die bayerischen Stromversorgungsunternehmen beziffern den dabei entstandenen Schaden auf mehr als zwei Millionen Mark. Meistens gingen die Täter mit Metallsägen zu Werk, ein Sprengstoffanschlag auf eine Überlandleitung in der Nähe von Gundremmingen wurde rechtzeitig entdeckt und verhindert. Bisher konnten die Täter in keinem Fall ermittelt werden.

Innenminister Lang erklärte am Mittwoch vor der Presse, es handle sich um eine „weiträumig angelegte Anschlagsserie, durch die das Leben und die Gesundheit zahlloser Bürger in Bayern akut gefährdet werden". Nach Langs Ansicht erfüllt das Umsägen von Strommasten den Tatbestand des Mordversuchs. Die Täter nähmen, so der Minister, gezielt in Kauf, daß unbeteiligte Bürger zu Schaden kämen. Als gravierendstes Beispiel verwies Lang auf den Fall eines umgesägten Oberleitungsmasten an der Bahnstrecke München–Tutzing am 5. Oktober. Nur durch Glück und Zufall sei verhindert worden, daß ein vollbesetzter S-Bahn-Zug in den umgestürzten Masten fuhr. Weil die Oberleitung nicht riß, war der Mast in schräger Stellung hängengeblieben, so daß die S-Bahn darunter durchfahren konnte. Staatssekretär Gauweiler vertrat die Ansicht, die Täter hätten „tückisch und geschickt" den Zeitpunkt für ihr Attentat so gewählt, daß der letzte S-Bahn-Zug, der üblicherweise noch gut besetzt ist, auf den Leitungsmast geprallt wäre. Dies seien, so Gauweiler, „nicht mehr Aktionen eines frustrierten Oberschülers", hier werde gezielt ein Anschlag auf das Leben von Hunderttausenden von Eisenbahnbenützern angestrebt.

Die Fahndung nach den Tätern gestalte sich vor allem wegen der großen Zahl der gefährdeten Objekte schwierig, erklärte Lang. Es gebe in Bayern rund 16 000 Strommasten, die unmöglich rund um die Uhr von einem Polizeibeamten bewacht werden könnten. Deshalb sei es nötig, daß nun auch die Bevölkerung in besonderer Weise in die polizeiliche Strategie integriert werde. Den Anschlägen gehe meist eine sorgfältige Standortsuche durch die Täter voraus, außerdem erfordere das Umsägen eines Metallmasten einen erheblichen, lang andauernden Arbeitsaufwand. Der Minister forderte insbesondere Wald- und Forstarbeiter, Jäger, Landwirte, Spaziergänger oder Jogger auf, verdächtige Wahrnehmungen umgehend bei der nächsten Polizeidienststelle zu melden.

„Ideologisch motivierte Gewalttäter"

Bei den Tätern handelt es sich nach den Erkenntnissen des Innenministeriums um „ideologisch motivierte Gewalttäter", die mit der Störung der Energieversorgung das gesamte Gesellschaftssystem der Bundesrepublik treffen wollten. Darüber, so Lang, könne auch der bei vielen Anschlägen gegen Strommasten hergestellte Bezug zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht hinwegtäuschen. Von den in Bayern gezählten 39 Anschlägen auf Strommasten ereigneten sich 26 in der Oberpfalz, der überwiegende Teil davon im weiteren Umkreis der Wackersdorfer Baustelle.

Die bayerische Staatsregierung hat schon Anfang November einen Gesetzentwurf gebilligt, der Anschläge auf lebenswichtige Versorgungsbetriebe in besonders schweren Fällen mit höheren Strafen ahnden soll. Ein „besonders schwerer Fall" soll nach diesem Entwurf dann vorliegen, wenn eine Vielzahl von Menschen längere Zeit betroffen ist (beispielsweise durch Stromausfälle) oder wenn die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern beeinträchtigt wäre. In diesen Fällen sollen den Tätern nach dem Willen der bayerischen Staatsregierung Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren drohen.

Sprengstoffanschlag auf Amtsgericht

Borken/Westfalen (dpa) – Auf das Amtsgericht im westfälischen Borken haben Unbekannte Sonntag nacht einen Sprengstoffanschlag verübt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Fenster und Teile des Dachs wurden zerstört, als der in einem Kanister gefüllte Sprengstoff außen am Gebäude explodierte. Der Sachschaden wird auf 10.000 DM geschätzt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

TAZ 1.12.86

Kernkraftgegner zerstören Bagger einer Baufirma

SDZ 26.11

ISMANING – Sachschaden in Höhe von 1,5 Millionen Mark entstand bei einem Brandanschlag auf einen Raupenbagger in Ismaning. Unbekannte Täter hatten das Gerät mit einem mehr als 20 Meter langen blauen Baumwolltuch umwickelt, mit Bezin getränkt und angezündet. Die Flammen zerstörten zunächst das Führerhaus. Weil aus den angesengten Hydraulikschläuchen aber Öl entwich, entwickelte sich ein so intensiver Brand, daß der Bagger völlig zerstört wurde.

Die Täter hinterließen mehrere Schreiben mit dem Inhalt „WAA nie, Münchner Bürger". Für das Benzin wurde ein grüner Fünf-Liter-Kanister mit schwarzem Einfüllstutzen benützt. Der Bagger stand auf einer Baustelle für die neue Kanalisation nach Großlappen und wurde zum Verlegen von großen Betonröhren verwendet.

Die Baufirma, die auch an der Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf (WAA) beteiligt ist, war schon früher mehrfach das Ziel von Anschlägen von Kernkraftgegnern.

Anschläge auf Haus eines Anwalts und auf Gericht

SDZ 1.12.86 Berlin (Reuter)

Auf die Villa eines Rechtsanwalts im Berliner Stadtteil Schmargendorf im Grunewald ist von Unbekannten ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Bei der Explosion wurde eine 18jährige Frau, eine Untermieterin des Hauses, leicht verletzt. Beschädigt wurde eine Anbaugarage, und etwa 20 Fensterscheiben umliegender Häuser wurden zerstört. Motiv und Täter waren zunächst unklar.

Unbekannte haben einen Sprengstoffanschlag auf das Amtsgericht in Borken (Westfalen) verübt. Nach ersten Erkenntnissen hatten es die Täter anscheinend auf das Heizöllager im Keller abgesehen, verwechselten aber die Kellerfenster. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sollte die „Gemeingefährlichkeit" mit einer in der Nähe abgestellten geöffneten Gasflasche noch erhöht werden. Die Feuerwehr konnte den Brand löschen, ehe die Flammen die Öltanks erreicht hatten. Der Schaden wird auf 15 000 Mark geschäft. Auf die Täter und ihre Motive gibt es noch keine Hinweise.

DIE ZEIT – Nr. 49 – 28. November 1986

Anschlag auf Wissenschaftler

Dort, wo die Spree einen großen Bogen macht, steht ein gläserner Rundbau, hell und freundlich – das Schmuckstück der Technischen Universität Berlin. Die 400 Wissenschaftler, die dort arbeiten, gelten als besonders tüchtig. Sie stehen im Dienste eines Doppelinstituts – des im Neubau vereinten TU-Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik und des Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik der Fraunhofer-Gesellschaft. Daß sich zur großen Einweihungsfeier dieses neuen Produktionstechnischen Zentrums der Bundespräsident und viel andere Prominenz angemeldet hatte, wäre ein Grund zur ungetrübten Freude gewesen, wenn sich nicht eine Unzahl ziviler und uniformierter Polizisten unter die Menge hätte mischen müssen. Aus Sicherheitsgründen. Ein paar Tage zuvor waren auf dem Grundstück des Institutsleiters Professor Günter Spur im Grunewald zwei Brandsätze explodiert.

Der eine Brandsatz hatte den Dienstwagen des Professors in Flammen gesetzt, auch das Auto seines Sohnes wurde beschädigt. Der andere hatte die Fenster des Wintergartens zertrümmert. Im Garten fand Spur Flugblätter, in denen sich die Täter als „Militante AKW-Gegner" zu erkennen gaben und mit weiteren Anschlägen drohten.

Dem 58jährigen Ingenieurwissenschaftler, der verwundert zur Kenntnis nahm, daß er „am gleichen Tag für die gleiche Arbeit eine Ehrendoktorwürde der DDR und eine Bombe in Berlin bekam", warfen die Unterzeichner vor, als Aufsichtsratsmitglied in der Kraftwerksunion „direkt für die Atommafia" tätig zu sein. Gleichzeitig kreideten sie dem international bekannten Hochschullehrer seine Arbeit als Leiter des genannten Doppelinstituts an. Er fördere die in der ganzen Welt voranschreitende Automatisierung in den Fabrikhallen durch computergesteuerte Maschinen und Industrieroboter. In dem Schreiben wurde schließlich auch jene junge Protestgruppe erwähnt, die vor drei Jahren in die ehemaligen Räume des Fraunhofer-Instituts am Tauentzien eingedrungen war und unter anderem Rechner zerstört hatte.

Seit den Verwüstungen in den alten Räumen des Fraunhofer-Instituts hatte es immer wieder Drohungen gegeben, auch am Neubau war bereits ein Sprengsatz gezündet worden – doch, daß „auch die private Sphäre davon betroffen würde", hatte sich der Wissenschaftler bisher nicht vorstellen können.

Der Institutsleiter räumt ohne weiteres ein, daß Produktionstechniker im Auftrag der Wirtschaft forschen, dies treffe auch auf sein Institut zu. Der Etat des Fraunhofer-Instituts werde zu 81 Prozent aus Aufträgen für das Bonner Forschungsministerium und der Wirtschaft bestritten. Das Budget des TU-Instituts bestehe zu 60 Prozent aus Drittmitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der VW-Stiftung.

Den Vorwurf seiner Gegner, er sei dafür verantwortlich, daß in den Fabrikhallen der Zukunft kaum noch Menschen an den Maschinen ständen, hält Spur für ungerecht. In Berlin jedenfalls habe er mehr hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen als jeder Unternehmer. Nicht nur an seinem Doppelinstitut. Von dort hätten ehemalige Assistenten neue Firmen gegründet, er selber habe mit großen deutschen Automobilfabriken Tochterfirmen eingerichtet. Ungefähr 800 Ingenieure arbeiteten so an produktionstechnischen Projekten. Wenn in Berlin heute die „differenzierte intelligente Technik zu Hause sei", rechne er sich das auch als sein Verdienst an. Seinen Kritikern hält der Produktionstechniker vor, „ein emotionales Verhältnis zur Fabrik des vorigen Jahrhunderts" zu haben, deren unhaltbare Zustände aber außer acht zu lassen.

Dorothea Hilgenberg

kommunikee

WEST-BERLIN, 20.11.86/

KAMPF AUF ALLEN EBENEN!

GÜNTER SPUR IST EIN VIELBESCHÄFTIGTER MANN. NEBEN SEINEN TÄTIGKEITEN ALS LEITER DES DOPPELINSTITUTS FHG-TU FÜR PRODUKTIONSTECHNIK(1), ALS SENATOR DER DFG(2), ALS KURATOR BEI DER PTB(3), IST ER ALS AUFSICHTSRAT BEI DER KWU(4) DIREKT FÜR DIE ATOMMAFIA TÄTIG.

IN DEM DOPPELINSTITUT FÜR PRODUKTIONSTECHNIK WIRD VOR ALLEM FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG AUF DEM GEBIET COMPUTERGESTEUERTER FERTIGUNGSANLAGEN (FABRIKROBOTER) BETRIEBEN. DIESE ARBEIT IST ALLEIN AN DEN INTERESSEN DER GROSS- UND MITTELINDUSTRIE AUSGERICHTET. SIE HAT DIE AUFGABE NEUE ABSATZMÄRKTE DURCH NEUE TECHNOLOGIEN ZU SCHAFFEN, UM EINE LÖSUNG DER KAPITALISTISCHEN KRISE OHNE TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNG DES GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN SYSTEMS ZU ERZWINGEN - DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND MACHTPOLITISCHEN VORRECHTE DER HERRSCHENDEN KLASSE AUF UNSERE KOSTEN ABZUSICHERN. DENN EINE NOCH STÄRKERE MECHANISIERUNG UND COMPUTERISIERUNG WIRD WEITERE ARBEITSPLÄTZE VERNICHTEN, NOCH MEHR MENSCHEN INS SOZIALE ABSEITS DRÄNGEN.

GÜNTER **SPUR** IST EIN WISSENSCHAFTLER DES KAPITALS, DER SICH EINEN DRECK UM DIE NEGATIVEN FOLGEN SEINER ARBEIT **SCHERT.**

UNSERE AKTION IST ALS WARNUNG ZU VERSTEHEN DIE ARBEIT WIE BISHER VORTZUSETZEN. VERBUNDEN MIT DER FORDERUNG:

ER SOLL DAS WISSENSCHAFTLICHE, TECHNISCHE KNOW-HOW SEINES INSTITUTS EINSETZEN UND SEINE FUNKTION UND BEZIEHUNGEN BEI DER KWU NUTZEN FÜR EINE DORTIGE PRODUKTIONSUMSTELLUNG WEG VON ATOMKRAFTANLAGEN HIN ZU SANFTEN ENERGIEGEWINNUNGSANLAGEN - BEI GLEICHZEITIGEN ERHALT DER ARBEITSPLÄTZE!

MILITANTE AKW-GEGNER

(1) DOPPELINSTITUT FRAUENHOFER GESELLSCHAFT-TECHNISCHE UNIVERSITÄT FÜR PRODUKTIONSTECHNIK. WURDE 1985 ANLÄSSLICH DES WELTWIRTSCHAFTGIPFELS IN BONN VON DEN REVOLUTIONÄREN ZELLEN ANGEGRIFFEN.

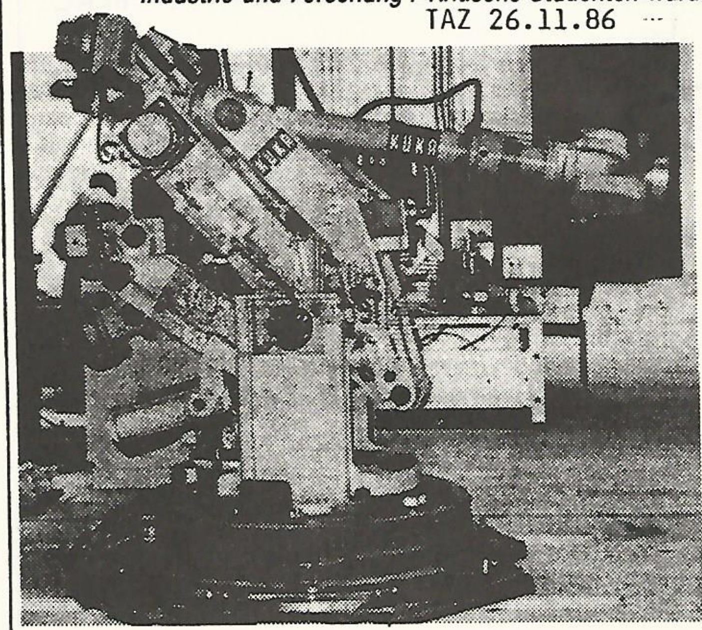
(2) DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT. FINANZIERT (MIT ÖFFENTLICHEN GELDERN) MIT ÜBER 50% DIE GRÖSSTEN TEILE DER DRITTMITTELFORSCHUNG, EINSCHLIESSLICH ALLER SONDERFORSCHUNGSBEREICHE AN DEN UNIS. ENGE KOOPERATION MIT DER WIRTSCHAFT.

(3) PHYSIKALISCH-TECHNISCHE BUNDESANSTALT. FORSCHT AUF DEN GEBIETEN DES PHYSIKAL. TECHN. MESSWESENS. STANDORTUNTERSUCHUNG FÜRS ATOMARE ENDLAGER IN GORLEBEN. ENGE KOOPERATION MIT DER WIRTSCHAFT.

(4) KRAFTWERK-UNION. GRÖSSTES DT. KERNKRAFTWERKSBAUUNTERNEHMEN. SIEMENSTOCHTER. BEIM WAA-BAU IN WACKERSDORF MIT DABEI.

Forschungsinstitut zur „Fabrik der Zukunft" in Berlin eingeweiht / Enge Verflechtungen von Industrie und Forschung / Kritische Studenten wurden nicht eingelassen

TAZ 26.11.86



Aus Berlin Birgit Meding

Die Berliner Mauerstadt, die sich gern zum High-Tech-Mekka mausern möchte, kam gestern diesem Ziel ein großes Stück näher. Mit umfangreichen Polizeikontrollen im Beisein Bonner Prominenz, dem Bundespräsidenten und ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker, wurde gestern das „Produktionstechnische Zentrum" eingeweiht. Gefeiert wird die „enge Bindung von Lehre, Forschung und Entwicklung unter dem Themenbereich Fabrik Zukunft", wie es in den offiziellen Lobeshymnen heißt.

In der Tat erweist sich dieses Institut als Schrittmacher auf dem Weg zur Universität und Fabrik der Zukunft. Unter Leitung Professor Spurs, dem der Ruf eines „Automatisierungspapstes" vorauseilt, werden hier Industrie und Forschung unter einem Dach anwendungsbezogen forschen. Zu diesem Zweck haben sich das Institut für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik der Technischen Universität (IWF) und das Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionsanlagen der Fraunhofer Gesellschaft (IPK) zusammengetan. Der Bau des sogenannten Doppelinstituts am Spreebogen kostete die Universität 103,2 Mio DM, während das Fraunhofer-Institut lediglich 32,5 Mio DM dazulegen mußte.

Vor Journalisten versuchte gestern Professor Spur Einwänden zu begegnen, es werde hier auch an der menschenleeren Fabrik geforscht. Die Fabrik der Zukunft sei eine „Fabrik des Menschen". Denn auch Roboter brauchten zur Bedienung eine „große Mannschaft".

Durch die Verbindung von Industrie und Forschung würde das Institut aber vor allem neuen Ausbildungsanforderungen in der technologischen Gesellschaft Rechnung tragen. Die Studenten, die das Institut als Promovierte verließen, hätten dadurch eine „gute Schubkarte", sprich einen „hohen Marktwert". Zwar stellte Spur das Problem der Ungelernten nicht in Abrede. Angenehmer war es ihm jedoch, auf neue Betätigungsfelder für arbeitslose Akademiker hinzuweisen.

Trotz der rosigen Zukunftsträume für Akademiker wurde gestern Studenten der Einlaß zum „Tag der offenen Tür" am Doppelinstitut verwehrt. Angeblich, weil durch unkontrollierten Einlaß ein „höheres Gefährdungspotential" bestehe. Diese Sicherheitmaßnahme dürfte aber nicht von ungefähr kommen. Auf den Leiter des Instituts wurde vergangenen Freitag ein Anschlag verübt, zu dem sich „militante AKW-Gegner" bekannt hatten. Befragt nach dem Täterkreis meinte Spur gestern: „Das sind nicht meine Studenten."

Auf mögliche militante Aktionen bereitet man sich unterdessen auch Instituts-intern vor. Ein umfangreiches Code-Kartensystem soll die Bewegungsfreiheit der Angestellten und studentischen Mitarbeiter genauestens registrieren.

TAZ 24.11

Wieder Scherbendemo in Göttingen

Als Reaktion auf die Räumung der Hamburger Hafenstraße, eine Razzia bei einem linken Buchladen und einen Kanzlerbesuch / Teil eines seit langem andauernden „Kleinkrieges" zwischen Szene und Polizei

Aus Göttingen Reimar Paul

Glasbruch in großem Ausmaß hat es erneut in Göttingen gegeben. Am Samstagabend gegen 22.15 Uhr tauchten ca. 80 Leute aus dem autonomen Spektrum in der Innenstadt auf. Mit Hämmern, Knüppeln und Steinen schlugen sie bei insgesamt 15 Geschäften und Banken die Scheiben ein. Durch die zerstörten Fenster des Karstadt-Möbelhauses schlugen zwei Molotowcocktails. Etliche Dekorationsstücke fingen Feuer und wurden von Passanten auf die Straße gezerrt.

Nach wenigen Minuten war die Aktion vorbei. Die Autonomen formierten sich zu einer Spontandemonstration und zogen im Laufschritt zu einem „Cochise"-Konzert an der Uni zurück. Die anrükkenden Polizeieinheiten stießen ins Leere und konnten keine Festnahmen tätigen. Der entstandene Sachschaden beziffert sich auf rund 250.000 DM.

Die Sprechchöre der Aktivistengruppe — „Feuer und Flamme für diesen Staat" — ließen das Motiv für die Aktion zwar im Dunkeln; sie ist aber als Protest gegen die Häuserräumung in der Hamburger Hafenstraße und als Bestandteil des praktisch seit Jahren anhaltenden „Kleinkrieges" zwischen der autonomen, linksradikalen Szene und der Polizei zu werten, der sich in den letzten Ta-

gen weiter verschärft hat. Im Zusammenhang mit einem Wahlkampfauftritt von Kanzler Kohl war es bereits am Donnerstagabend zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, bei denen unter anderem fünf Demonstranten festgenommen und zwei Streifenwagen demoliert wurden. Zwölf Stunden später durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamtes einen linken Buchladen und eine Privatwohnung mit der Begründung, „radikal"-Hefte beschlagnahmen zu wollen. Die Ausbeutung der Razzia war ein ganzes Exemplar jener Zeitschrift. Die beiden Geschäftsführer des Buchladens wurden erkennungsdienstlich behandelt.

Hausdurchsuchungen sowie offene und verdeckte Polizeimaßnahmen aller Art prägen den politischen Alltag der Stadt schon jahrelang. Das in Göttingen erstmals angewandte Spurendokumentationssystem SPUDOK, geheime Sondereinsatzkommandos, das Einschleusen von Agenten in Bürgerinitiativen, die Einrichtung von zwei neuen Polizeirevieren, personelle Aufstockung, ständige Observation linker Kneipen und Wohngemeinschaften und nächtliche Patrouillen im Minutentakt kennzeichnen die innere Aufrüstung vor Ort. Die Strukturen und Aktivitäten der seit Häuserkampfzeiten starken autonomen Szene konnte dennoch nur teilweise eingeschränkt werden. „Scherbendemos" und Kleingruppenaktionen finden weiterhin nahezu allwöchentlich statt. Ist die Polizeipräsens in der City allzu massiv, weicht man in die Randbezirke oder Vororte aus.

„Zwischen den Fronten" sucht sie auf viele Gruppen verteilte nichtautonome Linke nach Artikulationsmöglichkeiten. Sie ist hin- und hergerissen zwischen klammheimlicher Freude über spektakuläre Anschläge wie z.B. gegen eine Bundeswehrkaserne im September und Kritik an der oft undifferenzierten Objektauswahl der autonomen Aktionsgruppen.



JUSTIZMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Justizministerium Baden-Württemberg · Postfach 537 · 7000 Stuttgart 1

Aktenzeichen (Bitte bei Antwort angeben)	Telefon (Durchwahl)	Stuttgart
4431 E - 127/86	(0711) 2003- 2684	3. Oktober 1986 En.

Betr.: Beschwerde des Strafgefangenen Günter M ü l l e r, JVA Kassel I, vom 4. September 1986 gegen die Verfügung des Leiters der Vollzugsanstalt Bruchsal vom 25. August 1986

B e s c h e i d

Die Beschwerde wird als unbegründet zurückgewiesen.

G r ü n d e :

Mit der angefochtenen Verfügung wurde die Verlegung des Beschwerdeführers in die JVA Kassel I zu Recht verfügt. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die ausführlichen, ausgewogenen und sachlich überzeugenden Gründe der Verfügung vom 25. August 1986 Bezug genommen. Die Entscheidung beruht auf einer den Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes zweckentsprechend durchgeführten Abwägung und Würdigung aller ersichtlichen Umstände und gibt keinen Anlaß zu einer Abänderung.

Ein weiterer Verbleib des Beschwerdeführers in der Vollzugsanstalt Bruchsal hätte befürchten lassen, daß seine in den letzten Jahren auf negativen Einflüssen beruhende Entwicklung weiter anhält und er mit seiner Bereitschaft zur Gewaltanwendung und der von ihm inzwischen aufgenommenen Legitimierungsideologie nach seiner Entlassung sich der Roten-Armee-Fraktion oder anderen terroristischen Vereinigungen anschließt und schwerste Straftaten begeht. Die Verlegung soll dem Beschwerdeführer wenigstens die Chance geben, in anderer Umgebung dem Vollzugsziel - nach der Entlassung in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen - näher zu kommen.

gez. Mahler
Beglaubigt

Justizangestellte



Volker Speitel war der erste Kronzeuge aus dem harten Kern der Terroristen

Seine Aussagen führten zur Festnahme von vier RAF-Terroristen

Quick 27.11

Volker Speitel lebt heute unter einem neuen Namen. Er ist wieder verheiratet und hat zwei Kinder. 1974 stieß er zur Terroristengruppe Haag-Mayer, versorgte den harten Kern der RAF mit Waffen und Wohnungen. Andreas Baader besorgte er die Waffe für seinen Selbstmord. Am 3. Oktober 1977 wurde er verhaftet.

Volker Speitel, 36, gehörte zur zweiten Generation der RAF-Terroristen. Drei Jahre lebte er im Untergrund, bis er verhaftet wurde. Nachdem man ihm zugesichert hatte, bestimmte Anlagepunkte fallenzulassen, nannte er in stundenlangen Gesprächen so viele Einzelheiten, daß daraufhin die Top-Terroristen Rolf Clemens Wagner, Peter Boock, Siglinde Hofmann und Brigitte Mohnhaupt verhaftet werden konnten. Nur Speitels Ehefrau Angelika, die ebenfalls zum harten Kern der RAF gehörte, wurde ohne seine Mithilfe gefaßt

QUICK: Hat sich Ihre Kronzeugen-Funktion gelohnt? Für Sie? Für unser Land?
Speitel: Für mich hat sie sich gelohnt. Ich habe diesen Schritt nie bereut. Ich lebe heute in Verhältnissen, die mich sehr befriedigen. Und ich glaube, mein Schritt hat sich auch für den Staat insoweit gelohnt, als er Einblick in eine Gruppenstruktur bekam, die ihm bis dahin verschlossen war. Das gab dem Staat die Möglichkeit, an bestimmten Stellen anzusetzen und die Gruppe zu bekämpfen.

QUICK: Würden Sie unter den heutigen Bedingungen noch mal so handeln? Würden Sie noch einmal als Kronzeuge auftreten?
Speitel: Ja. Uneingeschränkt.

QUICK: Welche Chancen geben Sie denn dem Staat mit einer solchen Kronzeugen-Regelung, wie sie jetzt diskutiert wird?
Speitel: Sehr große. Versetzen Sie sich mal in die Lage eines Gruppenmitgliedes: Es gibt – speziell bei der derzeitigen Struktur der RAF – keine Möglichkeit auszusteigen. Wer jetzt aussteigen will, hat nur die Wahl: entweder lebenslänglich ins Gefängnis zu kommen, oder sich irgendwohin in ein Land zu verkrümeln, wo er, von der Polizei und von der eigenen Gruppe gejagt, vor sich hinsiecht. Wenn der Staat also hier eine Möglichkeit bietet – ähnlich wie in Italien bei den „Roten Brigaden" –, dann kann es durchaus sein, daß RAF-Mitglieder, die geistig schon von der Gruppe weg und innerlich schon ausgestiegen sind, in einer Kronzeugen-Regelung eine neue Lebenschance, eine Überlebenschance sehen.

QUICK: Was zieht – aus Ihrer Beurteilung der RAF – bei einem Terroristen mehr: Straffreiheit? Strafmilderung, wie in Ihrem Fall? Oder Geld?
Speitel: Geld ist ganz sicher kein Argument. Es gibt, wenn überhaupt, nur ein Argument, und das ist die Möglichkeit zurückzukehren in die Gesellschaft und zu einem wie immer gearteten „normalen Leben". Es kann also nur ein Kompromiß sein, der die Möglichkeit eröffnet, nicht jahrzehntelang im Gefängnis zu sitzen.

QUICK: Straffreiheit oder -milderung?
Speitel: Das sollte von den Delikten des Täters – also des Kronzeugen – abhängig sein. Sicher ist Straffreiheit ein wichtiges Argument, wenn nicht überhaupt das wichtigste. Das heißt, hier werden Brücken gebaut, die für einen Täter und Aussteiger attraktiv sind. Die werden immer attraktiver, wenn die Situation sich innerhalb der Gruppe immer mehr verschlechtert, der Druck immer größer wird.

QUICK: Und Strafminderung?
Speitel: Dafür gilt derselbe Raster. In Wirklichkeit zählt aber nur echte Straffreiheit in bezug auf ein Gesetzesangebot.

QUICK: Auch für Mörder?
Speitel: Und wenn es noch so schwerfällt, das zu sagen: Ja, auch für Mörder. Ich hatte mich nicht für die militärische Ebene entschieden und hatte meine Gründe dafür. Jemand, der sich dafür entscheidet und ganz bewußt zur Knarre greift und ganz bewußt jemanden tötet, der hat ja wohl andere Persönlichkeitsstrukturen als einer, der nicht geschossen hat. Da mag es also schwerfallen, Straffreiheit zu gewähren. Aber für den Staat und für die gegenwärtige Terrorismus-Situation gibt es doch keinen Kompromiß. Entweder will er eine Alternative zum Aussteigen zeigen – dann muß sie radikal sein. Oder er soll es lassen. Dazwischen sehe ich nichts.

QUICK: Kann die Höhe von vier Millionen Mark Belohnung ein RAF-Mitglied zum Aussteigen als Kronzeuge reizen?
Speitel: Glaube ich nicht. Wer einmal in dieser Gruppe ist, kann nicht mehr in Geldbegriffen denken. Der hat andere Probleme.

QUICK: Was halten Sie denn von der Haltung der FDP in der gegenwärtigen Diskussion?
Speitel: Eine typische FDP-Haltung, das heißt, die Erkenntnis über die Realitäten so lang wie möglich hinauszuzögern und dann vielleicht in einer anderen, späteren Stufe, wenn das Geschehen sich noch mehr radikalisiert, doch noch ja zum Kronzeugen zu sagen. Etwa wenn die Bundestagswahl vorbei ist.

QUICK: Schweißt nicht die Kronzeugen-Diskussion die Terroristen noch enger zusammen?
Speitel: Ja und nein. Ja, weil sie sich darin einig sind, daß bei so was nur Schweine mitmachen könnten. Nein, weil das Mißtrauen innerhalb der Gruppe geschürt wird; da muß jeder vom anderen unbewußt denken, der liebäugelt jetzt mit der Kronzeugen-Lösung. Der Prozeß des Abfragens der Linientreue in der RAF wird sich verschärfen.

QUICK: Ist es denkbar, daß die RAF jetzt einen Politiker ermordet, der sich besonders stark für ein Kronzeugen-Gesetz einsetzt?
Speitel: So einer wäre sicher

auch ein Ziel. Aber ich glaube, die RAF wird versuchen, ihr derzeitiges strategisches Ziel konsequent zu verfolgen ...

QUICK: ... zur Zeit die „Rüstungs-Ebene" ...

Speitel: ... genau. Und ein Politiker, der sich für die Kronzeugen-Regelung stark macht, steht wohl sicher auch schon wegen anderer Punkte im Rampenlicht und als Ziel fest. Im übrigen verfolgt die RAF natürlich auch die seit Wochen anhaltende Diskussion, und bei dem ganzen Hickhack lachen die sich doch schief.

QUICK: Welche Überlebenschance geben Sie einem RAF-Terroristen, der sich als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hat.

Speitel: Wenn die RAF ihn erwischt: keine. Die neue Identität muß also perfekt sein.

QUICK: Ist diese heutige RAF-Generation grausamer als frühere?

Speitel: Die RAF der Meinhof und Baader hat schon Leute umgelegt, und die 77er Generation fing mit der Genickschuß-Mentalität an. Konsequenterweise hat sich das als System fortgesetzt, schon weil es am einfachsten ist, auf diesem Level weiterzumachen. Eine Steigerung von Grausamkeit sehe ich nicht, nur ein konsequenteres Durchhalten einer einmal gewählten Methode.

QUICK: Was verbindet denn die heutigen RAF-Mitglieder, was hält sie zusammen?

Speitel: Zunächst mal ein Stück gemeinsamer Geschichte. Die kann aus Wohngemeinschaften herrühren, aus früheren gemeinsamen politischen Aktivitäten. Die Erfahrungen daraus haben dann zu dem gemeinsamen Entschluß geführt, militärisch aktiv zu werden. Sobald dann jemand erst mal in der Gruppe ist, wird diese Geschichte noch durch Aktionen, durch begangene Taten verstärkt und unterstrichen. Daraus ergibt sich eine Anbindung an die Gruppe, in der der einzelne seine frühere Identität radikal ablegt. Er begreift sich dann selbst als anonymer Teil des bewaffneten Kampfes, als geschichtliche Person.

QUICK: Gibt es eigentlich noch eine echte Ideologie? Oder steckt hinter dem Aktionismus nicht auch pure Mordlust?

Speitel: Mordlust ist es sicher nicht. Aus purer Mordlust observiert jemand nicht monatelang ein Opfer, bereitet eine Tat vor, führt sie endlich aus. Es gibt ein gemeinsames Ziel. Aber das klassische Volksbefreiungsthema gibt es nicht mehr.

QUICK: Herr Speitel. Sie kennen aus Ihrer RAF-Zeit Terroristen, die heute noch aktiv im Untergrund sind. Wer von denen kommt als möglicher Kronzeuge in Frage?

Speitel: Die RAF weiß – und das weiß wohl auch die Polizei –, daß einige ihrer Mitglieder innerlich schon ausgestiegen sind. Namen kann ich nicht nennen. Aber ob die sich – wenn eine Kronzeugen-Regelung kommt – auch zur Verfügung stellen, kann ich nicht beurteilen. Aber eine große Chance dafür sehe ich.

QUICK: Gab es, gibt es Diskussionen innerhalb der RAF über den Kronzeugen?

Speitel: Gewiß, immer. Für die RAF ist doch schon der Gedanke an das normale Leben als normaler Mensch Verrat. Als Müller ausstieg, als Ruhland ausstieg, gab es sofort intensive Diskussionen. Wenn die Kronzeugen-Regelung wirklich in Kraft tritt, und das hoffe ich –, wird es ziemliche Unruhe in der RAF geben.

QUICK: Kann mit der Kronzeugen-Regelung der harte Kern der RAF geknackt werden? Kann sie einen Einstieg ins Umfeld ermöglichen?

Speitel: Es ist neben dem direkten Fahndungserfolg die einzige Möglichkeit. Zur Zeit wird die RAF durch den Fahndungsdruck stabilisiert, aber auch durch die zu erwartenden hohen Strafen. Jemand, der dabei ist – Umfeld oder harter Kern –, hat keine Perspektive auszusteigen. Selbst wenn er möchte, wenn er innerlich dazu bereit ist. Erst mal hat er nur die Möglichkeit, weiterzumachen. Mit einer Kronzeugen-Regelung gibt es eine solche Perspektive, sich im wahrsten Sinne des Wortes zu retten.

QUICK: Wenn aber die Kronzeugen-Regelung Mörder von der Straffreiheit ausnimmt: Könnte die RAF ihre Mitglieder zwingen, Morde zu begehen, um sie bei der Stange zu halten?

Speitel: Nein. Die RAF denkt nicht so. Die denkt an Aktionen und an Gruppenerhalt. Die ist keine Mafia.

QUICK: Was zieht eigentlich Frauen in die RAF?

Speitel: Bei den Frauen in der RAF spielen neben der Ideologie auch Bindungen und persönliche Beziehungen eine große Rolle. Viele fanden erst im Untergrund, in der RAF, die Beziehung, die sie sie immer suchten.

QUICK: Spielt Sexualität eine Rolle?

Speitel: Auch. Man hat ja eine andere Dimension der Sexualität. Es gibt mehrere Partner, und man bumst mit der oder dem, mit denen man gerade einen „Job" ausführt. Auch hier unterscheidet sich diese Gruppe von anderen Gruppierungen der Linken.

QUICK: Welche internationalen Verbindungen zwischen RAF und anderen Terrorgruppen sehen Sie.

Speitel: Die Verbindung zur „Action directe" hat ja die RAF selbst bekanntgemacht. Dann gibt's Verbindungen zur Palästinenser-Ebene, die sind ja auch bekannt. Da tauscht man sich mit den radikalen Gruppen sowohl auf politischer als auch auf militärischer Ebene aus. Ich selbst hatte zu meiner RAF-Zeit schon Kontakte zur spanischen ETA aufgebaut; man versucht, an die irische IRA heranzukommen. Das ist ja nach mir weitergegangen.

QUICK: Und woher bezieht die RAF heute ihren Nachwuchs?

Speitel: Die Nachwuchsrekrutierung heute sehe ich bei der RAF verstärkt durch den Wunsch, an die AKW-Bewegung der Kernkraftgegner heranzukommen. Bei den Chaoten und Spinnern darunter gelingt das sicher auch teilweise. Aber diese Leute sind in einer anderen Denke als die RAF. Da kann sich die Gruppe rasch ein faules Ei ins Nest legen. Aber alle Gruppen, die sich radikal am äußersten linken Rand bewegen, sind potentielle Nachwuchsschmieden.

QUICK: Sind – aus Ihrer Erfahrung als ausgestiegener Kronzeuge – unsere Sicherheitsbehörden in der Lage, einen Kronzeugen dauerhaft zu schützen?

Speitel: Da gibt es keine Probleme. Das ist eine hundertprozentige Geschichte. Wenn ich Schutz wirklich benötigen würde, bekäme ich ihn auch.

QUICK: Und warum sind Sie jetzt an QUICK wegen dieses Interviews herangetreten? Warum ris-

kieren Sie, entdeckt zu werden?
Speitel: Ich glaube, daß ich mir selbst - aber auch der Gesellschaft, der Öffentlichkeit - einen Gefallen tue, wenn ich versuche, die Perspektiven zu einer Kronzeugen-Regelung mit aufzubauen, damit dieser Wahnsinns-Prozeß, den die RAF eingeschlagen hat, gestoppt wird. Wenn dieser Prozeß der RAF nicht lahmgelegt wird, bekommen wir hier Zustände, gegen die die Aktionen von 1977 ein leichtes Säuseln waren.

QUICK: Die Morde hören also nicht auf?
Speitel: Im Gegenteil. Was in letzter Zeit geschah, war nur eine Aufbauphase. Damit werden nur größere, zentralere Aktionen vorbereitet.

kommunikee

Erklärung zum Bombenanschlag auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln.

Schotten dicht für die Flüchtlinge, die in die BRD reinwollen. Flug frei für alle, die raus sollen. Die Deutsche Lufthansa (DLH), immer treu im Dienste des Staates, macht es möglich.
Wer sich vor Hunger, Verfolgung, Folter, Krieg und Tod in die Bundesrepublik zu retten versucht, muß dazu ein Flugzeug benutzen. Und wer von diesem Staat zum "Abschübling" erklärt wird, wird wieder zurück ins Flugzeug getreten. Von den über 8.000 Abschiebungen im Jahre 1984 hat die DLH rund 6.000 übernommen. Das sind mindestens 16 Flüchtlinge pro Tag. Der Umsatz für diese Hilfspolizeileistungen lag 1984 bei circa 8 Millionen Mark. Um die Lage an Bord unter Kontrolle zu halten, fliegen seit einiger Zeit Ex-GSG-9ler mit; Flüchtlinge, die sich gegen die Abschiebung wehren, werden unter Drogen gesetzt. Piloten und Stewardessen, die sich weigern, bei dieser Praxis mitzumachen, werden mit beruflichen Konsequenzen bedroht.
Frauen können sich meist nicht einmal das nötige Flugticket für die Flucht leisten. Frauen sind nicht nur Opfer der imperialistischen Politik der Profitmaximierung, sondern auch des Welt-Patriarchats. Es ist keine Frage, wen die Familie zum Überleben mit dem letzten Geld nach Europa schickt: den Sohn, nicht die Tochter. Männer können versuchen, wenigstens die eigene Haut zu retten, während die Frauen mit den Kindern zurückbleiben und höchstens bis ins nächste UN-Flüchtlingslager kommen. Deshalb sind die Frauen der drei Kontinente eine Minderheit unter denen, die es bis in die Metropolen schaffen, obwohl sie weltweit die Mehrheit der Flüchtlinge ausmachen. In Südostasien hat sich eine spezifische Form der Frauenmigration entwickelt. Da die Frauen nicht anders aus ihrer elenden Lage herauskommen, verkaufen sie sich als Katalogbräute. Käufer sind vor allem bundesdeutsche Männer.
Die Deutsche Lufthansa weiß auch aus dieser Situation etwas herauszuschlagen, über ihre Tochtergesellschaft Condor. Die transportiert die Männer mit Bumbsbombern nach Bangkok und Manila und schnappt sich so ihren Teil am internationalen Zuhälterprofit mit Prostitution und Frauenhandel. Während die Ware Frau also locker verschubt wird, weist die DLH andere Flüchtlinge schon im Vorfeld zurück. Als erste Fluggesellschaft führte die Lufthansa beim Check-in in den entsprechenden Abflughäfen Visakontrollen als Selektionsmaßnahmen ein.
Wie alle deutschen Traditionsunternehmen hat es auch die Lufthansa geschafft, den historischen Dreck, den sie am Stecken hat, vergessen zu machen und sich als honoriges Unternehmen mit positiver Geschäftsbilanz und positivem Image zu präsentieren. Als Staatsunternehmen leistete die Lufthansa Pionierarbeit bei der Erschließung des südamerikanischen Raumes im Sinne nationalsozialistischer Großraumpolitik. Sie beteiligte sich aktiv am Auf- und Wiederaufbau der Luftwaffe, und sie trug entscheidend zur Zerschlagung der spanischen Revolution bei. Das Lufthansa-Tarnunternehmen Condor transportierte die Franco-Truppe von Marokko nach Spanien, und bombadierte als "Legion Condor" die

Stadt Guernica. Im selben Jahr, 1939, feierte die Lufthansa ihr erfolgreichstes Geschäftsjahr seit Bestehen.
1985 scheffelte die Deutsche Lufthansa 146 Millionen Mark Gewinn. Ihr "primäres Wachstumsfeld" ist aber weniger die Passagierbeförderung als der Gütertransport. Allein im Geschäftsjahr 1985 wurden mehr als 600.000 Tonnen Fracht befördert. Ein Großteil davon sind Rohstoffe und Waren, die in den Billiglohnländern den Menschen abgepreßt wurden, und an denen die Deutsche Lufthansa via Frachtkosten mitprofitiert. Und sie verdient noch einmal daran, daß sie die Flüchtlinge aus diesen ausgebeuteten Ländern in die Baracken und Gefängnisse zurücktransportiert, vor denen sie geflohen sind.

für freies fluten



Revolutionäre Zellen

kommunikee

Feuer + Flamme für diesen Staat!

Dank glücklich verlaufener Diskussionen ists uns gelungen Hoch+ Tief für unseren Widerstand zu entflammen.
Es gehört zur Tradition dieser Firma sich an Schweineprojekten zu beteiligen, wie z. B. Startbahn - West, Knastbauten, Luxussanierungen, Atomanlagen etc. Wir selbst sind auf Hoch + Tief gestoßen bei der Diskussion um die Weiterführung unseres Kampfes gegen die WAA in Wackersdorf, wo dieser bundesdeutsche Bauriese auch maßgeblich am Bau beteiligt ist.
Wir sparen uns die allgemein bekannten Risiken und Gefahren der WAA - sowohl im Normalbetrieb als auch im Störfall - aufzuzeigen. Wir wollen in diesem Rahmen nur erklären, welche Interessen Staat und Kapital motivieren, die WAA trotzdem durchzusetzen.
Wirtschaftlich ist das bereits heute mit 10 Mrd. DM veranschlagte Projekt komplett unsinnig. Einen Sinn ergibt der Bau nur als neben dem Schnellen Brüter letzter fehlender Baustein zum sog. geschlossenen Atomkreislauf. Das ist der Schritt zur eigenen Atomstreitmacht. Nicht zufällig läuft genau im Jahr der geplanten Fertigstellung 1995 auch der Atomwaffensperrvertrag aus. Ab diesem Zeitpunkt soll aus Wackersdorf der Bombenrohstoff Plutonium geliefert werden. Ein weiteres Indiz, daß die WAA ein militärisches Projekt ist: Die BRD wäre im Kriegsfall theoretisch energieunabhängig! d. h., was in Friedenszeiten aus ökonomischer Sicht einen kompletten Unsinn darstellt, wird im Falle des Krieges um neue Absatzmärkte, konkret Absatzmarkt Ostblockstaaten zur Unerlässlichkeit. Denn nur die Energieunabhängigkeit eines Staates sichert die Möglichkeit des Kriegsführens und - gewinnens. Desweiteren: die WAA als Exportschlager in die 3. Welt. Atomanlagen " made in Germany " als Markenzeichen für Tod, Zerstörung und Unterdrückung. Denn neben der Bombentechnologie (mit deutscher Hilfe wurden bereits Südafrika und Argentinien zu Atommächten) wird auch gleich das entsprechende " Sicherheits - Know - how " zu ihrer ungefährdeten Durchsetzung nach Innen mitgeliefert. So werden

die erprobten BKA-, BGS-, und GSG 9 Methoden zur Aufstandbekämpfung eingesetzt. Aber: konkurrenzfähig ist dieser Technologieexport nur, wenn man auch eine WAA zum Vorzeigen hat. Aus diesen Gründen wird auch klar, warum der Standort nach polizeilichen Kriterien ausgewählt wurde. Wir haben die Aktion aus der Geschichte des Widerstandes gegen dieWAA bestimmt, weil gerade in der Oberpfalz ihre Einschätzung (durch hochgehaltene Arbeitslosigkeit z. B. Be- und Verhinderung von Ansiedlung anderer Industrien reaktionäres Bewußtsein zu fördern, traditionell staatstreue CSU- Bevölkerung etc.) total daneben war. Auch haben wir ganz zu Anfang mit gemischten Gefühlen zur oberpfälzer Bevölkerung gegen die WAA mobilisiert. Heute dagegen steht der Kampf dort, als ein Beispiel wo sich unsere Offensive durchgesetzt hat, wo offensiv gekämpft wird. Die Bevölkerung solidarisiert sich, allen Erwartungen entgegen mit den steineschmeißenden, sägenden, Bagger-fahrenden " Chaoten " und lässen sich nicht einkaufen vom Distanzierungsgelabber von SPD und Grünen. Der Widerstand gegen die WAA und darüber hinaus viele Ansätze unserer Politik sind in der Region verankert. Und daraus kommen neue Erfahrungen für alle, für jeden von uns und insgesamt: die Erfahrung der eigenen Stärke, einfach stärker zu werden als die alltäglichen Probleme, die Entfremdung und Scheiße,- und der Kraft die unser Widerstand hat. Daraus schöpfen wir die Entschlossenheit für den Anschlag und das ist auch die Perspektive, die darin liegt. Wir wollen den Widerstand mit der Aktion stärken und weitertreiben, aus dem Bewußtsein, daß nur effektiv sein kann, was für unsere Unterdrücker unberechenbar bleibt.

Erst dann wenn die sozialdemokratisch - grüne Staatsopposition als Scheinopposition aufgedeckt und auch als solche erkannt wird; wenn alsoMenschen der Ansicht sind, daß sie ihre Interessen selbst durchsetzen müssen,und sie nicht mehr delegieren wollen, an irgendwelche Anzugtypen,die sich nur " ihrer Basis " erinnern, wenn es ihnen um dieeigenen Machtinteressen geht.Erst dann beginnt ihr Thron der Macht, bei uns in der BRD die parlamentarische Demokratie, zu wanken.

Das heißt auch, sich nicht nur auf die Waa zu beschränken oder gar nur am Bauzaun den Kampf zu führen, sondern überall anzugreifen: in der Region, imLand, die Firmen. Den Staat des Kapitals als Ur/sache bekämpfen, abschaffen zu wollen wo immer wir ihn treffen.
In aller Teilen der Welt haben Menschen begonnen gegen ihre Henker zu kämpfen. Sie alle kämpfen gegen den gleichen Feind: das Kapital!
In Chile gegen die Diktatur Pinochets, der sich nur noch an der Macht hält, weil er (unter Regie der USA) die Opposition mit brutalsten Mitteln unterdrückt. Jeder freiheitlich denkende Chilene, der die Säuberungsaktionen nach dem Sturz Allendes überlebt hat und Widerstand gegen Pinochet und Konsorten leistet, hat damit zu rechnen, auf Demonstrationen zusammengeschossen, täglich von Seiten der Polizei terroristert oder gleich festgenommen zu werden.Im Knast gefoltert und später umgebracht zu werden.
Im befreiten Libyen stehen die Menschen gegen die Angriffe der militärisch weit überlegenen "westlichen Führungsmacht" und ihrer zustimmenden Verbündeten zusammen. Trotz massiver Bombardierungen von Tripolis und Bengasi, trotz jahrelanger verdeckter CIA-Operationen, weiß das libysche Volk seine Freiheit zu verteidigen. Denn die Menschen dort sind eher bereit für ihre antiimperialistische Gesellschaft zu sterben als von Mörderbanden des Kapitals auf Jahrzehnte unter die Knute gezwungen zu werden.
In Südafrika gegen ein rassistisches Regim/einer weißen Minderheit, 'as in jeder seiner Äußerungen mit dem NS-Regime in Deutschland von 33-45 Hand in Hand geht.
Und gerade die deutsche Bundesregierung,-die sich auf die Fahne geschriebenhat einen neuen Faschismus in Deutschland mit aller Kraft zu verhindern unterstützt einen "neuen" Faschismus in Südafrika.
Wir fragen uns nicht warum, wir wissen: nicht, weil diese BRD-Demokraten glauben, Sanktionen würden den unterdrückten Schwarzen eher schaden als nützen, sondern weil Südafrika z. B. Uran besitzt, das es an jeden bedingungslos verkauft. Das "weiße" Südafrika verlangt von keinem Rechenschaft wofür das Uran verwendet wird, ob für "friedliche" Zwecke oder zum Bau einer Atombombe. Wir brauchen uns also nicht zu fragen warum die deutsche Atomwirtschaft das teuerste Uran auf dem Weltmarkt bezieht. Schließlich (siehe oben; Atomwaffensperrvertrag) will die BRD zur Atom-

macht erstarken.
Die Ruhe im eigenen Land, die zur Aufrechterhaltung des Imperialismus international notwendig ist, schaffen sie sich indem sie uns zu kaufen suchen mit, Kaufhof-Sonderangeboten; mit einer SPD die uns verspricht uns zu integrieren und die Sachen dann schon für uns zu lösen; mit einer Gewerkschaft die sich die Sozialpartnerschaft auf die Fahne geschrieben hat und mit den Grünen, die uns noch mehr Demokratie sichern wollen, als wir eh' schon haben. Und wir wissen auch, daß sie uns die Peitsche geben werden, im Falle der Unkäuflichkeit. Die Peitsche in Form von CS-Gas, von Gummi in Knüppel- oder Schrotausführung, in Form einer Justiz, die uns im Namen des Volkes in die Isozelle steckt.
Die Peitsche, die in letzter Konsequenz auch Tote in Kauf nimmt: Wie '77 in Stammheim bei der Ermordung der Gefangenen als Geiselfunktion oder die Reihe der Toten auf Demos, zuletzt in Wackersdorf Erna Sielke und Sonnleitner und Günter Sare in Frankfurt.

Einige der unzählbaren Angriffe auf für Freiheit kämpfende Menschen.
Jeder Angriff für sich bis zum offenen Mord geplante Strategie
und doch zugleich: imperialistische Alltäglichkeit.
Jeder Angriff für sich perfektionierte Brutalität für Abschreckung und Ausrottung und doch zugleich: Symbol und Kristallisationspunkt für vielfache kämpfende Keime gegen das imperialistische System der Unterdrückung.
Jeder Angriff für sich der Versuch weltweiter Zementierung ihrer Macht
und doch zugleich: Einleitung zu ihrem endgültigen Niedergang.

Nur wer all diese Angriffe zurückverfolgt zu ihrem gemeinsamen Ursprung, zur Ursache: Imperialismus, kriegt den Blick frei für's Eigentliche, worauf's heute ankommt: Krieg auf allen Ebenen. Begreift den umfassenden Angriff als gegen sich selbst gerichtet. Bekommt die spürbare Wut, an der jede Integration bricht. Erfährt den Haß, der Untätigkeit zur Unmöglichkeit werden läßt. Aber Wut und Haß sind die Geschwister von Mut und Solidarität.
Doch diese Bedingungen, alle zusammengenommen:
- die eigene Stärke, durch den gemeinsamen Kampf von unterschiedlichen Menschen
- das Begreifen internationaler Verknüpfung
- und - unser Haß, unsere Wut, unser Mut und unsere Solidarität hier real erfahren am Projekt WAA

konnten sich die nächsten richtigen Schritte entwickeln:
- die Münchner Demo am 4.10.
- der Waldspaziergang am Wahlsonntag 12.10
- die ausstehenden Blockaden vom 15.-17.10
- und - die Sabotageaktionen, die sich schon zum Volkssport entwickelt haben und auch weitere Blüten treiben werden.

Leuchtende Beispiele unserer kompromißlosen Bewegung: einer Bewegung die sich gegen das ganze System richtet, weil ihr Ziel auch das ganze System ist.
Und noch was zu unseren Gefangenen: wir haben beim Schreiben dieser Erklärung festgestellt, daß es für uns etwas schwieriger ist, auf der einen Seite keine phrasenhaften Parolen zu klopfen über Zerstörung der Identität; gemeinsam mit ihnen...; Forderung Zusammenlegung... und Schluß, auf der anderen Seite wir natürlich unsere Politik - gerade gefühlsmäßig - gemeinsam, zusammen, mit ihnen bestimmen. Wir denken, daß es mehr Leuten so geht und betrachten es als einen Punkt mit dem wir uns in Zukunft noch mehr praktisch auseinandersetzen wollen. Ihr hört sicher noch einiges von uns dazu.

SEE YOU AT THE BARRICADES
FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG
UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DES SCHWARZEN VOLKES IN SÜDAFRIKA GEGEN APARTHEID

und nicht vergessen: DIE GRUPPE NACHT UND NEBEL SITZT AM LÄNGEREN HEBEL !!

Action Directe renews its bloody campaign

Georges Besse, 58, head of the nationalised motor firm Renault, was killed at about 8pm on Monday last week by two people who walked up to him and shot him at least three times as he was walking towards his apartment at 16 Boulevard Edgar-Quinet in Paris's 14th arrondissement. He was returning from work and had left his chauffeur-driven company car about 50 metres away. The next day responsibility for the crime was claimed by Action Directe, and police believe that the killing carries all the hallmarks of this hard-left terrorist group.

GEORGES BESSE'S killers showed skill in drawing public attention to their crime by waiting until the current uproar over so-called international terrorism (the September wave of bombings in Paris) had died down to carry out their action. Here, they have succeeded. The cowardliness of the assassination has struck home. But what are they trying to convey? Horror? Madness?

The 9mm bullets that killed Besse were apparently fired by two young women speaking French without a foreign accent. Government officials and investigators were shattered and immediately suggested it was probably the work of the terrorist group Action Directe.

It seems certain now that Besse's killers are indeed members of Action Directe, and antiterrorist specialists will draw at least three immediate conclusions from the crime:

First, the "lull" in the killings is over. For almost eight months Action Directe had not resumed what it calls a "West European offensive against imperialism". As a matter of fact, the last such serious criminal act for which the group claimed responsibility came to nothing. Caught in a well-planned ambush in April this year on the steps of his own villa, Guy Brana, vice-president of the CNPF (French Employers' Federation), miraculously escaped with his life. Since 1985, the group has adopted a new "political" line of taking the lives of the country's key officials in the army and the economy. In January 1985, for example, a commando fired point-blank at Engineer General René Audran, killing him instantly; then again in June 1985 there was an attempt to assassinate Henri Blandin, the armed services comptroller-general.

Also during this period members of the underground group, which the government had originally disbanded in August 1982, carried out some particularly vicious bombing attacks, like those against the Interpol headquarters in May and the OECD offices in July.

Besse's assassination would therefore appear to confirm what the police had been dreading — a resumption by the group of assassinations in France using the justification that "a human life is not an absolute in itself, a mythical value", to borrow a phrase used by the Belgian terrorist group, CCC (Communist Combatant Cells), which is a particularly close ally of Action Directe.

Secondly, the renewed challenge. If the authorities blamed Besse's murder on Action Directe even before having any proof, it was in fact because of the various signals they have been getting in recent days. The heads of all big publicly owned corporations and a select group of senior civil servants — especially in the army and industry — have for several months now been getting warnings to take care. They have been offered personal protection, which Besse apparently turned down because he did not want to be hampered in his movements.

So we see the terrorists had picked as their "target" not only a man considered to be one of France's best business leaders by fellow top managers, but also one of the most vulnerable because he was the least protected. Besse's chauffeur-cum-bodyguard let him out only a few metres from his apartment at No 16, Boulevard Edgar-Quinet.

It is also pointed out that Action Directe took good care not to carry out spectacular terrorist acts during recent periods when France was the victim of Middle East terrorism. It was as if the French group did not want to run the risk of not having its message heard.

By Laurent Greilsamer

Thirdly, until now, Action Directe's "internationalist" group has been striking specifically at targets with direct links to international organisations (NATO, OECD, Interpol and so on) or at men who seem to stand for an international policy. The first shift was noted in April with the attempted assassination of the CNPF vice-president. This time, Action Directe appears to have moved away even further from its "European" policy and switched to a French context in taking up the "defence" of Renault employees, for example. This was the line that the "internationalist" branch took in the '70s and early '80s; claiming to combat "the forces oppressing" immigrants, the unemployed and society's rejects: it would undertake bombings but avoid injuries to people, or spray the fronts of buildings like the headquarters of the CNPF or the Ministry of Cooperation with submachine-gun fire.

It is a measure of the radicalisation that Action Directe has undergone since its foundation in 1979 by several hard-left activists, including Jean-Marc Rouillan, who had been scarred by the struggle against Franco. The group gradually became harder and split into two broad tendencies. In 1982, a schism gave rise to the emergence of a "national" branch which has carried out most of the attacks claimed by Action Directe and an "internationalist" branch which is probably more radical.

The "national" branch is now fairly well known to the police who felt they had dealt the organisation a decisive blow in March. The arrest of André Olivier, who had been living underground, and the seizure of his voluminous stock of records helped the police to charge some ten people, though Maxime Frérot, one of the group's leaders, is still at large.

The police have had less luck with the "internationalist" branch, which has become steadily stronger and more international in character since 1983. Initially, its members joined with the Italian terrorists of the Primea Linea and the COLP (Communists Organised for Liberating the Proletariat), carrying out, among other things, many hold-ups to finance their underground activities. In 1984, Jean-Marc Rouillan, Nathalie Ménigon and Joëlle Aubron, among others, joined up with the Belgian-based CCC. Finally, 1985 saw the "official" merger of Action Directe and the West German Rote Armee Fraktion.

The French group's move into Euroterrorism has naturally been closely followed by specialist police forces. In December 1985, the official heading France's anti-terrorist campaign, François Le Mouël, pointed out in a note sent to the then Minister of the Interior, Pierre Joxe: "The year 1985 has been marked by the escalation in the gravity of attacks carried out and claimed by Action Directe." He expressly deplored the fact that the police no longer had any informers working inside the terrorist hard-core.

An absence that is doubly worrying as the "internationalist" branch has grown very elusive. The most recent traces of the group

THE GUARDIAN, November 30, 1986

were picked up in Belgium late last year when several CCC members were arrested. Belgian police then told the French that the fingerprints of Rouillan, Ménigon and Aubron had been found in hideouts used by Pierre Carette, CCC's presumed leader. Investigators now believe that Action Directe's leading figures have fallen back on West Germany, from where they occasionally emerge to carry out attacks in France that in all probability are prepared by other less actively sought members.

(November 19)

A 'superior' kind of terrorist

By Georges Marion and Edwy Plenel

A third accusation of complicity in attempted murder has been filed against Georges Ibrahim Abdallah, the head of the FARL (Lebanese Armed Revolutionary Fractions) now held in a French prison. He has come to symbolise the development which has turned professional militants into the agents of Middle Eastern states which do not hesitate to manipulate the Palestinian cause.

GEORGES ABDALLAH has been involved in armed action for the Palestinian cause since the late '60s. For years, while travelling around in the Middle East, Europe and even Asia, during a stay in China, he had rubbed shoulders with all the political tendencies of the Palestinian resistance and the European terrorist movement where members or allies of the West German Rote Armee Fraktion (RAF), Brigati Rossi (Red Brigades) and Action Directe activists are to be found. He became a professional terrorist.

If in the course of his career he has crossed the paths of such redoubtable names in terrorism as Wadih Haddad, Carlos and Abu Nidal; if, like them, he ended up offering his clandestine services to a few Arab countries (Algeria and Syria, in particular), his "style" has always marked him as different. Unlike Carlos, Georges Ibrahim Abdallah is no mere technician, haunting luxury hotels around the world, a bloodthirsty mercenary and a man fond of living it up. Speaking several languages (French, English, Italian and even Hebrew, in addition to his native Arab), Abdullah is a militant with unshakable convictions and possessing a real political culture. These characteristics make of him a man whose price is high — that of a leader, not a auxiliary — for friend and sponsor alike.

This is the authentic Abdallah. Around 1980, after much wandering in pro-Palestinian organisations, he founded FARL. On January 19, 1982, FARL proclaimed itself publicly by claiming responsibility for its first killing, that of the US military attaché Charles Ray in Paris.

In that same message, FARL also claimed responsibility for the November 12, 1981 attempt in Paris to kill another US diplomat, Christian Chapman. In 1983, when the FARL's activities were at their peak, the entire Abdallah family — possibly with the exception of Emile — were in France: Salem, Joseph, Georges, Maurice and Robert. On December 12, 1983 Maurice put his name down for a course in French language and culture at Lyons University's Catholic faculty. He passed a general knowledge test. "He was about average," recalls Father Defoix, the rector. True, studies were not really what Maurice had on his mind. No sooner did he register himself and his girl-friend Férial Daher, (fees F3,500 — £350) in cash, obtain a student card and find a down-at-heel lodging in Meyzieux, an outer suburb of Lyons, than he legalised his presence in France and dropped out of sight. He was never seen again in the faculty.

A year later, the same scenario in Brussels. Maurice and Robert Abdallah enrolled at the Institut Supérieur d'Eat de Traducteurs et Interprètes. The institute's director has not still got over his surprise: "They weren't very visible at the courses. What stuck us was that they immediately put down the money for the registration fees, though they were high — FB60,000 (about £1,000) per student.

FARL's first communiqués were printed by DOCOM, which was Pierre Carette's printing works. Ties symbolised by the choice of the same lawyer — Jean-Paul Mazurier of the Paris Bar — by Georges Abdallah, Frédéric Oriach, Pierre Carette and Joséphine Abdo (a FARL member convicted and imprisoned in Italy).

Georges' elder brother Joseph appears to be the only student who completed his studies. In 1983, under the coaching of Pierre Fougeyrollas, professor of psychology at Paris VII, he argued a doctoral thesis on "The Political Balance of Power in Kobayat" (the Abdallahs' home-town in Lebanon). "I saw him four times," says Professor Fougeyrollas. "He was just another Lebanese student."

Joseph is apparently the family "thinker". The same turns of phrase he used in his thesis are to be found in the communiqués claiming responsibility for the September bombings in Paris and the demands that Georges be freed.

Moreover, Joseph has always claimed to belong to the Progressive Socialist Party (PSP), one of whose members — Habib Chartouni — was the assassin of Bechir Gemayel in 1982.

There remains the eldest brother, Salem — the only figure in the family who remains mysterious. A merchant sailor who in 1972 married a French teacher whom he met in Lebanon and the father of two children, he had been living in France since the mid -1970s. Naturalised French in 1978, he was allowed to change his name to Sylvain Dalain. Joseph visited him at his home in a Hauts-de-Seine low-rent housing estate. Georges turned to him for help in renting an apartment. Then tragedy struck on June 30, 1983. Salem/Sylvain committed suicide with a riot gun after killing his wife before the eyes of his children and father-in-law because he suspected her of wanting a divorce.

Tried and sentenced to four years in prison in July 1984, Georges Ibrahim Abdallah faces further charges today. In September Justice Minister Albin Chalandon said the trial could begin in February 1987. He is more cautious today.

In fact, new problems have arisen. Gilles Boulouque, the Paris investigating magistrate handling the Abdallah case, has just charged the FARL leader with complicity in the attempted murder of Robert Onan Homme, the US consul-general in Strasbourg, on March 26, 1984.

(November 21)

THE GUARDIAN, November 30, 1986

Action Directe:Die Hetzjagd.

Nach dem Mord an Georges Besse sucht die Polizei zwei Verdächtige:Nathalie Ménigon und Joëlle Aubron.

"Für uns ist die Stadt ein Dschungel aus Beton,indem es sehr einfach ist den Feind zu beobachten."Der Feind?Er hiess Georges Besse.Er starb am Montagmorgen gegen 20 Uhr- hingerichtet durch eine Kugel über das linke Auge.Der Dschungel?Ein Boulevard von Paris,breit aber ruhig,nicht weit von einem Friedhof entfernt.Abends eine dunkle Verkehsader,die von den Mördern als Aktionsschauplatz ausgewählt wurde.Diesselben Mörder erklärten Libération vor zehn Jahren ihren Kampfplatz:"... in diesem Dschungel könnte man die Idee einer Massenuntersuchung über die Machenschaften der Faschisten in Frankreich einleiten." Jean-Marc Rouillan,Begründer im Jahre 1979 von Action Directe,gehörte zu den geheimen Stellvertreter der nicht weniger geheimen Internationalen Brigaden,die sich im revolutionären Libération,das durch Jean-Paul Sartre gegründet wurde,aussprechen konnten.
Die zwei Mörderinnen von Georges Besse waren Franzosinnen.Kein Zeuge hat sie wirklich wiedererkannt.Aber ein Tag später lässt Innenminister Pasqua Fahndungsphotos von Nathalie Ménigon und Joëlle Aubron im ganzen Land verbreiten.Die beiden sind historische Figuren einer terroristischen Bewegung,die sich rasch zum Mord bekannt hat.Fünfzehn Stunden nach dem Mord findet ein Mann zwei Bekennerbriefe mit dem Stern von Action Directe.Eine Million französischer Franken werden für die Verhaftung der beiden bereitgestellt.Die Hetzjagd beginnt.Aber an sich dauert sie schon Jahre.
Erste Epoche:"Die bleierne Zeiten."
Wir sind im Jahre 1973.Westdeutschland und Italien haben die Gewalt der Baader-Meinhof Bande und der Roten Brigaden kennen gelernt.In Frankreich sind viele extremlinke Militante gegen bewaffnete Aktionen.An sich hat die Repression der Linksradikalen nach Mai 68 sie daran gehindert den bewaffneten Kampf aufzunehmen.Aber es gab einen jungen Mann von 20 Jahren der durch die anarchistischen und revolutionären Ideen der antifrancistischen spanischen Untergruppen fasziniert war.Er heisst Jean-Marc Rouillan.Es ist der Freund von Salvador Puig Antich,Leader der Iberischen Befreiungsbewegung,der verhaftet und 1974 hingerichtet wurde.In diesem Jahr hört man das erste Mal vom Gari(Groupe d'action révolutionnaire internationaliste)sprechen.Der von Rouillan animierte Gari antwortet auf die Hinrichtung Antichs indem sie den Direktor der Bilbaobank in Paris für drei Wochen entführt.Am 5.Dezember 74 wird Rouillan in Paris verhaftet.Sein Auto ist voller Waffen und Sprengstoff.Freigelassen, wird er 1978 wieder verhaftet.Man vermutet ihn hinter zahlreichen Banküberfälle um den Kriegsschatz der Revolutionäre zu unterhalten Durch diese Verhaftung lernt die Polizei Nathalie Ménigon kennen.Andere Revolutionäre haben ebenfalls einen eindrucksvollen Eintritt in das Universum der "bleiernen Zeiten" gemacht.Sie nennen sich Napap (Noyaux armés pour l'autonomie populaire).Am 24.März ermorden sie J.A. Tramoni.Tramoni war ein Nachtwächter bei Renault gewesen,der am 25.Februar 1972 in Boulogne-Billancourt des maoistischen Militant Pierre Overney ermordet hatte,während dieser vor den Gittern von Renault demonstrierte.Ein klares Symbol:das "Kommando Pierre Overney" hat den Mord von Georges Besse übernommen.
Zweite Epoche:Der Anfang von Action Directe,Sammelpunkt der Kräfte der revolutionären Extremlinken.Der Anfang hat die Form eines Witzes.Am 15.Dezember 78 stehlen Rouillan und Eric Moreau,Sohn eines Polizisten,ein Bild von Jérome Bosch in einem Museum.Die übliche Prozedur:Die Polizei kauft das Bild, aber ohne den Hauptverkäufer verhaften zu können:Jean-Marc Rouillan,dessen Gruppe sehr schnell zu gefährlicheren Akten übergeht.Am 1.Mai 1979 beschiesst Action Directe den Sitz des Cnpf in Paris.Im August desselben Jahres macht die Gruppe einen Ueberfall auf die Beamten des Rathauses von Paris und stehlen 150 ungebrauchte Pässe und Ausweise,sowie zahlreiche administrative Stempeln. Andere Taten:Raketenbeschuss des Transportministeriums,Attentat gegen den Sitz der Dst und zahlreiche Banküberfälle.Im September 1980 werden Rouillan und Ménigon im Zuge einer Polizeioperation verhaftet.Einem Spitzel der in ihre Umgebung eingedrungen war,gelingt es ihnen glauben zu machen dass sich der Prinz der Terroristen,Carlos,mit ihnen treffen will.Das Rendez-Vous soll in einer Wohnung stattfinden,das einer arabischen Botschaft gehört.Rouillan

wird problemlos verhaftet.Ménigon die eine Falle vermutete,blieb auf der Strasse.Als sie die Polizisten sieht,leert Ménigon zwei Magazine auf sie.Sie wird verhaftet.Durch die Amnestie 1981 die der Präsidentenwahl folgt,befinden sie sich wieder auf freiem Fuss.
Dritte Epoche:der strategische Rückzug,die geheime Vorbereitung von grossen Manövern.Sie verschwinden im pariser Dschungel,das aus besetzten Häusern, geheimen Verstecken und Werkstätten besteht.Sie versuchen Fremdarbeiter für den revolutionären Kampf anzuwerben und fangen sogar mit einem kleinen Geschäft an:eine Kleiderwerkstatt "Adèle Confection".In der Hoffnung türkische Fremdarbeiter in "antiimperialistische" Militante zu verwandeln.Aber die Umwandlung der "Kamaraden" macht sich nicht ohne Probleme.Eines Tages im Februar 1982 befinden sie sich in einem besetzten Haus des 18.Stadtbezirks von Paris.Eine bewegte Auseinandersetzung mit einem Anarchisten führt zu Streit. Indem Moment erscheint der Leutnant von Rouillan:Régis Schleicher gefolgt von Ménigon.Er will den Störer bestrafen der sich verteidigt und schiesst ihm eine Kugel in Hals und Bauch ohne ihn zu töten.Die Gruppe um Rouillan wird immer härter.Joëlle Aubran spielt in dieser Entwicklung eine wichtige Rolle. Am 8.April 1982 wird sie in Begleitung von Mohand Hamami verhaftet.Sie wollten gerade in eine Wohnung eintreten,die vollgestopft mit Waffen und Sprengstoff ist.Waffen und finanzielle Mittel häufen sich an.Für ein unklares Ziel.
"Usere Aufgabe als Kommunisten ist es mit der Uebereinstimmung zu brechen. Durch unseren Einsatz in diesem Weltkrieg der schon angefangen hat,indem wir die Reihen des Westens verlassen.Konkret für die Niederlage unseres Imperialismus handeln,indem wir ihn mit allen Mitteln auf den Rückzugsbasen angreifen, da wo sich die Kommandostrukturen befinden,Quellen der Agression und Repression.Wir müssen die Mittel dieses militärischen,politischen und ideologischen Angriffs gegen den Imperialismus von da führen wo wir uns befinden."
Am 1.August 1982 gibt es eine geheime Sitzung in einem besetzten Haus von Paris.Sie wird die Organisation in zwei Zweige spalten:den "internationalistischen Zweig"der durch die Gruppe Rouillan/Ménigon/Schleicher/Aubron geführt wird und einen Zweig " der Bewegten".So beschreibt es der Richter Jean-Louis Bruguière,der mit vielen Akten von Action Directe zu tun hat.
Die "Bewegten" werden sich wiederum in zwei Gruppen teilen.Der eine Teil wird die Waffen aufgeben um " die Linke nicht in Verlegenheit zu bringen".Sie wird sogar die Polizei auf die Spur von 150 Dynamitstangen bringen,die in der Av. Général Leclerc in Paris versteckt waren.Die andere Gruppierung,die von André Olivier und Max Férot die ihre Basen in Lyon hat,wird mit den gewaltsamen Aktionen weiterführen,aber auf rein nationalen Themen.Die Gruppe Rouillan nähert sich den ausländischen Gruppen,zuerst den Italienern:die Colp(Organisierte Kommunisten für die proletarische Befreiung) mit denen sie zahlreiche Banküberfälle verüben werden.Hélyette Besse,Leiterin eines anarchistischen Buchladen "Le jargon libre" in Paris hat die Rolle in Milan Kontakte mit den Italienern aufzunehmen.Die Italiener,Veteranen des bewaffneten Kampfes, schätzen sie vorallem wegen "ihren militärischen Qualitäten".Was in der Sprache der Terroristen eine unheimliche Bedeutung bekommt.
Schleicher ist am 31.Mai 1983 beim grossen "Bruch von Action Directe" dabei. In diesem Moment hatte sich Action Directe für die Individuelle Ermordung als Aktionsform entschieden,nach dem Vorbild der deutschen und italienischen Terror isten.An diesem Tag werden sechs Militante erwischt,die Material in eine gemeinsame Wohnung von Action Directe und Colp lagern wollten,und die nebenbei als Versteck für die Gesuchten Rouillan und Ménigon diente.Zwei Polizisten denen etwas aufgefallen war,wollen eingreifen:sie werden getötet.
Die mit dieser Aktion eröffneten vierten Epoche von Action Directe verläuft ohne Indizen.Niemand hat Schleicher und die anderen erkannt.Die Polizei fahndet im Milieu der Kriminellen und Dealer,als sie vier Monate später Briefe bekommt,in denen Mohand Hamami und Frédérique Germain für die Sache Trudaine verantwortlich gemacht werden.Verhaftet sagt sie über alles aus.Währenddessen sagt ein anderer Abschwörer,Bruno Bertelli,über die italienische Mitverantwortung in Rom aus.Nach dem Erscheinen des Kommuniquee indem Action Directe Die Verantwortung für die Sache Trudaine übernimmt werden die Mitglieder des Kommandos einer nach dem anderen verhaftet.Aber Rouillan,Ménigon und Aubron sind noch immer in Freiheit.Es gelingt ihnen mehrmals in Frankreich und Belgien wo sie sich versteckt haben,der Polizei zu entkommen.In Belgien vereinen sie ihre Kräfte mit den Kämpfenden Kommunistischen Zellen.Zusammen stehlen sie eine grosse Menge Sprengstoff in Ecaussines,das für zahlreiche Attentate verwendet wird wie zb.:Die fehlgeschlagenen Attentate gegen die Weu in Paris und gegen einen Instruktionszentrum der Nato in Oberammergau.
Die Einheit zwischen Action Directe und der Roten Armee Fraktion wird offiziel. Am 15.Januar 1985 wird ein zweisprachiges Kommuniquee mit dem Titel "Für die

Einheit der Revolutionäre in Westeuropa"an die französische Presseagentur geschickt."Es ist heute notwendig und möglich eine neue Phase in der Entwicklung der revolutionären Strategie zu eröffnen und die internationale Organisation des proletarischen Kampfes in den Metropolen zu entwickeln."
Erstes Opfer dieses"Kampfes":General Audran,zuständiger Direktor der internationalen Angelegenheiten am Verteidigungsministeriums,wird wie Georges Besse vor seiner Wohnung erschossen.Eine Woche später wird Ernst Zimmermann,Verantwortlicher der westdeutschen Luft-,und Raumfahrtindustrie erschossen.Am 26. Juni 1985 entgeht ein wichtiger Militärangehöriger,Henri Blandin,nur durch Zufall dem Tod.
"Diese Aktion,trotz ihres Fehlschlages,bedeutet einen neuen Schritt in der Offensive die wir seit Juli 1984 führen und ihr Zusammenhang mit dem Kampf der westeuropäischen Guerilla für den Kommunismus",heisst es in dem Kommuniquee.
Die Terroristen folgen dem italienischen Beispiel und vergreifen sich an Industrielle.Guy Brana,Vizepräsident des Cnpf,entgeht wie Blandin nur knapp dem Tod.Am 9.Juli töten die Nachfolger der Baader-Meinhof Bande den Direktor der elektronischen Firma Siemens,Karl Heinz Beckurts,und seinen Fahrer.Dann folgt die Ermordung am 10.Oktober von Gerald von Braunmühl,Abteilungsleiter im auswärtigen Amt in Bonn.
Und dann am 28.Oktober wird Harald Hollenberg,Leiter der berliner Ausländerbehörde,durch Schüsse in die Beine verletzt.
Die französischen Polizisten hatten an die spezielle Ueberwachung eines grossen Managers,der kürzlich aus den Usa zurückkam,gedacht und auch ausgeführt.Sie hatten auch an Georges Besse gedacht und ihn gewarnt.Doch dieser konnte sich nicht vorstellen dass er Symbol eines "antiimperialistischen Kampfes" sein könnte und hatte jede Bewachung abgelehnt.Dies hiess ohne mit dem mörderischen Wahn dieser geheimnissvollen Killer zu rechnen,die anscheinend durch eine seltsame Logik besessen sind,die darin besteht ihre Opfer in alphabetischer Reihenfolge auszusuchen.

Le Point 24/11/1986

„Action Directe"-Terrorist vor Gericht

Der Prozeß gegen Régis Schleicher / Von Thankmar von Münchhausen

FAZ

PARIS, 2. Dezember. Am 17.November wurde Georges Besse, der Generaldirektor des staatlichen Auto-Werkes Renault, erschossen. Die Mörder waren zwei Frauen, Mitglieder der französischen Terrororganisation „Action Directe". Zweieinhalb Wochen später, am Donnerstag, beginnt vor dem Pariser Schwurgericht der Prozeß gegen Régis Schleicher, einen der Anführer von „Action Directe". Der 29 Jahre alte Schleicher ist einer der Vertrauten des Gründers der Gruppe, Jean-Marc Rouillan, der sich ebenso versteckt hält wie seine Gefährtin Nathalie Ménigon und Joelle Aubron, die Schleicher vor drei Jahren im Gefängnis geheiratet hat. Fahndungsfotos der beiden Frauen hängen seit der Ermordung von Besse in allen Polizeiwachen.

Worum geht es beim Prozeß gegen Régis Schleicher? Am Nachmittag des 31. Mai 1983 fiel drei Polizeibeamten in Zivil in der Avenue Trudaine, nicht weit von Pigalle, eine Gruppe junger Leute mit Sportsäcken auf. Einbrecher? Die Beamten wollten es genauer wissen. Sie gingen, ohne besondere Vorsicht, auf die Verdächtigen zu. Die eröffneten sofort das Feuer. Der Chef-Brigadier Emile Gondry wurde aus nächster Nähe durch einen Kopfschuß getötet, der Polizist Claude Caviola durch einen Herzschuß. Sein Kamerad Guy Ade brach schwer verletzt zusammen. Nur eine junge Polizei-Schülerin, die sich so vorschriftsmäßig verhalten hatte, wie sie es in der Ausbildung gelernt hatte, entging dem Massaker. Anderthalb Jahre später gibt die „Action Directe" in einem Flugblatt ihre Darstellung des Falles: "Unsere Kämpfer waren, in Anbetracht des schlechten Reflexes der eingreifenden Polizisten, gezwungen zu schießen." In der Logik des Terrors sind nicht die Mörder, sondern die Ermordeten schuldig.

Keiner aus der Gruppe war erkannt worden. Die Polizei glaubte, es mit gewöhnlichen Kriminellen zu tun zu haben, Mitgliedern der nachwachsenden Generation, die nichts mehr von der alten Ganovenregel weiß, daß ein Einbrecher nicht schießt. Polizeibeamte in Zivil zogen im Protest gegen die „Laxheit" der sozialistischen Regierung zum Amtssitz des Innenministers Defferre und jenem des Justizministers Badinter. Die Regierung schlug mit Disziplinarmaßnahmen zurück.

Die aufgebrachten Polizisten wären auch auf die Straße gegangen, wenn sie gewußt hätten, wer die Mörder ihrer Kameraden in Wirklichkeit waren. Die Gruppe, die sich so vehement zur Wehr gesetzt hatte, gehörte zur „Action Directe". Régis Schleicher, die Brüder Claude und Nicolas Halphen, 30 und 22 Jahre alt, der Algerier Mohand Hamami und die beiden Italiener Franco Fiorina und Gloria Argano waren an jenem Tag beschäftigt, Waffen in ein Studio in der Rue Manuel, nicht weit von der Avenue Trudaine, zu schaffen: in ein Versteck, in dem Bandenchef Rouillan und Nathalie Ménigon warteten.

Schleicher und die Brüder Halphen, Söhne eines jüdischen Résistance-Kämpfers, die den „Zionismus" bekämpfen wollen, sitzen jetzt auf der Anklagebank. Sie bestreiten, an dem Doppelmord in der Avenue Trudaine beteiligt gewesen zu sein. Hamami hatte sich kurz nach dem Zwischenfall nach Algerien abgesetzt. Der ehemalige Maoist und Metallarbeiter in Grenoble, Neffe eines der höchsten algerischen Sicherheitsverantwortlichen, ist für die französische Justiz unerreichbar. Er wird als Kontaktmann der „Action Directe" zu den „Bewaffneten Revolutionären Libanesischen Fraktionen" (FARL) angesehen, die im vergangenen September mörderische Sprengstoffanschläge in Paris begingen, um ihren inhaftierten Anführer Georges Ibrahim Abdallah freizupressen. Franco Fiorina und Gloria Argano wurden zusammen mit sechs anderen Verdächtigen am 6. Februar 1984 in Mailand verhaftet. Einer der Verhafteten in Mailand bezeichnete bei der Vernehmung einen gewissen „Klaus" als Kontaktmann der „Action Directe" zu den italienischen Terroristen. „Klaus" ist niemand anders als Régis Schleicher. Er hatte Helyette Bess, die Inhaberin des Pariser Anarchisten-Bücherladens „Le Jargon libre", bei ihren Fahrten nach Italien begleitet und nach Erkenntnis der italienischen Polizei dort an einem Raubüberfall teilgenommen. Die französische Polizei hatte „La Mamma", wie die fünfzig Jahre alte Buchhändlerin von den jüngeren Genos-

sen genannt wird, schon seit einiger Zeit in Verdacht. Kriminalbeamte beschatteten sie im Zug nach Avignon. Dort, in einer Villa, die Helyette Bess aufsuchte – das Haus gehört spanischen Anarchisten –, ging Régis Schleicher am 15. März 1984 ins Netz. Er war klug genug, die Pistole, die in seinem Gürtel steckte, nicht zu ziehen. Zu seiner Gefangennahme hatten nicht nur die Hinweise der italienischen Polizei, sondern auch die Informationen eines „reuigen" Bandenmitglieds, der Terroristin Frédérique Germain (genannt „Blond-Blond"), beigetragen, die von der Polizei ein Vierteljahr nach Schleichers Verhaftung durch Festnahme aus dem Verkehr gezogen wurde. Fünf Tage nach Schleicher wurden in Paris die Brüder Halphen in der Wohnung eines Journalisten verhaftet.

Régis Schleicher geriet früh auf die schiefe Bahn. Er gehörte 1979 zu den Gründern der „Action Directe". Er war an Raubüberfällen beteiligt und rühmte sich aus der Gefängniszelle im August 1984 der Urheberschaft eines Sprengstoffanschlags gegen die Europäische Raumforschungsbehörde in Paris.

Die Ermordung des libanesischen Bildhauers Gabriel Chahine wird in dem Prozeß voraussichtlich nicht zur Sprache kommen. Chahine hatte der Polizei den Aufenthalt von Rouillan und Nathalie Ménigon verraten. So konnte das Paar am 13. September 1980 festgenommen werden, wobei Ménigon zwei Magazine leerschoß, möglicherweise ohne die Absicht zu treffen. Am 13. März 1982 wurde der Informant Chahine von einem Terroristen, der sich als Briefträger verkleidet hatte, mit einer doppelten Schrotladung getötet.

In der Haft hat Schleicher seine Mitkämpferin Joelle Aubron geheiratet, die aus einer großbürgerlichen Familie in Neuilly ausgebrochen ist. Sie war im April 1982 verhaftet worden, als sie zusammen mit Mohand Hamami ein Waffenversteck in einer von ihr gemieteten Tiefgarage aufsuchte. Zwei Jahre später wurde sie vorzeitig freigelassen. Ihre Spur findet sich 1985 in Belgien, zusammen mit Rouillan und Nathalie Ménigon, die ebenso wie Hamami nach dem sozialistischen Wahlsieg von 1981 in den Genuß der Amnestie gekommen waren.

De Standaard 4-12-1986

Zware veiligheidsmaatregelen rond Action Directe in Parijs

Bedreigingen op terroristenproces

Van onze verslaggever

PARIJS — De assisenzaal van Parijs is nog geen Stammheim, maar toch leek het Justitiepaleis in de Franse hoofdstad gisteren op een bunker. Uitzonderlijke veiligheidsmaatregelen worden toegepast voor het eerste assisenproces tegen leden van de terreurgroep Action Directe. Drie aanhangers onder wie Régis Schleicher, één der „historische leiders", staan terecht voor een dubbele moord op politie-agenten, op 31 mei 1983 in de Parijse Avenue Trudaine.

Drie weken na de door Action Directe opgeëiste moord op Renault-PDG Georges Besse, start het proces in een sfeer van angst en bedreiging. Régis Schleicher herhaalde het gisteren nog in de rechtszaal: wie een rol speelt in dit proces, zal zelf kennis maken met de „proletarische justitie". Kandidaat-juryleden bleven weg of lieten zich verontschuldigen, getuigen kregen plots last met het geheugen. Evenals de magistraten genieten de zeven vrouwen en twee mannen die als jurylid zijn uitgeloot, biezondere bescherming. Zal dat volstaan om de dreigementen af te wenden en het oordeel niet te beïnvloeden?

Dat de bedreigingen niet lichtvaardig worden opgenomen, bewijzen de veiligheidsmaatregelen. De gewone ingang van het justitiepaleis is afgesloten. Bij het binnenkomen van het gebouw gebeurt identiteitskontrole en metaaldetektie. Honden speuren naar verdachte pakjes. Ook de gewone toegang tot de assisenzaal zelf is buiten gebruik. Er werden speciale pasjes afgeleverd, en niemand komt de zaal binnen zonder een lijfonderzoek waarbij je zelfs je schoenen moet uitdoen. Een gewapende interventie-eenheid van de gendarmerie bewaakt de omgeving van het paleis.

De drie verdachten lijken maar een matige interesse voor de debatten aan de dag te leggen. Régis Schleicher is klein van gestalte en tenger, met scherpe trekken in het gezicht en ogen die voortdurend wegdraaien naar het plafond. Hij is 29 jaar: toen de sjah van Perzië naar de Bondsrepubliek kwam en Benno Ohnesorg werd doodgeschoten, was hij nog geen tien jaar oud.

Bekeerlinge

Van de twee broers Halfen was Claude, 31 jaar, al een oude bekende van de politie. Vroeger was hij dokumentalist en betrokken bij kraakakties. Zijn vriendin, die nu als bekeerlinge de kroongetuige is van het openbaar ministerie, leerde hij kennen op een antimilitaristische betoging. De veel jongere Nicholas Halfen, 23 jaar, werd door zijn broer met Action Directe in kontakt gebracht nadat desertie hem al in de klandestiniteit had geleid.

Merkwaardig is wel hoe de politie slechts laattijdig — en dan nog enkel via anonieme brieven — de schietpartij van 31 mei 1983 in de Avenue Trudaine ging toeschrijven aan Action Directe. In een anonieme brief van 10 augustus 1983, ondertekend door de zgn. Revolutionaire Alliantie der Caraïben werd een „joodse terroriste van Action Directe" genoemd als deelneemster aan de schietpartij. Enkel haar bijnaam „Blond-blond" werd gegeven. De brief van 29 september 1983 waarin de, bij de politie wegens zijn banden met Action Directe al langer bekende Algerijn Mohand Hammami werd verklikt, bleek veel nuttiger voor het onderzoek.

Het onderzoek dat na de zomer werd geheroriënteerd van het drugmilieu naar Action Directe, kwam, opnieuw toevallig, in een stroomversnelling toen de Italiaanse terrorist Vincenzo Stano in februari 1984 werd aangehouden (en de politie een schrijfmachine vond waarop de tweede anonieme brief werd geschreven), en toen een andere Italiaan, Bruno Bertelli, in Rome ging praten. Toch had de politie in het voorjaar 1984 nog geen gezicht op de verantwoordelijken voor de schietpartij in de Avenue Trudaine.

Pas na ontvangst van een derde anonieme brief, waarin Blond-blond eindelijk werd geïdentificeerd als Frédrique Germain (die daarop volgend alle details en namen verklikte uit een periode van haar leven die zij blijkbaar als afgesloten beschouwt) was het onderzoek rond. De brief arriveerde op 26 juni 1984. Het drietal, dat voor andere feiten achter de tralies zat, werd voor de schietpartij in de Avenue Trudaine in beschuldiging gesteld op 13 juli 1984.

(MVO)

Topman Action Directe voor hof van assisen

Routine-kontrole verraste terreurgroep op crucial moment

DS 2-12-1986

PARIJS — Drie weken na de moord op Renault-PDG Georges Besse verschijnen morgen drie leden van Action Directe (AD) voor een Franse rechtbank. Het is de eerste keer dat een Frans hof van assisen een arrest zal vellen tegen AD-terroristen. In ons land wordt de rechtszaak met belangstelling gevolgd: België was (en is?) een belangrijke basis voor de Franse Action Directe; daarenboven was Action Directe, op het ogenblik van de feiten waarvoor haar leden terechtstaan, zich volop aan het hergroeperen. En was de Belgische CCC in volle oprichting.

Voor een terreurorganizatie die in het nieuws kwam met koelbloedige aanslagen op generaals, topindustriëlen en de ondervoorzitter van de Franse patroonsorganizatie zijn de ten laste gelegde feiten banaal. Het gaat om moord en moordpoging tegen politiemannen die hen bij een routinekontrole tegenhielden.

Op 31 mei 1983 patrouilleerden vier politieagenten van de antidiefstal-afdeling, drie mannen en een stagedoende agente, in burger door de avenue Trudaine in het Parijse 9de arrondissement. Toen zij enkele verdachte personen, allen met een sportzak over de schouder, in een Honda zagen stappen en tegenhielden, werden zij onmiddellijk onder vuur genomen. De brigadier Emile Goudry (49) en de straatagent Claude Caiola (28) werden op slag gedood. Hun kollega Guy Adé werd ernstig gewond door kogels in schouder en arm. De stagedoende agente Dominique Le Liboux, zes maanden tevoren nog verkoopster, kon wegduiken achter een auto.

De daders vluchtten weg in een Renault-5, nadat zij de bestuurster eruit hadden gezet. Ter plaatse werden tien hulzen en vier kogels gevonden, waarvan drie kaliber 9 mm parabellum. De dienstwapens van de politie werden niet gebruikt.

De schietpartij wekte grote verontwaardiging. Daags na het treffen stapten 2.000 politiemannen op door Parijs. In de volgende dagen verweten politiewoordvoerders en verantwoordelijken „laksheid" aan de linkse regering. Daarop volgden opzienbarende overplaatsingen, vervroegde pensioneringen en zelfs het ontslag van de politieprefekt. De woede nam nog toe toen later bleek dat de daders niet, zoals aanvankelijk gedacht, moesten gezocht worden bij kriminelen van gemeen recht.

Pas op 22 oktober 1984 werd de schietpartij opgeëist door Action Directe. Het onderzoek bracht aan het licht dat de terreurgroep een flat betrok in de rue Manuel, slechts een paar honderd meter van de plaats waar de Honda was geparkeerd. Het onderzoek kreeg vaart na drie anonieme brieven die de onderzoeksrechter bij zijn kroongetuige brachten: Frédérique Germain (30). Zij „bekeerde" zich na in voorlopige vrijheid te zijn gesteld, beschuldigd van medeplichtigheid op de juwelenzaak Aldebert. Germain zou in 1982 en 1983 hebben samengewoond met de thans terechtstaande Claude Halfen, alias „Casquette" of „Biberon".

Van de zes personen die verantwoordelijk worden gesteld voor de schietpartij in de avenue Trudaine, staan er morgen drie terecht voor het hof van assisen.

Alleen *Nicholas Halfen* (23) heeft bekend lid te zijn van AD en in de avenue Trudaine aanwezig te zijn geweest. Die bekentenis trok hij later in, en hij ontkent hoe dan ook bij de moorden te zijn betrokken. Hij is de enige van de beklaagden die door het twintigtal ooggetuigen niet werd herkend op foto's.
Hij staat terecht samen met zijn broer *Claude Halfen* (31).

Régis Schleicher (26) wordt beschouwd als het zwaargewicht. Hij is de rechterhand van Jean-Marc Rouillan, de historische leider van Action Directe, en zou zelf een der topmensen zijn van de terreurgroep, althans van de tweede generatie. Hij is de echtgenoot van Joëlle Aubron die in heel Frankrijk wordt gezocht voor de moord op Besse. Vroeger tot de „autonomen" gerekend, werd hij in 1979 veroordeeld wegens bezit van springstoffen en valse papieren.

Toen hij in de val liep bij het afhalen van een huurauto in Brussel, gijzelde Schleicher op 13 maart 1984 Jean-Marie Arnould, inspekteur bij de gerechtelijke politie. Voor het huren van de auto gebruikte Schleicher een gestolen Belgische identiteitskaart, op naam van een inwoner uit Thuin. Op 15 maart 1984 werd hij, met anderen aangehouden in een door AD gehuurde villa in Avignon.

De Algerijn *Mohand Hammami* (31) staat terecht bij verstek. Ook hij was vroeger bij de autonomen, en hij geldt als de verbindingsman van AD met het Nabije-Oosten. Na een hongerstaking van veertig dagen werd hij in oktober 1981 in vrijheid gesteld om medische redenen, nadat hij eerder al gedeeltelijk amnestie had genoten door toedoen van president Mitterrand. Hij zou thans onderkomen hebben gevonden bij zijn familie in Algerië, waar een oom adjunkt is van de chef van de Veiligheidsdienst.

De Italianen *Gloria Argano* (26) en *Franco Fiorina* (40), thans in Italië voor andere feiten aangehouden, zouden ginds vervolgd worden voor hun aandeel in de schietpartij van de avenue Trudaine.

Disparaat

De assisenzaak vormt het eerste grote proces tegen Action Directe. De uiterst linkse terreurgroep ontstond in 1979 uit een samengaan van politiek en organizatorisch disparate groepen: autonomen, maoïsten uit de „gewapende kernen" van de NAPAP, en de „Groepen voor revolutionnaire internationalistische aktie" (GARI) die in de vroege jaren zeventig vanuit Frankrijk het Franquisme hadden bestreden.

In Frankrijk buiten de wet gesteld op 18 augustus 1982, stond Action Directe midden 1983 op een keerpunt: ondanks amnestie bij het aan de macht komen van Links en genadeverlening wegens medische redenen waren de gelederen sterk uitgedund, een gevolg van infiltratie (al sedert 1979) door de politie en de ontdekking van schuiloorden, wapenopslagplaatsen en dokumentatie. De scheuring in een nationale terreurgroep en een meer internationalistische groep had in die dagen, midden 1983 plaats. In die periode van wapenstilstand werden nieuwe schuilplaatsen gezocht, banken overvallen (vanuit de avenue

Trudaine?) en de internationale kontakten uitgebouwd.

Op 2 oktober 1984 begonnen in ons land de aanslagen van de CCC. Hoewel de CCC aanvankelijk ontkende banden te hebben met Action Directe, gaf de Belgische terreurgroep later in opeisingsproza toe „internationale kontakten" te hebben uitgebouwd in de achttien maanden die voorafgingen aan het bommenoffensief. Sommige materiële vaststellingen, o.a. de diefstal van springstoffen in Écaussines op 4 juni 1984, wijzen eveneens op een band met Action Directe.

Mon VANDEROSTYNE

Times 26-11-1986

Chelsea barracks bomber gets life

By Stewart Tendler
Crime Reporter

Patrick McLaughlin, sentenced to life for an INLA plot to bomb Chelsea barracks, went to prison last night leaving behind a terrorist trail linking the Irish terrorist group to Action Directe in France.

McLaughlin , aged 26 , unemployed from Londonderry, was told by Mr Justice Kenneth Jones at the Central Criminal Court, "There is only one sentence appropriate, prison for life."

Part of the 40lbs of explosives planted by McLaughlin and his unit last November is thought to be from a cache stolen by Action Directe.

The explosives left outside the barracks included French material called Gelsuirite and used by Action Directe. A consignment of the explosive was stolen in France in 1984.

The left wing French terrorist group was held responsible last week for the killing of the head of Renault, in France. It is known to have shared explosives with the Communist Fighting Cells in Belgium and the Red Army Factions in West Germany

Members of the INLA unit travelled to London last year in a Ford camper van which was taken from Northern Ireland to France and Belgium. The man who bought the camper in Ulster was held in June this year at Le Havre with four others when French police halted what they alleged was a major INLA gun smuggling operation.

The camper was the transporter for an explosives consignment intended to mark the return of the INLA to the British mainland. The INLA has been dormant on the mainland since its first and only attack in 1979 which killed Mr Airey Neave, the Conservative spokesman on Northern Ireland.

The target for the attack by a unit of up to half a dozen was to be Chelsea Barracks and the total explosives, twice the amount used at Harrods, would have created carnage.

The plan may have been to explode one small device, leading police and soldiers towards larger devices, packed with nuts and bolts, to create lethal shrapnel. The unit may also have planned a series of

Chelsea bomb link to Action Directe

linked attacks at strategic points around the barracks including the main gate and residential areas.

As it was the unit seems to have panicked. All three bombs were dumped together in two bags near the sergeants' mess and accommodation for WRACs. Before the devices could explode the bags hidden in leaves were spotted by passers by.

Yesterday Mr Justice Jones ordered that the two men, Mr Charles Botting and Mr Harold Cooper, should each receive £250 for carrying out their duty and saving lives

In one bag police found a birth certificate, students' cards and a letter with an address

Scotland Yard's anti-terrorist branch watched the address, a flat on a large council estate near Kilburn, and found that the family there had innocently agreed to put up a number of people sometime just before the bombs were planted.

Finger print experts examining a plastic bag in which the bombs had been put had already discovered prints which led them to McLaughlin.

He was at home in Londonderry unaware of his blunder when the RUC arrived to arrest him. As officers rushed in he hid behind a wardrobe. Questioned by police his four year old son loyally said he had no idea where his father was, but McLaughlin's youngest son, little more than a year old, pointed to the wardrobe.

There were more blunders to follow. In the area round the address used by the unit, Talbot Walk on the Church End estate, neighbours reported seeing a white Ford camper whose presence tallyed with the planting of the bombs and the presence of the INLA unit. Police began scouring North London and found the abandoned vehicle.

Forensic scientists found traces of explosives but there was also incriminating evidence against McLaughlin. Police found a puzzle magazine which he had used to while away the time. McLaughlin had left his name and address written on the magazine which also carried his finger prints.

At the start of the trial two weeks ago a second defendant Mr Peter O'Loughlin, a carpenter from Londonderry, was ordered to be acquitted on conspiracy to cause an explosion.



Ueber Radikalismus & kommunismus, politische Verankerung & Agitprop ...

FO/PV 03.85

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Deswegen, wenn man eine echte revolutionäre Linie entwickeln will und nicht einfach das Überleben eines Grüppchens von Leuten mit verschiedenen Motivationen, deren Engagement nur eine mehr oder weniger stark rebellisch geprägte Art der Existenz unter dem Deckmantel eines unklaren ideologischen Wortschwalls ist.

So nehmen die Präsend der Nato, die Raketengeschichten usw. in Belgien und der BRD einen entscheidenden Platz ein, in Frankreich hingegen ist das nicht der Fall und wird das niemals der Fall sein (ausgenommen im akuten Krisenfall, aber dann werden diese Fragen gegenüber den die Krise selbst bildenen Faktoren nebensächlich sein, und die Nato wird dann bekämpft, aber nur als Komponente der gegnerischen Kräfte und nichts weiter), und das trotz der von Beginn an bestehenden Integration Frankreichs in das atlantische System und der immer stärker auf das Bündnis ausgerichteten Politik der französischen Regierungen. Das würde nur deshalb geschehen, weil es in Frankreich weder US-Stützpunkte noch US-Rakten gibt und Frankreich, als volle imperialistische Macht, sie ist auch erobernd, ihren Imperialismus mit seinen eigenen politisch-militärischen Kräften verteidigend, zusätzlich zu den allen sehr wichtigen kulturhistorischen Faktoren. Natürlich will das nicht heißen, daß man nicht auch die Nato und die Amerikaner in Frankreich angreifen sollte, das könnte im Rahmen der bewaffneten Propagande je nach augenblicklicher Lage nützlich sein. Und ferner würde das auch dem Aufbau zukünftiger strategischer Situationen dienen. Aber die Entwicklung eines revolutionären Prozesses erfolgt nicht auf der Basis der Auseinandersetzung zwischen einem Grüppchen und einigen besonderen und fast allen unbekannten Staatsstrukturen. So haben zb. als AD/RAF den General Audran getötet haben viele Leute zugestimmt, (ohne jedoch der allgemeinen Linie, die übrigens unklar und den meisten unbekannt ist, zuzustimmen), aber das war quasi moralisch, weil es ein Waffenhändler war, der also bei Kriegen, usw. mitzureden hatte. Ein Waffenhändler wird immer sehr negativ gesehen, aber absolut nicht deshalb, weil er zum Räderwerk des Nato-systems, der europäischen imperialistischen Einheit und all dem gehört, denn das ist etwas, um das sich hier niemand schert.

Dass eine Aktion nur dann echten Nutzen hat, wenn die dadurch außer ihrer Einbeziehung in eine strategische und taktische Problematik eine unmittelbare Auswirkung auf die Subjektivität der Massen (ihr Bewußtsein)hat, also eine Resonanz im gesamten Prozeß des revolutionären Bewußtwerdens hat, so war zb. die Sache der CCC gegen die Erdölleitungen klar und eindeutig, das versteht jeder.

Dass man diese oder jene Initiative an eine präzise Kategorie adressiert(Soziale Kategorie oder auch Kategorie der politischen oder ideologischen Sensibilisierung). So hätte eine bestimmte Aktion für die Metallarbeiter oder Arbeiter einer bestimmten Fabrik einen Sinn, eine andere sollte einen Sinn für die Arbeitslosen oder die armen Bauern, usw. haben. Eine antizionistische Aktion würde für nicht wenige Leute mit antiimperialistischer Sensibiliät Sinn haben, aber isnbesondere für zwei Millionen arabischer Arbeiter, die eine konzentrierte Schicht im Herzen des Proletariats bilden, und fünf bis sechs Millionen Personen der verschiedensten Herkunft, die zum Islam gehören (ohne Einfluß nach außen, usw. zu berücksichtigen). Zumindes ist das also in Zahlen auszudrücken. In der BRD oder in Belgien (oder in Griechenland, wenn es insbeson-

dere gegen die Yankees geht, die dort unten absolut nicht geliebt werden) könnte eine Aktion gegen die Nato für einen guten Teil der Friedensbewegung Sinn haben, was zu einem radikaleren und globaleren Bewußtsein verhelfen könnte. Aber in Frankreich besteht eine derartige Bewegung nicht. Also hätte das nicht nur keine Resonanz in einer bestimmten sozialen Kategorie, sondern noch nicht einmal für eine bestimmte politische Kategorie. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseine, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellsten Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als ""Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im geläufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglicheren und subjektiveren Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kampitalismus zu vernichten.

Dagegen sind diejenigen nicht revolutionär, deren strategisches Ziel nicht die Übernahme der Staatsmacht ist. Und es sind diejenigen keine Kommunisten, deren erklärtes Projekt, das ihre politische Linie bestimmt, die Einführung der Diktatur des Proletariats mit der Bildung eines neuen wirtschaftlichen und politischen Systems ist, sonderen deren einziger Plan es ist, gegen die "Restrukturierung im Hinblick auf einen Krieg" zu kämpfen, sich dem imperialistischen Krief zu widersetzen (das Ziel der Kommunisten war weder jemals, den Krieg zwischen Imperialisten , sondern ganz im Gegenteil! den imperialistischen Krieg allgemein zu verhindern, sondern diese Kriege in revolutionäre Bürgerkriege zu transformieren, um die Macht zu übernehmen, die Nuance ist beachtenswert!) oder sich diesem oder jenem ""Exzeß" des Imperialismus zu widersetzen. Der Plan der Kommunisten ist nicht der ""Widerstand"", sondern die Eroberung.

Diese besagt, daß Marxist zu sein auch bedeutet, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretische und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, did die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß diese Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische- Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre andernfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allen von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde

Ich sage Dir einfach, daß meiner Ansicht nach darauf geachtet werden sollte, daß sich die Massenarbeit nicht auf die Rolle eines Lautsprechers beschränkt, da sich sonst ihre dynamische und konstruktive Rolle des Bewußtwerdens und der Organisation auf Null reduzieren würde. Das stimmt auch in Hinblick auf die Repression. Ich kenne den belgischen Justizapparat nicht ausreichend, aber ich weiß, daß in Frankreich eine militante Struktur, deren politische Basis und Verwurzelung (sowohl in den Massen als in der politischen Szene) nicht groß genug ist, ebenso sehr schnell unter den Schlägen der Repression verschwinden würde, wenn sie sich

auf die Verbreitung der Slogans der kämpfenden Gruppen beschränkte. So war zb. die "Internationale" ein vollkommen passives Instrument auf militanter Ebene, ohne irgendeine politische Verankerung und/oder Verankerung in der Masse, Na, und xxxxxxx die erste juristische Offensive hat gereicht, sie verschwinden zu lassen, ihre Kontinuität wurde unterbrochen, und selbst ihre Gefangenen blieben ohne jede militante oder der Massenunterstützung (weder gemeinsame Verteidigung, noch das kleinste Unterstützungskomitee usw... wa s immerhin für eine Struktur, die sich als offen und legal verstand, doch außergewöhnlich ist; diese katastrophale Situation entsprach dem völlig künstlichen Charakter dieses Experiments). So muß man einerseits für die materiellen Möglichkeiten der Kontinuität sorgen (indem die Druckmöglichkeiten verteilt werden, die administrativen Mittel verdoppelt werden usw.). Andererseits muß für diese Möglichkeit der Kontinuität auf politischer Ebene durch die Ausweitung der militanten Basis, die Bildung von Kadern, die Multiplikation der Symphatisantenzahl , auch die Ausweitung der Bereiche ihrer Einflußnahme und des Meinungsspektrums gesorgt werden, damit sie die größtmögliche Anzahl erreichen kann. Schließlich muß die größtmögliche militante Dynamik dazu beitragen, daß die Sympathien, die Kontakte, die Verankerung in den Massen sowie in den politisierten Kreisen vervielfältigt werden. Zum Thema Artikulierung denke ich, daß es nützlich und notwendig ist, Gegeninformation durch Verbreitung des Ausdrucks von Kampf zu machen. Indem sie auch eine informative Rolle haben und auch (für politische Kreise) als Diskussionsbasis dienen, muß man sich jedoch bewußt sein, daß ihre unmittelbare Agitproprolle begrenzt ist, da ihr theoretisches Niveau für die Massen schwer zugänglich ist. So wäre es erforderlich, sie zu "übersetzen"", d.h. die Initiativen, auf die sie sich beziehen, zu popularisieren, ihre Themen und politischen Stoßrichtungen darzulegen. Und das auf autonome Weise durch eine den Zielbereichen angepaßte Sprache, durch für alle zugängliche Erklärungs- und Propagandebemühungen, mit Konzepten, die "Gut ankommen". Und auf dieser Ebene ist die Sprache äußerst wichtig. Es läßt sich sehr viel mehr als mit dem üblichen "Parteichinesisch" sagen, wenn man auf die Anwendung einer geläufigen Sprache Wert legt und dadurch die Subjektivität der Leute durch moralische und affektive Werte anspricht, die jedem spezifischen Milieu zu eigen sind, an das man sich wendet, besser, als man verwendet nach jedem 3. Wort "Kommunismus", "Imperialismus", "Restrukturierung", usw. Behalten wir uns unseren ""Code"" und unsere Spezialsprache (man kann damit nicht immer sparsam umgehen) für unsere internen Texte, für militante Debatten, für die notwendige Theoriearbeit.

Staatsschutzprozess vor dem OLG Koblenz

Wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und "Unterstützung einer terroristischen" hat der Staatsschutzsenat am OLG Koblenz gegen fünf Genossen aus Kaiserslautern Anklage gehöben.
Anklagepunkte sind:
-- der Aufruf zur bundesweiten Demo am 26.1.85 in Karlsruhe zur Bundesanwaltschaft. Die zentrale Forderung war die Zusammenlegung derpolitischen Gefangenen, wie es auch auf vielen Transparenten zu lesen stand. Es war eine starke, politische Demonstration, zu der im ganzen Bundesgebiet mobilisiert wurde.
-- die "Verbreitung" zweier Papiere; sie standen im direkten Zusammenhang zu einer Veranstaltung zu den politischen Gefangenen während des Hungerstreiks an der Uni Kaiserslautern.
-- die "Verbreitung" der Ausgabe eins von "zusammen kämpfen".
Auf was sie zielen und über Kriminalisierung 'abschaffen' wollen, ist die politische Identität. D.h. ganz materiell, schon der Kopf ist das Delikt. Was sie dabei ranziehen, sind selbst Verständlichkeiten: Die besuche und Briefe zu Gefangenen, Prozessbesuche, die kiloweise bei Hausdurchsuchungen fortgeschleppten Papiere, insbesondere die Sachen zur Zusammenlegungsdiskussion, das zu haben, ist für alle wichtig, die ihren Widerstand im Zusammenhang mit den gefangenen begreifen; ebenso "zusammen kämpfen", "knipselkrant" usw., die sich mit der praktischen Entwicklung und den Möglichkeiten im Zusammenkommen zur Front in Westeuropa auseinandersetzen.
Politische Identität bedeutet für uns natürlich, für unsere Ziele zu kämpfen. Ausdruck davon waren beispielsweise die beiden Veranstaltungen in Kaiserslautern, am 19.1 und 14.12. 85. Die Inhalte dieser beiden Veranstaltungen und die öffentliche Auseinandersetzung darüber, ist es was sie eigentlich 'wegklagen' wollen.
In der Veranstaltung im Januar stand die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die zu der Zeit im Hungerstreik dafür kämpften, im Mittelpunkt. In der zweiten ging es um die erfahrungen des Widerstandes seit dem Hungerstreik, um die Forderung nach Freilassung von Günther Sonnenberg, weil er haftunfähig ist, um die Entwicklung gemeinsamen Widerstands hier in der Stadt und um die Methoden, mit denen der Staatsschutz diese Entwicklung aufzuhalten versucht.
So geht es auch nicht nur um die fünf, sondern um die ganze Entwicklung seit dem Hungerstreik 84/85, den gemeinsamen Kampf von Gefangenen, Guerilla und Widerstand. Und genau in der Situation, wo sich die Kämpfe zusammenschieben, wird die Auseinandersetzung über Perspektiven und Ueberlegungen für sie nicht mehr kalkulierbar. Eine Veranstaltung gibt die Möglichkeit zur diskussion ganz direkt mit anderen, über das, was wir wollen; auch gibt das Ansatzpunkte, sich in der Entwicklung des Widerstands wiederzufinden. Das gemeinsam zu diskutieren wollen sie über Kriminalisierung zerschlagen.
Es gab gleich nach Beginn des Hungerstreiks in vielen Städten der BRD Veranstaltungen, denn der Hungerstreik mobilisierte, löste Diskussionen und praktische Aktionen aus. In dem Zusammenhangstand damals auch die Veranstaltung in Kaiserslautern. Die Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten, was gemeinsam getan werden kann, sind hier in der Stadt danach bis heute, weitergegangen. Sie legten deshalb ihr Projekt, das sich gemeinsam entwickeln zu zerschlagen, erstmal breit an. Alle, die mit den fünf Genossen in irgendeiner Form zu tun hatten, wurden in die Mangel genommen. Sei es über Hausdurchsuchungen, Zeugenvorladungen bis vors OLG, Spitzelanwerbungen vom Verfassungsschutz bis heute, Anrufe bei Eltern und an Arbeitsplätzen, Telefonüberwachungen usw. Sie treiben so die Polarisierung selbst voran und verlangen von jedem eine Entscheidung für oder gegen sie. Dazwischen bleibt nichts mehr. Das einzige, worauf sie noch setzen können, ist die Verbreitung von Angst.
So, wie sie Militante von Wackersdorf in XY zur Fahndung aushängen, weil die Leute praktisch selbst bestimmen, wie sie kämpfen wollen. Odern wie sie jetzt nach der Erschiessung Braunmühls gegen den Widerstand loslegen, weil sie von der Guerilla und Genossen, die ihre Entscheidung fällten, Angriffe illegal zu organisieren, nichts haben. So greifen sie nach denen, den sie kriegen können. Das sind zum einen die Gefangenen, bei denen sie de Zellen dicht machen wollen, d.h. Kontaktsperre, Geiselstatus. Und das sind die Leute aus dem 'legalen' Widerstand. Sie zielen gegen die Breite des Widerstands, gegen die Entwicklung des gemeinsamen Kampfs. Wie die Durchsuchungen in Stuttgart, von 40 Wohnungen in Düsseldorf, oder die Räumungen in der Hafenstrasse zeigen. Sie können die Strukturen, die sich der Widerstand aufgebaut hat aber nicht zerschlagen. Das gemeinsame Bewusstsein und die Solidarität geht über die BRD raus, wie jetzt wieder die Aktionen in Kopenhagen nach den Räumungen in der Hafenstrasse verdeutlichten.
Ebenso der Kongress in Frankfurt im Winter, wo durch die gemeinsame Entschlossenheit aller, der politische Preis, den Kongress zu stürmen, für sie zu hoch war. Sie holen sich lieber noch Einzelne raus, in der Hoffnung, damit einen ganzen Zusammenhang bzw. eine ganze Entwicklung aufhalten zu können.
Aber sie sehen sich auch gezwungen, zunehmend offen militärisch zu reagieren. Riesige Bullenaufgebote, ganze Strassenblöcke abriegeln und durchkämmen, Gaseinsätze bis hin zur Legitimierung für den Schusswaffengebrauch in Wackersdorf usw. zeigen, dass sie einfach nicht mehr die Möglichkeit haben politisch zu intervenieren und reagieren. Andereseits

versuchen sie natürlich den militärischen Charakter, wie sie mit Widerstand umgehen, immer noch über justizielle und Gesetzesebene zu bemänteln.
Der weltweite Kampf gegen den Imperialismus ist der Zusammenhang, in dem sich die Entwicklung des Widerstands begreift. Und das wissen und kriegen sie zu spüren. D.h. aus der praktischen Möglichkeit hier in den Metropolen gemeinsam mit dem weltweiten Befreiungskampf entsteht die Stärke, imperialistische Kriege und Projekte zu bekämpfen. Um in internationalen Klassenkrieg politisch wieder in die Offensive zu kommen, nennen sie ihn "internationaler Terrorismus". Weil wir uns als Teil des antiimperialistischen Widerstands, d.h. Teil des internationalen Klassenkrieges, begreifen, ist auch die Dimension und die Härte ihrer Reaktion, auch auf der Ebene, wenn es um Diskussion und Auseinandersetzung mit antiimperialistischen Inhalten geht, zu begreifen.
Für unser politisches Selbstverständnis ist es wichtig, die Situation der politischen Gefangenen, die Forderung nach Zusammenlegung, öffentlich zu machen. Es gibt bereits ein breites Bewusstsein über Isolationsfolter in den BRD-Knästen, das die Herrschenden in die Zwickmühle bringt, sagen zu müssen, warum die Gefangenen nicht zusammengelegt werden. das können sie aber nicht über ihre Lügenpropaganda, den gefangenen gehe es gar nicht um die Zusammenlegung, legitimieren. Politisch ist die Zusammenlegung nicht meht anzufechten, weil es einfach die berechtigte und notwendige Forderung ist. Die Kriminalisierung ist ihr letztes Mittel, aus dieser Klemme rauszukommem. Einfach dicht machen und wer dann immer noch drüber redet, "wer heute noch die Zusammenlegung und die Anwendung der Genfer Konvention fordert, bereiter den Boden für den Terrorismus", so sinngemäss sagte es Rebmann Mitte 86. Die Kriminalisierung ist aber nur ein hilfloser versuch, der die politische Vermittlung über die Richtigkeit der Zusammenlegung nicht auslöschen kann. Die öffentliche Auseinandersetzung damit kriegen sie deshalb auch nicht weg. Sie bedeutet ebenso schutz für die Gefangenen gegen den Angriff des Staates. Weil das immer mehr Menschen kapieren, kommen sie aus dem Dilemma nicht raus. Z.B. versuchte die BRD in ihrem Bericht an den UN-Menschenrechtsausschuss die Isolationsfolter einfach zu leugnen, um sich die Legitimation abzuholen. Sie kamen aber auch dort nicht durch. Der Ausschuss sagt, dass in der BRD die Gefangenen isoliert werden und dass Isolation Folter ist.
Ein weiteres projekt ist ihr Versuch, diese Massstäbe in ganz Westeuropa durchzusetzen, wie es im Prozess gegen Ingrid und Mareille deutlich wurde. Es ist kein BRD-beschränktes Ding, sondern sie greifen bis nach Spanien, um das dortige Gefangenen-Kollektiv, die 'Kommune Karl Marx', als "terroristische Vereinigung" zu zerschlagen. Dazu führen sie den Briefwechsel von Mareile mit den spanischen Gefangenen an. Denn die Gefangenenkollektive in Spanien, oder auch in Portugal, stehen im Widerspruch zur Isolation hier. Für das vereinheitlichte Westeuropa mit entsprechenden gleichgeschaltetem Rechtsraum will die BRD jetzt jede Lebensäusserung der politischen Gefangenen als Straftat definieren und zur Maxime für andere Länder durchsetzen. Es ist auch die Reaktion auf die Nähe der politischen Gefangenen in Westeuropa in ihrem Kampf für kollektive Lebens- und Arbeitsbedingungen.
Sie hätten die Zusammenlegungsforderungen gerne für immer vom Tisch, weil der Kampf der Gefangenen Mut gibt, und auch, weil sich in der Forderung die Kollektivität konkretisiert, wie die Gefangenen sagen: '...die Struktur und Ziel des Befreiungskampfes'.
Oder, weil der Prozess draussen und drinnen derselbe ist; zusammenkommen, voneinander lernen, die Isolation durchbrechen gemeinsam mit den Gefangenen.
Zur Situation in Kaiserslautern schätzen wir es so ein, dass sie meinen, hier in der Provinz, mit einer nicht so grossen politischen Szene, in aller Stille, ohne dass sich was dran entzündet, Einzelnen aus dem Widerstand den Prozess machen zu können. Ihr Kalkül, dass es eine grössere Distanzierun gibt, gerade weil sie zuerst viele Leute in Kaiserslautern mit ihrem Angriff konfrontierten, was immer erstmal für jeden ein Angriff auf die Existenz bedeutet, geht nicht mit ihrem Terror auf.
Alles, was sich bis jetzt entwickelt hat und was da noch drin steckt, kann nicht dadurch gekippt werden, dass sie Einzelne von uns rausgreifen. In der Dimension ihres terrors liegt auch ihre Schwäche.
Wir wollen natürlich zum Prozess gegen die fünf mobilisieren. Wichtig ist uns aber, dass das, was sich an antiimperialistischem Widerstand gerade auch in Kaiserslautern entwickelt hat verfestigt, und über den Staatsschutzprozess hinaus der revolutionäre Prozess weiterentwickelt wird, um so den Kampf offensiv führen zu können.

Zur Situation der politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in USA

Am 18. Juni 1986 wurden Tim Blunk, Oscar Lopez Rivera und Kojo Bomani Sababu (Grailing Brown) mitten in der Nacht aus ihren Zellen im Knast in Leavenworth geholt und im bewaffneten Konvoi nach Marion gebracht. Marion ist ein Hochsicherheitsknast im südlichen Teil des Staates Illinois, "das Gegenstück zu Stammheim in USA", wie Tim es ausdrückt. In Marion, dem sichersten Knast des Landes, sitzen 300 Gefangene in Einzelhaft, 23 Stunden am Tag allein in ihren Zellen. Es gibt keine Bildungs- oder andere Programme (höchstens Fernkurse), keine Arbeit. In Marion sitzen politische und Kriegsgefangene aus dem bewaffneten Widerstand und aus nationalen Befreiungsbewegungen (getrennt voneinander, sie sehen sich nie), die politisiertesten und rebellischsten der sozialen Gefangenen des Landes, Gefangene, die aus anderen Knästen abgehaun sind oder im Knast Leute umgebracht haben, auch Faschisten und rassistische Knastgangs. Die vielen Menschenrechtsverletzungen werden im Namen der Sicherheit für die Anstalt gerechtfertigt. Da die Gefangenen als "unverbesserlich", gefährlich und gewalttätig eingestuft werden, ist Marion eine "verfassungsfreie Zone", wie die Juristen es nennen. Tim und seinen Genossen geht es trotzdem gut. Sie bekommen eine Menge Unterstützung von der Widerstandsbewegung draußen.

Am 3. Juli 1986 wurden 3 Genossen/innen aus der puerto-ricanischen Unabhängigkeitsbewegung in Chicago in Verbindung mit der angeblichen "Verschwörung zum Ausbruch", die der offizielle Grund für die Verlegung von Tim, Oscar und Kojo nach Marion gewesen war, festgenommen. Zwei von ihnen, Viola Salgado und Dora García Lopez, waren nach einem Besuch bei Tim und Oscar in Leavenworth vom FBI durchsucht worden. Dora ist Oscars Schwägerin. Viola arbeitet in dem Anwaltsbüro, das sich mit Oscars "Fall" beschäftigt. Beide sind sehr aktiv im puerto-ricanischen Unabhängigkeitskampf. Sie werden der Verschwörung ("conspiracy", das bedeutet juristisch: Vereinigung von 2 oder mehr Personen zu rechtswidrigem Handeln) beschuldigt, und es wird ihnen vorgeworfen, als Kuriere für Informationen über den angeblichen Ausbruch zwischen der FALN und Oscar tätig gewesen zu sein. Der dritte der verhafteten Genossen/innen, Jaime Delgado, ist der nationale Koordinator des Nationalen Komitees zur Befreiung (oder Freilassung) Puerto-Ricanischer POW's (POW =prisoner of war=Kriegsgefangener), einer legalen Organisation, und auch in der Unabhängigkeitsbewegung aktiv. Jaime wird beschuldigt, einen Kauf von Waffen und Sprengstoff von einem Undercover-FBI-Agenten arrangiert zu haben. Laut FBI-Beschuldigungen lief das Ganze so: es wurde noch ein anderes Treffen angesetzt, wo ein nordamerikanischer Genosse hin kam, der dann den Kauf klar machte. Der Agent verkaufte ihm"falschen" Sprengstoff und brachte eine Wanze in seinem Auto an. Der Genosse entdeckte die Wanze erst, dachdem er das FBI schon zu einem Versteck geführt hatte. Er und drei andere konnten fliehen. Das FBI erbeutete allerdings eine Anzahl Waffen. Um die Unabhängigkeitsbewegung weiterhin zu kriminalisieren, weiter Druck auszuüben und ihre "Untersuchungen" zu rechtfertigen, verhafteten sie Viola, Dora und Jaime, die aber alle drei gegen Kaution wieder frei sind. Gegen Tim, Oscar und Kojo laufen Anklagen wegen des angeblichen Versuchs auszubrechen.

In Lexington, Kentucky wurde jetzt das neue "contoll unit" für Frauen eröffnet. Susan Rosenberg, eine politische Gefangene, und Alejandrina Torres, eine puerto-ricanische POW, wurden als Erste dorthin verlegt. Sie sind die einzigen Gefangenen in der Abteilung, in der es insgesamt 16 Zellen gibt. Der Staat rechtfertigt die Verlegung mit einer "Gefahr eines Ausbruchsversuchs mit einem Angriff auf das Gefängnis von außen", obwohl weder Susan noch Alejandrina jemals eines Ausbruchsversuchs beschuldigt worden waren. Alejandrinas Mitangeklagte (Männer) sind in anderen Knästen im

"Normalvollzug". Beide Frauen wurden nach ihrer Ankunft in Lexington von männlichen Knastbullen vaginal- und rektaldurchsucht. Sie sind 23 Stunden am Tag in ihren Zellen und können nur Besuche von engsten Verwandten und ohne körperliche Berührung bekommen. Ihre Briefkontakte werden auf 15 Leute beschränkt, die alle vom Knast "anerkannt" werden müssen. Besuchsstunden gibt es nur an Wochentagen, wodurch es denen, die arbeiten, unmöglich gemacht wird, zum Besuch zu kommen, ohne Urlaub zu nehmen.

kommunikee

WAR AGAINST THE TRADERS IN DEATH!

Today we have attacked two shipping companies who are involved in traffic of weapons. Elite Shipping " and, "Mortensen & Lange".

Imperialisms weapons production has a strategic economic effect. It creates fatal work plaçes and record profits. A part of the proceeds get used to support pro-imperialistic organisations war against liberation movements. In this way, Reagans administration has invested, large parts of the proceeds from the sales of weapons to Iran, directly in armed gangs of "contras", who from bases in honduras fight liberated Nicaragua.

In this context the Danish coaster fleet play a vital role. Because it is in a high grade Danish ships that have carried thousands of tons of weapons technology to Iran.

Thereby Danish shipping companies and agents procured their share of the proceeds from the weapon traffic and thereby are nothing other than traders in death.

The revolutionary forces in Western Europe will not silently accept this trade in death, which is a part of the western military-industrial complex, and will not accept this profit that is extracted to reinforce capitals monopoly.

The ruling class show their repressive face by persuing the anti-imperialistic front, that in different areas and with diverse methods attemps to unveil filth for people who want a society with humane motives, which includes not benefitting from others blood.

We realise that our attack hasnot toppled the traders in death. It shall serve to show that even Denmark cannot be left out of the fight against the unscrupulous profitering of the weak and the oppressed which is the precise characteristic of our system.

We dont believe that Schlütters employers government will in reality prohibit its Danish supporters profiteering.

Therefore we call upon trade unions and solidarity committees together to establish a control and actions commite, who effectively can watch over potential weapon deliverers.

With our action we send a salute to the comrades in FPMR who recently attacked the swine Pinochet !

War against the traders in death !

Revolutionary action !

MBB

WIENER *November 86*

Das Schlagwort vom „Militärisch-Industriellen-Komplex" beschäftigt Friedensforscher und Terroristen. Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) ist ein solcher Komplex. Um die Denkfabrik in Ottobrunn, wo sich 7000 hochqualifizierte Mitarbeiter Gedanken über die militärische und zivile Nutzung jeder Idee machen, ranken sich 50 kunstvoll verschachtelte Firmen überall auf der Welt. Ob es um Weltraumfahrt, Flugzeuge, Biogas oder Waffentechnologie geht: MBB kennt die Lösung, stellt sie her und verkauft sie. Ein mächtiger Gigant, den niemand kennt, ist MBB die deutsche Antwort auf SDI.

Das WIENER-Dossier *(Text: René Zeyer)* zeigt eindrucksvoll die komplexe Verzahnung eines Rüstungskonzerns mit der gesamtgesellschaftlichen Realität: von der Arbeitsplatzproblematik bis zum lobbyistischen Durchdringen der Bonner Szene, von den militärischen Großmachtträumen wichtiger Politiker bis zu der Geschäftspolitik, die zwanghaft in einer Rüstungsspirale mündet. Zahlen und Fakten also zu einem Konzern, der das Licht der Öffentlichkeit scheut, obwohl er zur Hälfte in Staatsbesitz ist.

Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) ist der größte Rüstungskonzern der Bundesrepublik. Diese Stellung ist aber nicht mehr ganz unangefochten, seitdem unter der Führung der Deutschen Bank und unter dem Namen „Daimler-Benz" ein weiterer Riesenrüstungskonzern entstanden ist.

Der Jahresumsatz von MBB 1985 lag bei über sechs Milliarden Mark, erwirtschaftet von 36915 Mitarbeitern allein in der Bundesrepublik. Davon wurden 54 Prozent im militärischen Bereich gewonnen. Der Konzern besteht aus insgesamt 51 Firmen, die allein in der Bundesrepublik an 23 verschiedenen Standorten produzieren. Während das Management diese Form als „kontrollierte Dezentralisierung" bezeichnet, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Alois Schwarz: „Seit 20 Jahren muß ich miterleben, wie von den Verantwortlichen ein Fehler nach dem anderen gemacht wird." Der ehemalige Flick-Manager Hanns Arnt Vogels (60), seit 1983 Vorsitzender der Geschäftsführung bei MBB, hat aber einen neuen Führungsstil eingebracht; es weht ein scharfer Wind, seit er an einer Straffung und neuen Ausrichtung des Konzerns arbeitet.

Das ist nicht einfach, denn die Besitzverhältnisse in der Firma sind mindestens so kompliziert wie ihre Struktur.

Die Bundesländer Bayern, Hamburg und Bremen sind zu insgesamt 52,4 Prozent an MBB beteiligt. Banken und Versicherungen sowie die Industrie halten je weitere 14,46 Prozent, die staatliche französische Firma Aerospatiale besitzt zehn Prozent und die Gründerfamilien Messerschmitt, Bölkow und Blohm teilen sich in die restlichen 8,68 Prozent. (Siehe Schaubild)

Einerseits erleichtert die große staatliche Beteiligung natürlich die Verzahnung mit dem auftraggebenden Verteidigungsministerium und anderen staatlichen Stellen; das Kontaktbüro von MBB in Bonn ist mit ganzen zwei Mitarbeitern und zwei Sekretärinnen besetzt. Mehr ist nicht nötig, wenn der Finanzminister des Freistaats Bayern, Max Streibl, Vorsitzender des Aufsichtsrats bei MBB ist, Franz Josef Strauß übt diese Funktion in der Airbus GmbH aus, ebenso sind die freien Hansestädte Bremen und Hamburg mit drei Senatoren im Aufsichtsrat vertreten. Andererseits macht diese komplizierte Struktur den Konzern abhängig von den Sonderinteressen der einzelnen Beteiligten.

Der Konzern ist mit seiner Wehrtechnik zum Inbegriff einer Denkfabrik geworden; etwa 6000 seiner Mitarbeiter sind hochqualifizierte Ingenieure und Wissenschaftler aller Disziplinen. Sepp Hort, der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung, rühmt sein Unternehmen: „Wir leben von 20 großen Projekten, haben 200 veröffentlicht und verfügen über weitere 1700 Arbeitstitel." 1500 ausgereifte Ideen kommen jedes Jahr dazu.

Zu den zwanzig großen Projekten zählen das Mehrzweck-Kampfflugzeug *Tornado*, der *Airbus*, der erste deutsche in Serie hergestellte *Hubschrauber (BO 105)*, Lenkwaffen und Flugkörper wie *Hot*, *Milan*, *Armbrust* und *Roland*. Der „Unternehmensbereich Apparate" stellt alles her, womit man Panzer, Flugzeuge, Schiffe und Flughäfen in die Luft jagen kann, dazu noch elektronische Systeme und Komponenten, mit denen man ausbilden, prüfen und elektronisch den Kampf führen kann.

Zur Absatzsicherung werden im Konzern ebenfalls all jene Produkte hergestellt, die als Ziele der Vernichtung dienen können. Während das Werk Bremen das schnelle Minenkampfboot *SM 343* entwikkelt und herstellt, produziert Ottobrunn den Seezielflugkörper *Kormoran*, mit dem dieses Schiff versenkt werden kann. Das Tieffleger-Abwehrsystem *Roland* schießt den *Tornado* ab. Die Handwaffe *ACL 300 Jupiter* jagt den *Leopard 2* in die Luft, die *Stabo* (Startbahnbombe) verhindert, daß der *Airbus*, eingesetzt als Truppentransporter, überhaupt in die Luft kommt.

Diese Produktepalette garantiert einerseits den Absatz, führt andererseits natürlich zu größeren Verwicklungen: der Irak schießt mit einer Exocet-Rakete, bekannt auch aus dem Falkland-Krieg, den deutschen Versorgungsschlepper „Seetrans" ab. Sechs Menschen sterben, und Bonn protestiert in Bagdad. Der Flugkörper wird in Paris von der Firma Aerospatiale hergestellt, mit der MBB eng zusammenarbeitet, der Suchkopf wurde von MBB in Ottobrunn entwickelt und gebaut. Das wird zwar von MBB dementiert, vom konser-

vativen „Münchner Merkur" aber unwidersprochen behauptet. Bei der Herstellung von Kriegsmaterial muß jede Haftung natürlich abgelehnt werden.

Die Bundesrepublik ist hinter den Supermächten und Frankreich der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt. An diese Stelle hat sie sich durch ein explosionsartiges Wachstum um 983 Prozent des Exportvolumens zwischen 1973 und 1980 (zum Vergleich: Welt 98 Prozent) geschoben. Für wieviel Geld MBB tödliche Grüße ins Ausland schickt, ist schwer zu eruieren, aber alleine die *Tornado*-Lieferung an Saudi-Arabien steht für ein Auftragsvolumen von elf Milliarden Mark. Überall auf der Welt, wo gerade Krieg geführt wird, ist MBB sowieso dabei. So beliefert der Konzern, natürlich auf Umwegen über französische oder spanische Tochterfirmen, den Irak mit dem Kampfhubschrauber *BO-105*, sein „großer Bruder" (aus der Werbebroschüre von MBB) *BK 117*, in Zusammenarbeit mit der japanischen Firma Kawasaki entwickelt, wurde gleich direkt in Augsburg für den speziellen Einsatzzweck umgerüstet, im österreichischen Pichling mit dem militärischen Tarnanstrich versehen und am Flughafen Graz von der irakischen Luftwaffe mit einer Iljuschin 76 M abgeholt. Zum Ausgleich bekommt der Iran neben Waffenfabriken, die der vollständig in BRD-Staatsbesitz befindliche Konzern „Fritz Werner" herstellt, von MBB Panzerabwehr-Lenkwaffen geliefert. Diese Zusammenarbeit hat schon Tradition; zu Zeiten des Schahs übernahm MBB eine 35prozentige Beteiligung an der Firma „Iranian Systems and Management Corporation", deren Aufgabe darin bestand, den Transfer von modernen Waffentechnologien zu befördern.

Nicht nur in Kriegsgebiete wird geliefert. Auch Diktatoren überall auf der Welt sind froh, mit deutscher Waffenhilfe ihre Bevölkerung terrorisieren zu können. Das staatliche Flugzeugunternehmen ENAER Chile baut den *BO 105* Kampfhubschrauber gleich in Lizenz nach, ebenso Indonesien und Indien, während Südafrika sich darauf beschränkt, die Hubschrauber von MBB zu kaufen. In Argentinien ist MBB Generalunternehmer für ein riesiges Panzer- und Raketentestgelände. In der Volksrepublik China wurde schon vor längerer Zeit ein Verbindungsbüro eröffnet. Zur Koordinierung der diversen Auslandsgeschäfte wurde 1983 in London eine „Anlaufstelle" geschaffen, die weltweit die Produkte des Rüstungs- und Technologiekonzerns vermarkten helfen soll.

Unverständlich, daß sich Sepp Hort darüber beschwert, daß die Bundesrepublik eine zu zurückhaltende Exportpolitik betreibe, was MBB daran hindere, „zu vernünftigen Stückzahlen zu kommen". Dabei liefert MBB in alle Gegenden der Welt, nach Syrien, Brasilien und Ägypten ebenso wie nach Argentinien, Sudan oder Brunei.

Die enge Verzahnung zwischen MBB und Staat bewirkt, daß mit Steuergeldern Programme finanziert werden müssen, deren Steigerung der Stückzahl nur dazu führt, daß mehr Steuergelder verpulvert werden müssen. Pro *Airbus*, ein Lieblingsprojekt von Franz Josef Strauß, muß der Staat 40 Millionen Mark Zuschuß zahlen, damit dieser Flieger auf dem Weltmarkt überhaupt konkurrenzfähig ist.

Die gesamte Airbusentwicklung zeigt, wie problemlos ein Konzern mit Staatsgeldern um sich schmeißen kann. Allein für die Entwicklungskosten des *Airbus 300* wurden 1,1 Milliarden Mark rausgeworfen, für die Folgemodelle *A 310* und *A 320* bestehen Bürgschaften von über 4,5 Milliarden Mark. Rentabel würde der Verkauf des Flugzeugs allenfalls, die Entwicklungskosten einmal beiseite gelassen, ab einer Stückzahl von mehr als 1000. Von der ganzen Airbusfamilie sind aber bis heute erst 542 Exemplare verkauft oder fest bestellt, der Marktführer Boeing hat über 5000 Düsenjets auf den Markt gebracht. Erst neulich war in der Presse zu lesen, daß 100 Airbusse verkauft worden seien. In Wirklichkeit besteht eine feste Zusage für zehn, die möglicherweise auch nur geleast werden.

Wenn MBB in eine finanzielle Klemme gerät, dann wird der Boß Hanns Arnt Vogels höchstpersönlich in Bonn vorstellig, um darauf hinzuweisen, daß sich MBB in Zukunft eine noch größere finanzielle Unterstützung erwartet. In Exportfragen hat MBB ja in der Person von Franz Josef Strauß einen Werber, der keine Gelegenheit ausläßt, ausländische Gesprächspartner auf die Produkte der Firma hinzuweisen. Oftmals gelingt es ihm dabei, einen kleineren oder auch größeren Deal in die Wege zu leiten. Aufgelaufen ist er allerdings vorläufig mit seinem Wunsch, die beiden größten bayerischen Unternehmen, MBB und BMW, miteinander zu fusionieren.

Das Modell für diesen Plan gibt der inzwischen größte Industriekonzern der Bundesrepublik, die Daimler-Benz-Gruppe, ab. Nach dem Erwerb von 65 Prozent der Anteile am Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier, der restlichen 50 Prozent an der MTU (Motoren und Turbinen Union München) und der Übernahme der in Richtung Rüstung sanierten AEG im Oktober 1985 wurde Daimler-Benz zum zweitgrößten Rüstungskonzern der Bundesrepublik. Der Name Daimler-Benz ist dabei allerdings irreführend: der eigentliche Hausherr, der über 28 Prozent des Stammkapitals kontrolliert, heißt Deutsche Bank. Die Deutsche Bank ist ebenfalls mit über 20 Prozent an Krauss-Maffei beteiligt, die wiederum ein Bestandteil des MBB-Imperiums ist. Während aber Daimler-Benz, ein Konzern, der in erster Linie nicht harmlose Autos, sondern für über drei Milliarden Mark im Jahr Kriegselektronik, Panzer-, Schiffs- und Flugzeugantriebe herstellt, in privatkapitalistischem Besitz ist, gehört MBB zu über 50 Prozent dem Staat.

Deshalb schreckte BMW-Chef Kuenheim vor einem Ankauf von MBB zurück. Denn MBB ist zwar ein technisches Schatzkästchen, und die nötigen Kosten in der Höhe von etwa 1,5 Milliarden Mark wären auch kein Problem gewesen, aber einzelne Besitzer von MBB, vor allem Hamburg und Bremen, wollten nicht verkaufen. Und mit einer Minderheitsbeteiligung wollte sich BMW nicht zufrieden geben.

Die wichtigste deutsche Waffenschmiede liegt im Großraum München. Weitere Rüstungszentren bilden Friedrichshafen und Karlsruhe. Insgesamt fließen 60 Prozent der Bundesmittel in die beiden südlichen Bundesländer. Nach Bayern bezahlt das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) 40 Prozent seiner Mittel.

Für MBB ein todsicheres Geschäft: Mißmanagement, Schlamperei, unkoordinierte Entwicklungen in den verschiedenen Unterfirmen, all das kann mit Steuergeldern wieder in die Reihe gebracht werden. Das Vorgehen ist ganz einfach. Zuerst werden in verschiedenen Etatposten versteckt kleinere Summen auf die Schiene gesetzt, wie das von Brauchitsch bei seinen Flick-Steuerbefreiungsoperationen nannte.

So wurden für Neuentwicklung des Taktischen Kampfflugzeugs für die neunziger Jahre, *TKF 90*, in aller Stille zwischen 60 und 90 Millionen Mark ausgegeben. Letztlich wird es sich wieder um ein 20- oder mehr Milliarden-Projekt handeln, das dann (wie beim *Tornado*) nicht mehr abgestoppt werden kann, weil Arbeitsplätze gefährdet sind. Beim *Tornado* verzehnfachte sich der Systempreis pro Flugzeug von anfänglich zehn Millionen auf über 100 Millionen Mark, inzwischen hingen 13000 Arbeitsplätze vom Bau des Tornado ab, und da kostet eine solche Fehlentwicklung zwar dem Verteidigungsminister einiges an Ansehen, aber dem Ruf von MBB schadet es nicht.

So wenig Preisdisziplin kann sich der Konzern nur erlauben, weil die Regierung immer mehr dazu übergegangen ist, den Waffenbedarf bei einheimischen Fabriken zu decken. Während zwischen 1956, dem Beginn der Wiederaufrüstung, und 1960 der Anteil der Inlandsrüstungsnachfrage noch bei 42,2 Prozent lag, stieg er in den letzten Jahren auf durchschnittlich 81,7 Prozent. Und der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik sah bei einem Gesamtvolumen von knapp 50 Milliarden Mark unglaubliche 18,9 Milliarden für die Beschaffung von Material und Forschung vor.

Diese Gelder werden nicht, wie in der Wettbewerbsgesellschaft üblich, nach einer öffentlichen Ausschreibung an den Bestbieter bezahlt. Sie werden direkt – und freihändig – vergeben, meist an MBB und Daimler-Benz; der Anteil an öffentlichen Ausschreibungen oder beschränkten Ausschreibungen ist von anfänglich knapp 40 Prozent auf inzwischen zehn Prozent zusammengeschrumpft. Diese Firmen dürfen dann, da ja kein Konkurrenzdruck besteht, den sogenannten „Selbstkostenpreis" berechnen, dabei eröffnen sich jede Menge Möglichkeiten für offene oder versteckte Profitrealisierungen.

Gerade bei MBB gibt der hohe staatliche Anteil auf der Besitzerseite noch die zusätzliche Möglichkeit, mit dem Argument, daß bei einer Verweigerung des Auftrags Arbeitsplätze gefährdet sind, sich dumm und dämlich zu verdienen.

Der ausgewiesene Gewinn von MBB für 1985 beträgt 36 Millionen Mark, ohne Subventionen würden tiefrote Zahlen geschrieben werden.

Wenn der Zivilgütermarkt schlecht läuft, dann steigen eben entsprechend die Kosten für die militärischen Produkte, wenn auf dem zivilen Bereich ein totaler Flop wie der Airbus droht, dann muß der Staat eben wegen gefährdeten Arbeitsplätzen einspringen, wenn Mißmanagement und Unternehmensfehler den Konzern in die roten Zahlen treiben, dann muß eben ganz allgemein subventioniert werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt. Besser können die Voraussetzungen gar nicht sein; das ist wie wenn man Lotto spielt und jede Zahl bringt den Hauptgewinn, es kann gar nichts schief gehen.

Durch die letzte große Fusion von MBB mit den Vereinigten Flugzeugwerken VFW – Kaufpreis 150 Millionen Mark – hat sich die chaotische Situation in diesem Konzern noch verstärkt. Es gibt keine einheitliche Personalpolitik, keine einheitliche Kostenrechnung, kein einheitliches Berichtswesen.

Den Vereinigten Flugzeugwerken war das schlimmste passiert, was es in dieser Branche geben kann: Ende 1977 war der Konzern zahlungsunfähig geworden und mußte von Bonn mit einer Finanzspritze vor dem Tode bewahrt werden. An dieses Geld wurde die Bedingung geknüpft, bald einmal mit MBB zu fusionieren. Nicht aus Sorge um die bedrohten Arbeitsplätze: wichtig an dieser Fusion war die VFW-Tochter Erno, die vor allem mit Weltraumprojekten befaßt ist. Damit eröffnete sich für MBB ein ganz neues Feld an Möglichkeiten, seinen Münchner Think-Tank auch auf dem Gebiet der Weltraumproduktion einzusetzen, und somit für zukunftssichernde Technologie wie beispielsweise bei der Herstellung der *Ariane LO 6*.

Challenger hievte 1985 mitsamt den beiden deutschen Astronauten Furrer und Messerschmid auch ein Weltraumlabor in den Orbit, das von MBB gebaut worden war. Für die neue Aufrüstungsrunde ist MBB bestens vorbereitet. Bereits 25 Millionen wurden in die Entwicklung einer *Laserkanone* gesteckt, die Flugzeuge in zehn Kilometer Entfernung vom Himmel holen soll. Und obwohl die amerikanische Regierung mit der Vergabe von SDI-Aufträgen außerhalb den USA sehr sparsam ist, bekam MBB kürzlich einen Vier-Millionen-Dollar-Auftrag mit einer Option über weitere 40 Millionen Dollar, sollte MBB auch die Folgeaufträge bekommen, dann wäre das der bislang größte Auftrag im SDI-Programm außerhalb den USA.

MBB bezeichnet sich selbst nicht zu Unrecht als „europäisches Entwicklungszentrum für neue Technik". Denn MBB stellt nicht nur alles her, was zur besseren Vernichtung eines militärischen Gegners führen kann, sondern forscht auch in so vermeintlich harmlosen Bereichen wie Biotechnik, alternativen thermischen Energiesystemen, Windenergieanlagen, Verkehrs- und Medizintechnik. Daß auf diesem Gebiet auch Forschungen für die biologische und chemische Kampfführung unternommen werden, versteht sich von selbst.

Es war ein steiniger Weg, den die deutsche Rüstungsindustrie nach der Niederlage von 1945 zurücklegen mußte. Die letzten Beschränkungen durch die alliierten Mächte wurden erst 1984 aufgehoben; erst seit diesem Zeitpunkt darf die Bundesrepublik strategische Bomber, Flugkörper großer Reichweite und Lenkflugkörper bauen.

Inzwischen hat die Bundesrepublik nach den beiden Supermächten den drittgrößten Rüstungsetat der Industriestaaten; ihre Rüstungsindustrie ist die fünftgrößte der Welt, und gemessen an der Produktion der sechstgrößte Industriezweig in der Bundesrepublik.

Allein zwischen 1980 und 1983 stieg die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik um fast 30 Prozent, und damit mehr als viermal schneller als der Durchschnitt des

gesamten warenproduzierenden Gewerbes. Durch inländische Rüstungsaufträge werden etwa 240000 Arbeitsplätze gebunden, somit leben etwa eine Million Menschen von der Rüstung, 35000 davon produzieren für den Export. Insgesamt, wenn man die 666000 Militärpersonen dazuzählt, sind knapp eine Million Menschen damit beschäftigt, Produkte herzustellen oder anzuwenden, mit denen man die Überbevölkerung der Erde in den Griff bekommen kann, wie Peter Barth, Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Friedenspolitik in München-Starnberg, ausgerechnet hat. Die Dunkelziffer dabei ist natürlich recht hoch, denn ob ich ein Datenverarbeitungssystem zur Steuerung des U-Bahn- oder des U-Bootverkehrs einsetze, ist eigentlich egal. Außerdem verlangen technologische Großprojekte die Zusammenarbeit verschiedener Auftraggeber. Beispielsweise interessiert sich das Verteidigungsministerium für einen Großrechner, der Verkehrsminister will das Verbundsystem öffentlicher Transportmittel durchrechnen lassen und der Wirtschaftsminister braucht einen Computer, der Konjunkturzyklen berechnen kann. Diese Etats werden dann miteinander verzahnt zu einem Projekt.

Allerdings werden für die militärische Nutzung Anforderungen gestellt, die im zivilen Bereich überflüssig sind; so muß ein Computer auch einen Sturz oder ein Attentat mit einer Cola-Dose überstehen können, ebenfalls sollte er den elektromagnetischen Impuls, der bei der Explosion einer Atombombe entsteht, aushalten können.

Neu an den Waffenschmieden in der Bundesrepublik ist, daß sie direkt mit dem Staat verflochten sind, also nur noch wenige Transmissionsriemen nötig sind, um an Rüstungsaufträge heranzukommen. In Bonn sind zwar 177 Verbindungsbüros tätig, wie man der Zeitschrift „Wehrdienst" entnehmen kann, aber eigentlich funktioniert der Kontakt reibungslos und direkt.

Natürlich ist eine gewisse Absprache nötig; dazu dient einmal der „Bundesverband der deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie e.V." (BDLI). Als sein Präsident amtierte bis zu seinem plötzlichen Tod, verursacht durch ein Attentat der RAF, Ernst Zimmermann von MTU. Zwischenzeitlich war der MBB-Chef Hanns Arnt Vogels an seine Stelle getreten. Manfred Fischer von Dornier vertritt den dritten großen Rüstungskonzern im Präsidium. Zu seinen Mitgliedern gehört alles, was in der Bundesrepublik wirtschaftlich Rang und Namen hat: die Allianz-Versicherung, alle Großbanken, Daimler-Benz, IBM Deutschland, Krupp, Siemens und so weiter.

Der zwischenzeitliche „Präsidialgeschäftsführer" des BDLI, Dr. Otto Greve, war bis 1984 Leiter der obersten militärischen Beschaffungsbehörde, des BWB. Am 1.4.1986 wurde er zum Präsidenten ernannt.

Die Zusammenarbeit zwischen Rüstungsindustrie, Militärs und Ministerialbürokratie funktioniert wie geschmiert, ohne daß geschmiert werden muß. So ist zum Beispiel der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Martin Grüner, der als Koordinator der Bundesregierung für Fragen der Luft- und Raumfahrt fungiert, „Lobbyist" (Zitat aus dem „Wehrdienst") des Waffenherstellers „Heckler und Koch", logischerweise muß der das auch sein, denn in Grüners Wahlkreis Oberndorf befindet sich der Hauptsitz des Unternehmens.

Mit Detailproblemen beschäftigen sich weitere Arbeitskreise, beispielsweise INDUNT (Industrieunterstützung in Krise und Krieg für die Luftwaffe), in die jeweils kompetente Vertreter vom Bundesministerium für Verteidigung, für Wirtschaft und vom BDLI entsandt werden.

Innerhalb des Parlaments gibt es dann weitere Lobbys, genannt sei nur die „Parlamentarische Gruppe Luftfahrt" mit insgesamt 47 Mitgliedern (37 CDU/CSU, 2 FDP und 8 SPD), die sich für die Interessen der Luftfahrttechnik und des Luftverkehrs stark machen will.

Für weitere Feinabstimmungen gibt es den „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis" (RüAK), der schon vorausschauend vor der offiziellen Aufnahme einer Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik gegründet wurde.

Im RüAK treffen sich normalerweise im Frühjahr, nach der Verabschiedung des jeweiligen Bundeswehrplans, die führenden Männer der Rüstungsindustrie mit dem Verteidigungsminister und seinen Abteilungsleitern, um die „Grundlinien der Beschaffung" zu diskutieren. Aktuell gehören ihm 27 Mitglieder an, 14 davon bekleiden wichtige Funktionen bei den deutschen Banken. Außerdem sind hier versammelt Claudius Dornier, AEG-Chef Heinz Dürr, Bodo Liebe, Boß von Klöckner-Humboldt-Deutz, Siegfried Mann, Geschäftsführer des BDI, Werner Niefer, Chef von MTU, Paul Schnitker, der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Dr. Dieter Spethmann, Chef von Thyssen, Otto Voisard, Vorsitzender des Vorstandes von M.A.N. und natürlich auch Hanns Arnt Vogels von MBB.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik ist in Artikel 26 festgeschrieben, daß „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig und unter Strafe" zu stellen sind. Dennoch hat sich mit deutscher Tüchtigkeit die „Mönch-Verlagsgruppe" zum europäisch führenden Militärzeitschriftenverlag emporgearbeitet, mit 15 Zeitschriften in einer Gesamtauflage von über 5,5 Millionen Exemplaren. Jedes Jahr werden hier zur Imageförderung hohe Beträge der Rüstungsfirmen investiert, MBB, Euromissile und Krauss-Maffei warfen allein 1983 972000 Mark auf, um ihre Tötungsmaschinen anzupreisen, wie die Zeitschrift „Militärpolitik Dokumentation" ausgerechnet hat.

Die Zeitschriften der Mönch-Gruppe, darunter „Wehrtechnik", „Military Technology" und „NATO's Sixteen Nations" dienen nicht nur der Imagepflege. Ihre Redakteure verstehen sich auch als Bindeglied zwischen Rüstungsindustrie, Ministerialbürokratie und führenden Militärs. So wurde nicht nur der abtretende Generalsekretär der NATO, Luns, mit einem aufwendigen Bankett auf Verlagskosten verabschiedet, die Redakteure verstehen sich auch als Handlungsreisende für die deutsche Rüstungsexportindustrie.

Damit unter Ausschluß des an der Verwendung seiner Steuergelder interessierten Staatsbürgers direkt zwischen Militärs und Rüstungsindustrie gekungelt werden kann, wechseln pensionierte Offiziere sofort die Fronten, beispielsweise wurde Oberst Klaus Dietrich

Haffke am 31.3.1985 pensioniert und verdient sich bereits ab 4.4.1985 ein Zubrot zu seiner üppigen Pension als Leiter der „Verbindungsstelle Bonn" von „Standard Elektrik Lorenz".

In den „Wehrdienst"-Briefen, im Jahresabonnement für 800 Mark zu erwerben, wird die Wirtschaft haarklein über die neuesten Planungen der Bundeswehr, selbstverständlich mit der Telefonnummer des zuständigen Referenten, bedient.

Wem da noch Insider-Wissen fehlt, der wird mit der „Beraterbörse" bedient, wo sich demnächst in Pension gehende Offiziere andienen: „Hauptmann a.D., 55, langjährig im BMVg eingesetzt, sucht freiberufliche Tätigkeit als Repräsentant, Berater, Sicherheitsbeauftragter." Oder: „Oberstleutnant des Heeres, 57, aus der Flugabwehrtruppe, Richt- und Schießlehrer, aus alter Adelsfamilie, sehr kontaktfreudig, wird freiberuflich tätig als Repräsentant, Sicherheitsbeauftragter oder ähnliches."

Das Lobbysystem ist perfekt, aber chaotisch ist die Geschäftsführung innerhalb des MBB-Konzerns organisiert. Die Gesamtbetriebsräte von MBB werfen ihrer Leitung immer wieder „erschreckende Konzeptlosigkeit des Managements" vor, Planungsunterlagen über Personalauslastungen werden als „nicht begründet, unvollständig und nicht nachvollziehbar" bezeichnet, insgesamt wird der Leitung vorgeworfen, ihre Planung stelle „unter den vorhandenen politischen Rahmenbedingungen einen gesellschaftspolitischen Skandal dar".

Die Gewerkschaften waren noch nicht einmal zu Zeiten eines SPD-Verteidigungsministers zu den diversen Arbeitskreisen zugelassen, fortschrittlich waren sie in ihrer Politik sowieso nicht.

Obwohl es immer mal wieder Vorschläge von Arbeitnehmerseite, so vom „Arbeitskreis Alternative Fertigung" in Bremen oder vom „Arbeitskreis alternative Produktion" in Augsburg oder den Gesamtbetriebsräten gab, wie man rüstungsabhängige Arbeitsplätze umwandeln könne, stieß das nie auf große Resonanz bei der Unternehmensleitung. Außerdem hat sich die gewerkschaftliche Vertretung im Unternehmen mit ganz speziellen Problemen zu beschäftigen.

Der jetzige Vorsitzende des MBB-Gesamtbetriebsrats, Alois Schwarz, der auch schon als Kandidat für den Posten des Personalchefs im Rennen war und unterlag, ist nicht nur im Aufsichtsrat der Firma, sondern fährt auch auf Betriebskosten eine Limousine mit Chauffeur, damit er die Interessen der Arbeitnehmer ordentlich vertreten kann. Selbstverständlich verwendet er nur für diesen Zweck die 50000 Mark Aufsichtsrats-Tantiemen, und daß Lohnsprünge von zuweilen über 20 Prozent im Jahr, mit denen er das Gehalt eines Abteilungsleiters im Konzern längst überschritten hat, sein Engagement für die Arbeitnehmer bremsen könnten, ist ausgeschlossen. Das hat er sogar schriftlich, denn in einem kitzligen Verfahren gegen Schwarz, in dem ihm von der Münchner Staatsanwaltschaft vorgeworfen wurde, von MBB rechtswidrige Vergünstigungen erlangt zu haben, wurde ihm vom Personalgeschäftsführer bestätigt, daß Schwarz immer „temperamentvoll die Anliegen der Arbeitnehmer vertreten" hat. Das Verfahren wurde eingestellt.

Neben den Produktionsbeschränkungen, die der deutschen Rüstungsindustrie nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg auferlegt wurden, besteht ihr zweites Problem darin, daß die Bundesrepublik im Prinzip über recht restriktive Exportbeschränkungen verfügt. Diese wurden durch einen Beschluß der SPD/FDP-Bundesregierung vom 28. April 1982 entscheidend aufgeweicht; zum einen wurde klargestellt, daß ein Export in NATO-Länder „grundsätzlich nicht zu beschränken" ist, in andere Staaten „nicht genehmigt" wird, außer wenn „im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen". Mit diesem Gummibegriff läßt sich alles legitimieren.

Dennoch, um unnötige Reibungsverluste zu vermeiden, hat MBB Mittel und Wege gefunden, dieser ganzen Problematik auszuweichen. Für den deutschen Waffenexport bot die geheime, aus dem Jahre 1971/72 stammende deutsch-französische Regierungsvereinbarung zum gemeinsamen Rüstungsexport eine wichtige Grundlage. In Artikel 2 heißt es: „Keine der beiden Regierungen wird die andere daran hindern, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen." Deutscherseits trägt diese skandalöse Vereinbarung die Unterschrift des damaligen Verteidigungsministers und späteren Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

Bereits 1972 gründete MBB daraufhin zusammen mit dem staatlichen französischen Konzern „Aerospatiale" die Firma „Euromissile" (EM). EM hat kein eigenes Personal (die 250 Mitarbeiter im Pariser Vorort Fontenay-aux-Roses sind zur Hälfte bei Aerospatiale und bei MBB angestellt), kein Firmenschild, kein eigenes Kapital und keinen Aufsichtsrat, keine Forschungsbüros oder Produktionsstätten und nur eine einzige Aufgabe: als alleinige Verkäuferin der von MBB und „Aerospatiale" hergestellten taktischen Flugkörper (Missiles) aufzutreten, um damit den Zwängen der deutschen Waffengesetzgebung zu entgehen. Was der EM-Generalsekretär in einem Gespräch mit unserem Paris-Korrespondenten auch zugibt: „Durch die Installierung in Frankreich konnten Exportprobleme gelöst werden. Allerdings gibt es Konsultationen mit der deutschen Regierung. Die beiden Verteidigungsminister sprechen sich untereinander ab. Aber schreiben Sie das bitte nicht, sonst ärgern sich die ‚Grünen' in Deutschland."

EM veröffentlicht aus verständlichen Gründen keine Liste ihrer Kunden. Immerhin gibt der deutsche Public Relations-Mann, der genauso wie sein Vorgesetzter anonym bleiben will, aus Angst vor Anschlägen, zu, daß EM „in 35 Staaten verkauft. Da bleiben ja nicht viel übrig, wenn man die Oststaaten einmal abzählt".

In der Werbezeitschrift „euromissile info" heißt es: „Das Waffensystem *Milan* ist bereits in sieben verschiedenen militärischen Konflikten eingesetzt worden. Das System hat hierbei unter unterschiedlichsten klimatischen Bedingungen und Geländekonfigurationen – selbst in der Wüste – einwandfrei funktioniert." Kein Wunder, es handelt sich hier um deutsche Wertarbeit, hergestellt in Nabern und

Schrobenhausen von MBB.

Auch im Falkland-Konflikt konnten beide Seiten die Überlegenheit deutscher Waffensysteme ausprobieren. Eine argentinische *Roland*-Luftabwehrstellung in Port Stanley schoß mit ihrer MBB-Ausrüstung vier britische Harrier ab, während die Briten mit Hilfe von 300 *Milan* die befestigten Verteidigungslinien der Argentinier durchbrachen.

Lieferant war natürlich nicht MBB, sondern EM (Jahresumsatz von 8,4 Milliarden Francs). Am Gewinn ist MBB allerdings zur Hälfte beteiligt.

Weil das so flott funktioniert, wurde 1980 nach dem Vorbild von EM die „Euromissile Dynamics Group" gegründet, an der Aerospatiale, MBB und British Aerospace zu je einem Drittel beteiligt sind. EMDG bereitet im Augenblick die Entwicklung von Panzerabwehrsystemen der dritten Generation vor, unter dem Namen *PARS 3-MR* (mittlere Reichweite), das *Milan* ersetzen soll und *PARS 3-GR* (große Reichweite), das über eine automatische Zielsuchlenkung nach dem Prinzip „fire and forget" verfügen soll; ideal für MBB-Hubschrauber, die nach Abschuß abdrehen können, noch bevor sie der Gegner ins Visier genommen hat.

Auch EM arbeitet an der Koordination von Zukunftsprojekten, zum Beispiel an einem Flugkörper mit Lichtleitlenkung. Seit 1981 arbeiten MBB und Aerospatiale zudem außerhalb von EM zusammen an einem Überschall-Antischiff-Lenkflugkörper, dem *ANS*, das 1993 in Produktion gehen soll. *ANS* soll die mehrheitlich französisch hergestellte *Exocet* und den deutschen *Kormoran* ersetzen.

Allerdings funktioniert die Zusammenarbeit von Frankreich und der Bundesrepublik bei der gemeinsamen Entwicklung von neuen Produkten nicht so reibungslos wie bei der Vermarktung von deutschen Waffen unter Umgehung der deutschen Exportbeschränkungen. Bereits seit elf Jahren besteht das Projekt eines deutsch-französischen Hubschraubers. Nicht nur wegen der bei militärischen Produkten üblichen Kostenüberschreitung von alleine 58 Prozent seit 1984 gab es Streit, sondern wegen eines Problems, das viel grundsätzlichere Dimensionen aufzeigt: die französischen Militärs wollen ein – noch nicht existierendes – europäisches Visiersystem entwickeln, der deutsche Generalstab möchte lieber ein bereits existierendes amerikanisches übernehmen.

Zudem bereitet in Frankreich Ärger, daß MBB die Rolle des Generalunternehmers mit eigens gegründeter Firma „Eurocopter" (München) übernommen hat. Ein Scheitern dieses Projekts wäre eine Katastrophe für die Zusammenarbeit MBB–Aerospatiale, weil es das Projekt des NATO-Hubschraubers *NH 90* gefährden würde, von dem 700 Stück in der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Großbritannien und Holland produziert werden sollen.

Das wirft ein Schlaglicht auf das grundsätzliche Problem der europäischen Waffenindustrie: dem amerikanischen Monopolanspruch, nachdrücklich vorgetragen im Zusammenhang mit SDI, europäisch zu entgegnen.

Transnationalisierung heißt der Begriff, der zum ersten Mal im Zusammenhang mit der europäischen Produktion der *MRCA Tornado* geprägt wurde.

Die Produktion des *Tornado* unter deutscher Führung ist die eigentliche Ursache für die Existenz des MBB-Konzerns in seiner heutigen Form, die im wesentlichen durch die Übernahme von den „Vereinigten Flugzeugwerken" (VFW) und die massive Beteiligung an Krauss-Maffei geprägt ist. Allerdings konnten sich die europäischen Rüstungskonzerne nie auf eine gemeinsame Marschroute, die sich auch in Fusionen untereinander niedergeschlagen hätte, gegen die USA einigen. Also entstanden Mischkonzerne wie MBB, die militärische wie zivile Produkte anbieten.

Franz Josef Strauß, wohl einer der vitalsten Wirtschaftspolitiker der Bundesrepublik, hat diesen Prozeß schon seit seiner Tätigkeit als Bundesverteidigungsminister, die so unrühmlich endete, umsichtig betrieben. Nicht zuletzt sein Einfall war es, den „Starfighter" anzuschaffen.

Klagen und Hohngelächter über seine häufigen Abstürze und seine veraltete Ausrüstung ließen vergessen, daß hinter dieser Politik eine geniale Idee stand: indem die Bundesrepublik auf den Ankauf veralteter Waffen zurückgriff, konnte sie gleichzeitig ihre eigene Industrie aufbauen, um irgendwann einmal den Schritt zur Herstellung eigener Produkte zu wagen. Ein Zwischenschritt dabei war der „*Starfighter G*", die „german version" dieses Typs.

Am 10. August 1961 wurde der erste „*Starfighter*" aus deutscher Produktion an die Bundeswehr ausgeliefert. Die entsprechende große Feier mußte leider ausfallen, weil bereits kurz danach die ersten vier Maschinen abstürzten. Kein Wunder, denn der ursprünglich als Schönwetterjäger geplante Vogel war mit Elektronik so vollgestopft worden, daß er um ein Drittel schwerer wurde als geplant. Aber in 25 Flugzeugwerken, 36 Elektronikfirmen und sechs Triebwerksbetrieben werkelten etwa 100000 Facharbeiter und Ingenieure an der Maschine. Das gab der nach dem zweiten Weltkrieg darniederliegenden deutschen Luftfahrtindustrie den entscheidenden Schub. Genau gleich wurde durch die Anschaffung des Schützenpanzers HS 30, über den sich ein Feind höchstens totlachen könnte, die Grundlage für die Produktion des *Leo 1* und *2* gelegt, der mit seinem amerikanischen Konkurrenzmodell *M 1* und *M 2* durchaus mithalten kann und der wiederum am besten nur durch deutsche Panzerabwehrwaffen zum Stillstand gebracht werden kann.

Unterbrochen von einer kleinen Panne, über 1,5 Milliarden Mark wurden in die Entwicklung eines Senkrechtstarters gesteckt, entstand daraus der Großkonzern MBB. Und ganz umsonst waren auch die 1,5 Milliarden Mark nicht in den Sand gesetzt worden, immerhin beschäftigten sich über 5000 Ingenieure mit militärischer Spitzentechnologie.

Um seinen großen Plan abzurunden, fehlt dem alternden Strauß nur noch die Krönung: die Verschmelzung des liquiden Unternehmens BMW mit MBB, wie das Baden-Württemberg mit dem Aufkauf von AEG, MTU und Dornier durch Daimler-Benz bereits vorexerziert hat. Während Daimler-Benz aber zum großen Teil der Deutschen Bank gehört und damit nach deren Pfeife tanzen muß, ist der Staat Bayern Haupteinzelbesitzer von MBB, kann also die Geschäftsführung entscheidend mit beeinflussen.

Daß Strauß mit seiner Politik den Theoretikern eines staatsmo-

nopolkapitalistischen Weges der Bundesrepublik recht gibt, braucht ihn nicht zu stören; seine umsichtige Rüstungspolitik kann als eigentlicher Grund der Aufhebung des Nord-Süd-Gefälles in der Bundesrepublik gesehen werden, das Bayern in wenigen Jahrzehnten von einem rückständig-agrarischen Staat zu einem Marktführer auf dem Gebiet der Zukunftstechnologie gemacht hat.

Mischkonzerne wie MBB haben ihr Verhältnis zum Staat optimiert. Sie bekommen auch risikoreiche Forschungsvorhaben mit einem von vornherein einkalkulierbaren Gewinn honoriert. Forschungsmittel auf zivilem Bereich können eingespart werden, und außerdem wird die Firma durch ihr Spezialwissen unersetzlich für das Bundesverteidigungsministerium.

Dadurch ist es dem MBB-Konzern möglich, mit einem relativ geringen Eigenkapital – weniger als zehn Prozent der Bilanzsumme – eine größere Rentabilität als vergleichbare Firmen zu erzielen.

Weniger rentabel sieht das für die Steuerzahler aus, die zu bezahlen haben. Preissteigerungen von über 1000 Prozent, wie im Fall *Tornado*, sind nur über den unendlich komplizierten Apparat erklärbar, der eine solche Produktion leiten soll. Für den *Tornado* gründeten die drei auftraggebenden Regierungen von Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik das multinationale Managementbüro NAMMO (NATO-MRCA Management Organisation). Für die Konstruktion der Flugzeugzellen wurde dann der Hauptauftraggeber PANAVIA GmbH installiert, an dem MBB mit 42,5 Prozent beteiligt ist. Diese PANAVIA schließt nun ihrerseits Verträge mit MBB auf der Basis von „Selbstkostenpreisen" ab. Andere Konkurrenten sind selbstredend ausgeschlossen, die PANAVIA ist befugt, Aufträge „im Wege der freihändigen Vergabe" (ohne die Verpflichtung, andere Offerten einzuholen) abzuschließen.

Bruno Köppl, ein Mitarbeiter der IABG (Industrie-Anlagen Betriebsgesellschaft), die zu drei Vierteln dem deutschen Staat gehört und deren Aufgabe darin besteht, mit ihren Großcomputeranlagen Waffenprojekte zu testen, konnte unwidersprochen darauf hinweisen, daß ein Drittel der über 35 Milliarden Mark, die die Bundesrepublik in die Produktion des *Tornado* gesteckt hatte, hätten eingespart werden können.

Diese unheilige Allianz zwischen Regierung, Unternehmensleitung und Gewerkschaften, verbunden mit einer seltenen Unübersichtlichkeit des Konzerns und seiner Politik, machen MBB zu einem Paradebeispiel dafür, was das Schlagwort vom „Militärisch-industriellen Komplex" meint.

Natürlich ist MBB überall auf der Welt beteiligt, wenn Kriege geführt werden, Diktatoren ihre Bevölkerung unterdrücken, Wahnsinnige ihre hungernden Untertanen vernachlässigen, um sich eine hochmoderne Spielzeugarmee auszurüsten. Natürlich arbeitet MBB tonangebend bei den Plänen einer konventionellen Hochrüstung der Bundesrepublik mit und steigert damit die Kriegsgefahr in Europa. Selbstverständlich läßt sich Herrn Arnt nicht nachweisen, daß er persönlich Schuld an dem Tod von Tausenden und Abertausenden Menschen in der dritten Welt trägt, genauso wenig wie dem kleinen Arbeiter, der Tötungsmaschinen zusammenbaut.

So ist alles eine Frage der Größenordnung und der Entfernung des Täters vom Tatort. Das ist die bittere Wahrheit. ■

Airbus Industrie: vertreibt den Airbus
Ariane-Space: Verwaltungsgesellschaft
Bayern-Chemie: stellt Produkte wie den Airbag her
Bölkow-Anlagen GmbH: Verwaltungsgesellschaft
CASA: MBB-Beteiligung an der größten spanischen Luftfahrtfirma
Control Electronico Integrado: Herstellung und Vermarktung elektronischer Bauteile
Deutsche Airbus GmbH: stellt den Airbus her
ERNO Raumfahrttechnik GmbH: Mitproduzent von Ariane-Trägerraketen
ERNO USA: Vermarktungsgesellschaft
Eurocopter G.I.G: entwickelt den PAH-2, den Panzerabwehrhubschrauber
Eurocopter GmbH: leitet die Entwicklung des PAH-2
Euromissile: verkauft Rüstungsmaterial von MBB ins Ausland
Euromissile Dynamics Group: entwickelt und verkauft zukünftige Waffenprojekte
European Defence Products: Planung von leichten Panzerabwehrsystemen
Euro-Satelite: Vermarktung von Sende-Satelliten wie TV-Sat
Flugzeugunion Süd GmbH: betreut und wartet Kampfflugzeuge
GELMA: stellt Werkzeugmaschinen her
Gesellschaft für Flugtechnik GmbH: Zusammenschluß deutscher Firmen zur Interessensvertretung
GGSAT: vermarktet Fernmeldesatelliten
GRIP: baut und verbessert die amerikanische Flugabwehrrakete „Hawk"
Henschel Flugzeugwerke AG: baut Hubschrauber
Industrieanlagen Betriebsgesellschaft mbH: Verwaltungsunternehmen
Institut für Bahntechnik: entwickelt Drehgestelle und Bahnsysteme
Intospace GmbH: Vermarktung von Nutzlasten bei Shuttle-Flügen
Junkers Flugzeug- und Motorenwerke: Titelerhalt
Krauss-Maffei AG: stellt Panzer her
Lasermedizin Zentrum GmbH: entwickelt und vertreibt Laser für medizinische Anwendung
Leichtflug Technik Union GmbH: Titelerhalt
Marinetechnik GmbH: stellt militärische Wasserfahrzeuge her
Materialinformationszentrum: vertreibt Know-how
MBB-Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH: betreut konzerneigene Grundstücke
MBB-Helicopter Canada: baut Hubschrauber
MBB-Helicopter Corporation: Endmontage von Hubschraubern
MBB-Helicopter Systems: Verkauf und Betreuung, Anlaufstelle für Exporte ins Ausland
MBB-Kunststofftechnik GmbH: entwickelt zivile Kunststofftechnologie
MBB-Medizintechnik: entwickelt und vertreibt medizinische Apparate
MBB-Transfertechnica: vergibt Lizenzen und betreut Partnerschaften mit ausländischen Firmen
MBB-Wirtschaftsdienst: Versicherungshandling
MLRS: Planung und Nachbau eines amerikanischen Artilleriesystems
NTT: entwickelt zusammen mit Indonesien Hubschrauber
Panavia: vergibt die Produktion von Flugzeugzellen für den Tornado
RAM Systems: entwickelt eine Schiff-Anti-Raketen-Rakete
Rhein-Flugzeugbau: stellt den FAN-Trainer, ein Trainingsflugzeug für Militärdüsenpiloten, her
RTG-Raketentechnik: entwickelt Raketen und Triebwerke
Transrapid-International: Entwicklung und Herstellung von Magnetschwebebahnen und -fahrzeugen
VFW: Titelerhalt
VFW-Unterstützungskasse: verwaltet die Pensionskassengelder „Weser"
Wohnstätten GmbH: betreut firmeneigene Häuser
Wolf Hirth GmbH: Titelerhalt

Big Brother kennt 23 Millionen Bürger

Bonn will die Flensburger Kraftfahrer-Datenbank zum Bundes-Adreßregister umfunktionieren

Während Bonns Parteien über die Kronzeugen-Regelung streiten, ist in aller Stille ein womöglich noch gefährlicheres Anti-Terror-Gesetz mehrheitsfähig geworden: In Sekundenschnelle soll sich jeder Polizist aus den gigantischen Datenbeständen des Flensburger Kraftfahrt-Bundesamtes bedienen können. Wer nachts Auto fährt, kritisieren Oppositionspolitiker, riskiert, „plötzlich in polizeilichen Listen aufzutauchen".

Der VW Golf – „silber, hell" – war zweimal bei einer „Bahnbegehung" gesehen worden und dann ein paar Tage später in Pudripp.

Ein anderes Fahrzeug hatten die Beobachter mal an der „Elbuferstr." erspäht, mal am „Viadukt Pudripp".

Ein drittes Auto wurde an drei verschiedenen Orten „festgestellt": beim „Vorbereitungstreffen Wendlandblockade Gülden", beim „Ausspähen Baustelle Rosche", bei einer „Störergruppe Versammlung NPD Lüneburg Grabow".

Was sich liest wie eine Dossier-Sammlung aus einem totalitären Überwachungsstaat, ist ein Stück Realität aus dem niedersächsischen Wendland, dem Umfeld des geplanten nuklearen Endlagers Gorleben: Dort waren bis zu 3 000 tatsächliche oder vermeintliche Atomgegner im Polizeicomputer gespeichert.

Die Massen-Bespitzelung flog auf, als der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg letztes Jahr „durch Vertrauenspersonen aus Bürokratie und Verwaltung" verräterische EDV-Ausdrucke zugespielt worden waren. Die geheimen Computerblätter enthüllten nicht nur sensible Daten über die Observierten, sondern auch die fragwürdigen Methoden der Datensammler.

Die elektronische Registratur enthielt, wie die Bürgerinitiative herausfand, nicht nur Personen, „die bei einer Aktion von der Polizei angehalten, identifiziert oder sogar festgenommen" worden waren. Verzeichnet waren vielmehr „vorrangig Personen, die anläßlich alltäglicher Ausweiskontrollen erfaßt bzw. deren Pkws irgendwo gesichtet worden sind".

Die Personalien der verdächtigen Autofahrer ermittelte die Sonderkommission („Soko") 602 bei den Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen. Mitunter wurden aus den so gewonnenen Adressen, durch Vergleich mit den Melderegistern, weitere Schlüsse gezogen – etwa daß die Eignerin eines bei einer „Bahnstreckenbegehung" aufgefallenen Personenwagens mit dem „Pressesprecher der Bürgerinitiative zusammenlebt", der gleichfalls „Benutzer des Kfz sein könnte".

Die elektronische Autofahrer-Überwachung im Wendland ist nicht der einzige Fall massenhafter Beschattung von Kraftfahrern. Bereits im Herbst 1983, bei einer flächendeckenden „Aktion Gitternetz", hatten rheinland-pfälzische Polizeibeamte elf Nächte lang, jeweils zwischen 23 und vier Uhr, heimlich die Kennzeichen kreisfremder Autos notiert, die Beobachtungsposten an Autobahnen und Bundesstraßen, an Kreuzungen und auf Brücken passierten.

Bei der verdeckten Terroristenjagd fielen zwar 75 000 Namen an, aber einen Verdächtigen bekamen die Fahnder nicht zu fassen. Der jetzige SPD-Landesvorsitzende Rudolf Scharping hielt es schon damals für „politisch unvertretbar", daß „Bürger, die zu einer bestimmten Zeit nachts Auto fahren, plötzlich in polizeilichen Listen auftauchen".

Demnächst soll die im Wendland und im Pfälzer Wald erprobte Wegelagerer-Praxis zum Standard-Repertoire polizeilicher Ermittlungstätigkeit werden – bundesweit und komfortabler als bislang.

Während Bonns Politiker, nach dem Mordanschlag auf den Ministerialdirektor Gerold von Braunmühl, über die Einführung der Kronzeugen-Regelung stritten, blieb ein anderer Bestandteil des christliberalen Anti-Terror-Paketes „von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet", wie Hamburgs Datenschutzbeauftragter Claus Henning Schapper bedauert: Jeder westdeutsche Polizist soll künftig, am Bildschirm in der Revierwache oder mit einem mobilen Datenfunkgerät, direkt das „Zentrale Verkehrsinformationssystem" (Zevis) beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg zwecks Halter-Auskunft („H-Anfrage") anzapfen können. Ohne die vergleichsweise umständliche Anfrage per Telex oder Telephon dürfen die Beamten dann „on line" aus einem gigantischen Datenpool schöpfen: Zevis umfaßt 33 Millionen zugelassene Fahrzeuge nebst Namen und Adressen ihrer 23 Millionen Halter.

Technisch möglich ist die Selbstbedienung aus der Flensburger Datenbank schon seit Jahren. Vom Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden, von der Grenzschutzdirektion Koblenz sowie von der Polizei in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein wird Zevis auch schon eifrig befragt: rund 200 000mal im Monat – allerdings gibt es für den umstrittenen Datenfluß bislang keine Rechtsgrundlage.

Ebenso umstritten wie der sekundenschnelle EDV-Service, bestimmten Kfz-Kennzeichen die Autobesitzer zuzuordnen, ist das durch Zevis mögliche umgekehrte Verfahren, zu einer namentlich bekannten Person weitere Informationen abzurufen – beispielsweise, welche Fahrzeuge ihr gehören, Tag und Ort der Geburt sowie die aktuelle Anschrift („P-Anfrage").

Da fast jeder zweite erwachsene Westdeutsche in der Flensburger Datenbank gespeichert ist, würde die „Sammelstelle für Nachrichten über Kraftfahrzeuge" und „über Führer von Kraftfahrzeugen" (so das Gesetz über das Kraftfahrt-Bundesamt) zu einem beliebig nutzbaren Bundesadreßregister zweckentfremdet – entgegen wiederholten Beschlüssen des Bundestags. Um der elektronischen Verknüpfung von Bürgerdaten rechtliche Schranken zu setzen, lehnte das Parlament sogar zentrale Anschriften-Verzeichnisse auf Länderebene ab.

Indes: Nach jahrelangen Aufforderungen der Datenschützer, die Polizei solle doch mal die Erforderlichkeit der P-Anfrage an Beispielen darlegen, präsentierte das BKA schließlich zwar 21 Fallkonstellationen, darunter aber nur eine einzige aus dem Terrorismus-Bereich.

Beim Auffinden konspirativer Wohnungen, so das BKA, würden oft gestohlene oder gefälschte Ausweise entdeckt, deren rechtmäßige Inhaber „sofort" abgeklärt werden müßten – kein überzeugendes Argument für Schapper.

„Bis heute", sagt der Datenschützer, sei „nicht belegt worden, daß die mit der P-Anfrage zu erlangenden Informationen im einstelligen Sekundenbereich vorliegen müssen" – und „schon gar nicht unter dem Aspekt der Terrorismus-Bekämpfung". ◆

Der Spiegel 10-11-1986

Staatsschutz offerierte Sprengstoff für Anschlag auf BBC

Zusammen mit dem Zürcher Stadtpolizisten Truniger war ein zweiter Polizeiagent in der linken Szene aktiv: Willy Schaffner alias Willi Schaller. «Willi» war immer dabei: in der Bewegung und in Aussersihl, bei den Sitzungen der AntiimperialistInnen und an einem anarchistischen Kongress in Venedig. Wie Truniger provozierte er, was das Zeug hielt, schlug Scheiben ein und offerierte Sprengstoff für Bombenanschläge.

jf. Als die WoZ *Walter Max Truniger* als Polizeispitzel Marco auffliegen liess, propagierte die Polizei den nicht provozierenden, bloss beobachtenden Agenten. Das gibt es nicht, wie jetzt auch der nächste enttarnte «under cover agent» beweist: *Willy Schaffner*, 1975 als 25jähriger in die Stapo Zürich eingetreten, inzwischen Detektiv-Wachtmeister, von Sommer 1980 bis anfangs 1985 als *Willi Schaller* im Einsatz als Aussersihler Aktivist und als Militanter in antiimperialistischen und anarchistischen Kreisen. «Weniger schnurre, meh mache» war stets seine Devise, womit er strafbare Actions meinte. Schon zu Bewegungszeiten schilderte er im Detail, wie ein Molotow-Cocktail zu basteln ist. Das wirke mehr als Worte und Transparente. Später erschreckte er Genossen mit einer Schusswaffe, die er im Kofferraum mit sich führte (vermutlich eine Maschinenpistole, die Leute, die es gesehen haben, sind keine Waffenspezialisten und konnten das Ding nicht näher identifizieren). «Mit schnurre kommen wir nicht weiter, wenn nötig müssen wir schiessen», kommentierte er das Vorzeigen der Knarre.

Vor allem aber offerierte Willi wiederholt Sprengstoff. Er sei im Militär Sprengmeister und kenne sich da aus. Wer in diesen Dingen Hilfe brauche, könne ihn fragen. Nach einer Diskussion in den damaligen Samstagssitzungen der AntiimperialistInnen im Café Boy über den Atatürk-Staudamm in der Türkei wurde Willi deutlicher, wie sich ein Genosse erinnert: «Nach der Sitzung sagte er mir, mit den endlosen Diskussionen verhindere man den Staudamm nicht. Da helfe nur ein Bombenanschlag auf die BBC in Baden, die zentral am Mammutprojekt beteiligt ist. Jetzt müsse man endlich handeln. Er könne jederzeit den nötigen Sprengstoff liefern, er kenne einen Typen in einem Tessiner Steinbruch. Um die Ernsthaftigkeit seiner Offerte zu unterstreichen, gab er mir seine Adresse und Telefonnummer. Ich könne jederzeit anrufen, er beschaffe den Sprengstoff umgehend.»

Gehört es neuerdings zu den Aufgaben der gueten Mannen zu Zürich, zu Bombenanschlägen auf die BBC anzustiften und den dazu nötigen Sprengstoff anzubieten? Der Stadtpolizei verschlug es fürs erste die Sprache. «No comment» war alles, was sie der WoZ zum Fall Schaffner sagen mochte.

Als die WoZ vor sechs Wochen den RSJ-Aktivisten *Marco Schmidt* als Stapo-Mann *Walter Max Truniger* enttarnte, erinnerten sich viele Zürcher Linke an einen ständigen Begleiter: *«In der ersten Zeit war Marco immer mit Willi an den Demos.»* Aber anders als Marco wurde Willi nie ernsthaft als Spitzel verdächtig. (Von einer Ausnahme abgesehen, die hier für Insider notiert sei: Heute behaupten Fotografen der damaligen Agentur Parapress, die von der Bewegung stets als parapolizeiliche Knipsertruppe verdächtigt wurde: *«Uns war immer klar, dass Marco und Willi von der Polizei waren.»*)

Was machte den Erfolg von Willi aus? *«Er trat nicht forsch-sportlich wie Marco auf»*, erinnern sich ehemalige Bekannte. *«Willi war der gemütliche, unsicher-unbedarfte Typ aus der Innerschweiz, der klönte, wie schlecht es ihm im Leben und im besonderen mit der Freundin ging. Körperlich war er ein Fetze, mit Vollbart und runder Brille, eigentlich etwas alt, vielleicht ein 68er Fossil.»* (Schaffner ist am 30. August 1950 geboren) Ein Kollege vom Kriminalkommissariat III, der Stadtzürcher Polit-Polizei, charakterisiert Schaffner so: *«Der gehört eher zu den Primitiveren in unseren Reihen. Vielleicht war er gerade deshalb unser erfolgreichster Insider in den Bewegungsjahren. Mit seiner naiven Bauernschläue hat er es am weitesten gebracht.»*

Die Legende, mit der Willi im Spätsommer 1980 aus dem Nichts auftauchte, ähnelt sehr jener von Marco. Auch Willi war eben erst aus dem Ausland zurück und wollte auch künftig ab und zu 'verreisen'. Er sei eigentlich kaufmännischer Angestellter, suche aber einen andern Job, wolle aussteigen. Immer wieder klagte er auch über Probleme mit der Freundin, die in Benglen wohne. Als Willi Schaller mietete er an der Badenerstrasse 285, bei der Haltestelle Zypressenstrasse, ein Zimmer und eröffnete einen Telefonanschluss. Als Willy

Schaller Willi kfm. Angest.
Badenerstr. 285/32 241 27 86

Schaffner wohnte er weiterhin in Dübendorf, zuerst an der *Täschenstrasse 5* und seit 1985 an der *Heugatterstrasse 22 a* (beides anonyme Vorstadt-Wohnblocks).

Mit Lust Scheiben eingeschlagen

Ab Herbst 1980 verpasste Willi wohl keine Bewegungs-Aktivität. Ein ehemaliger Demo-Kollege erinnert sich: *«Marco und Willi waren auch dann noch vorn dabei, wenn uns ihre Grenadier-Kameraden in dicke Tränengasschwaden hüllten. Ich sehe die beiden noch gut vor mir, wie sie nach der Weihnachtsdemo 80 im Bankenviertel verhüllt und mit Steinen in den Händen rumwetzten.»* Verschiedene Leute könnten bezeugen, dass das Spitzel-Duo wiederholt und nicht ohne Lust Scheiben eingeworfen hat. Bei den Einkesselungen vom 4. Oktober 1980 auf der Globuswiese und vom 31. Januar 1981 beim Landesmuseum wurde Willi

wie andere polizeilich kontrolliert, indessen rasch laufengelassen (ganz im Gegensatz zu Begleitern von ihm). *«Obschon Willi eigentlich eher ein Phlegma-Typ ist, hat er unermüdlich zu mehr Actions animiert»*, entsinnt sich ein anderer Zeuge: *«Immer wieder schlug er vor, da und dort sollte man doch auch noch einfahren, zum Beispiel beim Obergericht.»* Vorne dabei war er auch bei Aussersihler Aktivitäten, etwa Ende April 1981, als Leute von «Luft und Lärm» ein Stück der mörderischen Stauffacherstrasse aufrissen.

Das letzte gemeinsame Foto von Marco und Willi stammt vom 21. März 1982, als die beiden von der Grossmünsterterrasse aus die Demo nach dem Abbruch des AJZ verfolgten. Später gingen sie getrennte Wege und täuschten nach aussen «Lämpe» vor. Marco bewegte sich Richtung «Maulwurf», Willi Richtung autonome Szene. Da er geschickt den Eindruck vermittelte, schon bei dieser oder jener Gruppe dabei gewesen zu sein, wurde niemand misstrauisch. Die Testfrage «kennt man den?» konnte stets jemand positiv beantworten. So fand er Kontakt zu Leuten der Hellmutstrasse (dort werde er demnächst einziehen, erzählte Willi) und anderen Aussersihl-Leuten.

Antiimperialistisch und anarchistisch

Ab dem Jahreswechsel 1982/83 bewegte sich Stapo-Detektiv Schaffner vorwiegend in der autonomen Szene, die im Anschluss an den ersten Prozess gegen Claudia und Jürg (Februar 1983) versuchte, an zweiwöchigen Samstagssitzungen im Café Boy wieder einen Diskussionszusammenhang herzustellen. Parallel dazu erschien viermal ohne Impressum in einer Auflage von rund 500 Exemplaren die vervielfältigte Zeitschrift «Konfrontation», in der diese Diskussion ebenfalls geführt wurde. *«Willi war an diesen Samstagssitzungen, die etwa ein Jahr lang bis in den Frühsommer 1984 stattfanden, immer als stummer Zuhörer dabei»*, berichten TeilnehmerInnen der Sitzungen (die nur für Leute zugänglich waren, die man/frau kannte). *«Ausgerufen hat er nur, weil's im Boy kein Bier gibt.»*

Immer wieder brachte Willi Flugblätter, Zeitungsartikel oder Zeitschriften mit und fragte einzelne Leute: *«Was meinst du dazu?»* Oder er ermunterte nach seinem Motto *«weniger schnurre, meh mache»* zu handfesterem Vorgehen, etwa als er die «Wechselwirkung»-Nummer über «Vandalismus & Sabotage» gegen Computer mitbrachte. Besondere Meriten holte sich Willi, als er «aus Deutschland» ein zwanzigseitiges Papier zum Thema «Observation» mitbrachte, das diese Polizeitaktik im einzelnen beschreibt. Ironischerweise schliesst das Papier so: *«Die Zeiten, in denen man beobachtende Polizisten 'riechen' konnte, dürften vorüber sein. Die in einer Observation eingesetzten Polizisten passen sich ihrer Umgebung und ihren Observierungsobjekten immer besser an.»*

Seine Militanz und auch Seriosität unterstrich Willi in der zweiten Hälfte 1983 mit einer *«von der Freundin bezahlten»* angeblichen Reise nach Indonesien, wo er sich über die Ost-Timor-Befreiungsbewegung Fretilin informieren wollte. An welches Postfach er heisse Unterlagen schicken und bei wem er diese nach der Rückkehr aus Indonesien abholen könne, erkundigte er sich (und interessierte sich dabei für ganz bestimmte Postfächer). Von dieser Reise, die er nie unternahm, kehrte Schaffner mit einem zweiseitigen Bericht zurück, den die «Konfrontation» im Januar 1984, obschon etwas einfach geraten, abdruckte. Man wollte den Genossen nicht brüskieren, nur weil seine schriftliche Gewandtheit von den übrigen «Konfrontation»-Beiträgen abfiel. Bei dieser Gelegenheit hat Willi erfahren, welche Leute in welcher Wohnung auf welcher Schreibmaschine das autonome Diskussionsblatt herstellten.

Als Zaungast oder Mitmarschierer war Willi in dieser Zeit an allen öffentlichen Aktivitäten der AntiimperialistInnen dabei, so im Juli 1983 bei der Kirchenbesetzung zusammen mit türkischen GenossInnen in der St. Peter-und-Paul-Kirche oder an den Türkei-Demos vom 9. September 1983 und 7. April 1984 (siehe Foto auf der Frontseite). Wo man Signalraketen kaufen könne, wollte Willi wissen und knallte an den nächsten Demos ein paar Mal mit.

nächsten Demo ein paar Mal mit.

1984 bemühte sich Schaffner um das anarchistische Lager. Als Einzelgänger fuhr er an den internationalen Anarchistenkongress in Venedig, der von mehreren tausend Leuten, darunter auch einer Schweizer Gruppe, besucht war. Eine ausführliche Darstellung über die «Wiederbelebung des Anarchismus in der Schweiz» erschien umgehend im «Info-CH» der ehemaligen Stadtzürcher Staatsschützer *Graf* und *Helfer* (Nr. 66 vom November 1984). Schon früher, als das «Info-CH» noch von Cincera redigiert wurde, erschien dort ein detaillierter Bericht samt internen Dokumenten über die antiimperialistische Szene. Mit anderen Worten: Von Willi staatlich gesammelte Spitzel-Infos wurden privat vermarktet.

Trinkfest und sexistisch

Am Rande von Demos und Sitzungen baute Willi mit der Zeit vereinzelte persönliche Kontakte auf und tauchte gelegentlich in drei, vier WGs auf. Er brachte Fische mit, die er im Klöntalersee gefangen haben wollte (oder hatte er sie auf dem Helvetiaplatz gekauft?). Er erzählte die wunderlichsten Dinge, vom winterlichen Survival-Training im Jura bis zu Jobs, die er mache: mal Putzen, mal Kunst (Bilder in der Glätteisen-Neocolor-Technik, von denen er ein paar Muster bei sich hatte). Er fluchte über die Schweinereien der «Schmier», etwa gegen Paco, der die Schweiz verlassen müsse – und kommentierte damit treffend die Rolle, die er in diesem und andern Fällen spielte.

Von diesen Ausnahmen abgesehen mied Willi (wie übrigens auch Marco im RSJ-Milieu) persönliche Kontakte. Als er im Januar 1984 nach der polizeilichen Räumung der Stauffacher-Häuser, die er mitverfolgt hatte, zu einem Frühstück in eine Wohnung eingeladen wurde, lehnte er zuerst ab und liess sich schliesslich nur widerwillig mitschleppen. Nach zwei, drei morgendlichen Gläsern Rotwein zog er als erster wieder ab – um anschliessend mit einem andern Zaungast noch vier Crème-Schnaps zu trinken. Am besten assimiliert war Willi in trinkfesten Aussersihler Männerszenen, wo er ungeniert seine sexistischen Sprüche von sich gab. Stets bestellte er ein grosses Bier zusammen mit einem Kaffee-Crème-Schnaps, und fast so Trinkfeste versichern glaubhaft, er habe es bis zu zwölf grossen Bieren samt Crème-Schnaps pro Abend gebracht – um anschliessend munter im Auto heimzufahren. Auch andern Drogen war Willi nicht abgeneigt, er kaufte Gras und kiffte. Gelegentlich tauchte er mit dem

sechsjährigen Kind seiner Freundin in der Beiz auf.

Anfangs 1985 zog sich Schaffner aus den Szenen zurück, in denen er fast fünf Jahre geschnüffelt hatte. Einzelnen Leuten schickte er sogar Abschiedsbriefe. Weshalb zieht sich ein erfolgreicher, nicht enttarnter Spitzel zurück? Möglich ist, dass das KK III den Alkoholiker als zu grosses Risiko einschätzte und zurückzog. Denkbar ist aber auch, was ein KK-III-Insider zu Protokoll gibt: *«Mit der Zeit fand Schaffner einzelne Leute in Ordnung und rapportierte selektiv, womit er gegen seinen Auftrag verstiess. Er erkannte die Gefahr und rettete sich durch Rückzug in den Büroalltag an der Stampfenbachstrasse 63.»* Darüber und über seine Spitzeljahre hätte die WoZ gern ein Gespräch geführt. Doch befördert zum Detektiv-Wachtmeister mit 60 000 Franken Jahreseinkommen auf der Steuererklärung hat Schaffner wieder Tritt gefasst und Distanz gewonnen. Schnoddrig liess er der WoZ ausrichten: *«Mit diesen Söihünd sitze ich nicht an den gleichen Tisch.»*

WoZ Nr. 48, 28. November 1986

Willi im Urnerland

jf. Eine bevorzugte Personengruppe wusste seit langem vom Doppelleben des Willy Schaffner: regelmässige Beizengänger in Silenen und Amsteg. Dort ist Willi aufgewachsen. Nach einer kaufmännischen Lehre arbeitete er bei der Munitionsfabrik Altdorf, bevor er 1975 die Polizeirekrutenschule in Zürich begann. Zwei, drei Mal im Jahr sucht er seine Heimatgemeinde heim – *«ein Stammtischkunde der unangenehmen Sorte, ein sprücheklopfender Charakterlump»*, sagen Einheimische. *«Entweder kommt er völlig unrasiert oder dann picobello rausgeputzt.»* Wenn Willi in Fahrt kommt, geizt er nicht mit Geschichten aus seinem Agentenleben. *«Einmal bluffte er mit drei oder vier verschiedenen Ausweisen, die er rumbot – alle mit seinem Passfoto, aber mit verschiedenen Namen»*, erinnert sich einer, der diese Ausweise im «Hirschen» in Amsteg in der Hand hatte. *«Willi erzählte, er horche in Zürich Drögeler und andere dubiose Gruppen aus, das sei streng geheim. Auch an Demos sei er dabei, stets mit einem Piepser ausgerüstet, um in heiklen Situationen Hilfe anfordern zu können! Einmal hätten ihn so zivile Polizisten aus einer unangenehmen Lage befreit.»* Auch zuhause in Amsteg säuft Willi wie ein Loch – und fährt ungeniert Auto. Mit seinem Polizistenausweis schlüpft er durch jede Kontrolle. Diesen Frühsommer waren er und ein Saufkollege in zwei Autos auf der Rückfahrt von Göschenen nach Amsteg, als der Kollege auf der Autobahn bei Gurtnellen einen Selbstunfall baute. Schaffner stellte das total demolierte Auto auf den Pannenstreifen (ohne Pannendreieck) und fuhr den Verletzten ins Kantonsspital Altdorf. Die Polizei, inzwischen von einem deutschen Autofahrer über die SOS-Säule informiert, begann am Unfallort (einer Brücke) nach dem verschwundenen Fahrer zu suchen. Die Geschichte endete damit, dass Schaffners Kollege den Fahrausweis verlor, während Schaffner selbst ungeschoren davonkam. *«Eine unerhörte Mischelei»*, sagen selbst Urner Kantonspolizisten. Schaffner hatte keine Lust, zu diesem Vorfall Stellung zu nehmen.

Zweifel an Hintermännern

Der Spiegel 2-12-1986

Die Bundesregierung hat auch nach dem Urteil des Berliner Landgerichts gegen Ahmed Hasi und Faruk Salama, die einen Bombenanschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin verübten, starke Zweifel, daß der syrische Geheimdienst daran beteiligt war. Laut Geheimberichten des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) nämlich gehörten etliche Vorstandsmitglieder der Gesellschaft selbst dem syrischen Geheimdienst an.

„Nach hier vorliegenden Erkenntnissen", so der BfV-Bericht, sind der Jordanier Assad Abd el-Rahman Murtada und der Deutsche Saki Haliak, beide Mitglieder des Vorstands, Anhänger der von Syrien unterstützten Fatah-Rebellen um Abu Mussa. Murtada erhielt 1984 aus Syrien den Auftrag, für diese Gruppe in West-Berlin einen Stützpunkt aufzubauen. Daraufhin wurde er laut BfV-Bericht „mit dem Tode bedroht und zur Schließung des Büros aufgefordert".

Beide gehörten früher der ebenfalls von Damaskus gesteuerten Palästinenserorganisation Saika an. Schon aus diesen Gründen wird die Version der Angeklagten Hasi und Salama bezweifelt, sie hätten im Auftrag der syrischen Botschaft in Ost-Berlin den Anschlag verübt.

Nahostkenner haben vielmehr den Verdacht, daß die Angeklagten – womöglich als Doppelagenten – für den israelischen Geheimdienst arbeiteten. In einem Telegramm der deutschen Botschaft aus Amman wird über Hinweise berichtet, wonach auch Hasis Bruder Hindawi „Verbindungen zu einem nichtarabischen Geheimdienst" habe.

Hindawi war in London verurteilt worden, weil er seiner Verlobten vor ihrem Flug mit einer El-Al-Maschine nach Tel Aviv eine Bombe ins Gepäck geschmuggelt hatte.

Das „Geständnis" der Berliner Verurteilten, vermuten die Experten, sei womöglich durch die Drohung von seiten der britischen Schutzmacht in Berlin zustande gekommen, sie würden in ein arabisches Land ausgewiesen – und dort als israelische Agenten verhaftet (SPIEGEL 48/1986).

Auch durch weitere Indizien fühlen sich Bonner Experten in der Ansicht bestärkt, Syrien habe jedenfalls bei dem Berliner Anschlag die Hände nicht im Spiel gehabt.

Die Vorstandsmitglieder hatten selber engen Kontakt zur syrischen Botschaft in Ost-Berlin. „Murtada und einigen seiner Vertrauten", heißt es in dem Geheimpapier, wurden sogar syrische Pässe und Dauervisa für Ost-Berlin in Aussicht gestellt. Murtadas wichtigster Gesprächspartner war der für Sicherheitsfragen zuständige Attaché an der syrischen Botschaft in Ost-Berlin Rahid Mohammed Kabani.

Ein Prozeß mit politischer Sprengkraft

SDZ 2-12-1986

Belgrad, 1. Dezember

Mohammed Darwisch Baladi, Zweiter Sekretär an der syrischen Botschaft in Ankara, packte hastig seine Koffer für die unplanmäßige Rückkehr nach Damaskus. Auf der Fahrt zum Flughafen eskortierten ihn vorsorglich Agenten des türkischen Geheimdienstes, die sichergehen wollten, daß der Syrer seine Maschine auch ja nicht verpaßte. Das war am Donnerstag vorletzter Woche. Am Tag zuvor hatte die türkische Presse Auszüge aus der Anklageschrift in einem Terroristenprozeß vor dem Staatssicherheitsgerichtshof veröffentlicht, in der Baladi auf Grund von Aussagen der Angeklagten verdächtigt wird, bei Terroranschlägen in der Türkei seine Hände mit im Spiel gehabt zu haben.

Wie bei den Terroristenprozessen in London und Westberlin ist die syrische Diplomatie nun auch in Ankara ins Zwielicht terroristischer Aktivität geraten. In ein Zwielicht, das wohl auch der Prozeß nicht weiter erhellen wird, weil sich sonst das keineswegs spannungsfreie türkisch-syrische Verhältnis nur noch mehr verschlechtern könnte. Und daran ist zur Zeit weder die Regierung in Ankara noch die in Damaskus interessiert.

Angeklagt vor dem Staatssicherheitsgerichtshof in Ankara sind der Jordanier Adnan Mussa Suleiman Ameri und der Iraner Ali Kent. Sie werden beschuldigt, im Sommer 1985 den Ersten Sekretär der jordanischen Botschaft in Ankara, Ziad al Sati, ermordet und einen Sprengstoffanschlag auf ein Munitionsdepot am Rande der türkischen Hauptstadt ausgeführt zu haben, bei dem sieben Menschen getötet wurden. Beide sind geständig. Beide haben sich als Mitglieder der schiitischen Terrororganisation „Al-Dschihad" (Islamischer Heiliger Krieg) bezeichnet und als Mitarbeiter des syrischen Geheimdienstes. Beide haben ausgesagt, daß sie mehrmals mit dem Zweiten Sekretär der syrischen Botschaft, Baladi, zusammengekommen seien, mit ihm ihre Pläne erörtert und von ihm die Mordwaffen und den Sprengstoff erhalten hätten.

Parallelen zu den Terroristenprozessen in London und Westberlin, in denen die Beziehungen zwischen Terroristen und syrischen Diplomaten gerichtsnotorisch wurden, sind offenkundig. Nur: Die Informationen über die Aussagen der in Ankara angeklagten Terroristen sind – offenbar sehr zum Unwillen der Regierung – vom türkischen Geheimdienst der Presse zugespielt worden, wobei nicht vergessen werden darf, daß der geheime Nachrichtendienst des NATO-Staats Türkei zu den Residenturen der NATO-Geheimdienste in Ankara, zur amerikanischen CIA zumal, enge Beziehungen pflegt. Vor diesem Hintergrund muß denn auch die Schutzbehauptung aus Regierungskreisen in Ankara gewertet werden, die in der türkischen Presse publizierten „Enthüllungen" träfen nur rein zufällig zeitlich mit der westlichen Kampagne gegen den syrischen „Staatsterrorismus" zusammen.

Der Verdacht, daß der türkische Geheimdienst – vielleicht nicht ganz ohne Einfluß der CIA – in Frage der „Syrian Connection" auf Kollisionskurs zur Beschwichtigungspolitik der Regierung gegangen ist, liegt nahe. Er wird bekräftigt durch die Art der Schadenseindämmung, mit der die türkische Regierung den „Fall Baladi" aus der Welt schaffte, bevor er noch zu einem Fall werden konnte: Als die Staatsanwaltschaft, so wird verläßlich berichtet, beim Außenministerium anfragte, ob der terroristischer Kontakte beschuldigte Zweite Sekretär der syrischen Botschaft diplomatische Immunität besitze, wurde ihr bedeutet, daß Baladi sehr bald Ankara verlassen werde. So war es denn auch: Baladi wurde nicht zur „Persona non grata" erklärt, sondern – nach einem vertraulichen Hinweis von Ankara an Damaskus – just zu dem Zeitpunkt nach Syrien zurückbeordert, als seine terroristischen Umtriebe von der Presse enthüllt wurden.

London hat nach dem Terroristenprozeß, der die enge Verbindung zwischen der syrischen Botschaft und dem Terroristen Nesar Hindawi offenbarte, seine diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abgebrochen; Bonn hat nach dem Prozeß in Westberlin, der die Steuerung der beiden verurteilten Terroristen durch Syrien bewies, syrische Diplomaten ausgewiesen und dafür in Kauf genommen, daß deutsche Diplomaten im Gegenzug Damaskus verlassen müssen. Ankara hat sein „syrisches Problem" auf eine elegant-orientalische Art gelöst, die nicht unbedingt von moralischen Prinzipien diktiert wurde, sondern von der Staatsräson.

Özal reist nach Damaskus

Auf eine Art, die zwingend an den „Fall Abdul Malik" erinnert: Zwei libysche Terroristen, die am 18. April dieses Jahres den amerikanischen Offiziers-Club in Ankara in die Luft sprengen wollten, wurden dabei mit Sprengstoff und Zeitzündern im Handgepäck gefaßt. Vor Gericht gestanden sie, die Idee und den Sprengstoff von Abdul Malik, dem Botschafter Libyens in Ankara, erhalten zu haben. Obwohl die Beweislage ziemlich eindeutig war, wurde Abdul Malik von der türkischen Regierung nicht zur „Persona non grata" erklärt. Er verließ – nach einem stillschweigenden Übereinkommen zwischen Ankara und Tripolis – zwei Monate später „im Rahmen einer normalen Versetzung" die Türkei.

Libyen gegenüber muß Ankara Rücksicht nehmen wegen immer noch unbezahlter türkischer Investitionen im Reiche Muammar Khadhafis sowie wegen türkischer Gastarbeiter. Dem Nachbarland Syrien gegenüber sind vielfältige Rücksichten angebracht. Da gibt es die von Damaskus finanzierten Ausbildungslager für kurdische und armenische Terroristen in Syrien und im syrisch besetzten libanesischen Bekaa-Tal; da gibt es den territorialen Anspruch Syriens auf den Sandschak von Alexandrette, die heutige türkische Südostprovinz Hatay; und da gibt es die syrischen Drohungen gegen den in Bau befindlichen Atatürk-Staudamm am Euphrat in der südöstlichen Türkei, an dem – nach seiner für 1990 geplanten Fertigstellung – die für Syrien lebenswichtige Wasserader Euphrat nicht nur reguliert, sondern auch unterbrochen werden kann.

Die beiden vor dem Staatssicherheitsgericht angeklagten Terroristen Ameri und Kent haben nicht nur gestanden, Waffen und Sprengstoff für die Liquidierung des jordanischen Diplomaten und den Anschlag auf das Munitionsdepot aus der syrischen Botschaft erhalten zu haben, sondern auch Anweisungen, den Atatürk-Staudamm in die Luft zu sprengen. Die türkische Regierung will freilich solche Sabotage-Pläne – im Gegensatz zu ihrem eigenen Geheimdienst – nicht für bare Münze nehmen. Sie verweist darauf, daß die Probleme mit Syrien auf diplomatischem Wege gelöst werden müßten und nicht durch Konfrontation. Sie lancierte Meldungen in die Presse, wonach von Syrien eine für das Mittelmeer-Sportfestival 1987 in Latakia herausgegebene Landkarte,

in der der Sandschak von Alexandrette als syrisches Territorium ausgewiesen war, auf Anordnung des syrischen Staatspräsidenten Assad wieder eingestampft wurde; sie publizierte die syrische Erklärung, daß die Ausbildungslager für kurdische und armenische Terroristen – die dann über die Grenze hinweg auf türkischem Territorium operierten – geschlossen worden seien.

Auf dem Höhepunkt der türkischen Pressekampagne um den syrischen Diplomaten Baladi und dessen Verbindung zur Terroristenszene erklärte Ministerpräsident Turgut Özal sogar, daß er an seinem Plan festhalte, Syrien im Januar nächsten Jahres einen offiziellen Besuch abzustatten. Das mag den türkisch-syrischen Beziehungen dienlich sein, nützt vielleicht aber auch Adnan Mussa Suleiman Ameri und Ali Kent, den beiden der Konspiration mit dem syrischen Geheimdienst angeklagten Terroristen. Denn für beide hat der Generalstaatsanwalt die Todesstrafe beantragt.

Kleine oorlog-leerstelling:

Amerikaanse, militaire strategie voor het neerslaan van opstanden.
Nieuwsblad van het Noorden 22.11.1986

Van onze redactie buitenland

PANAMA CITY — In het Middenamerikaanse land Panama is deze zomer in het geheim een Amerikaanse militaire commissie operationeel geworden die tot doel heeft plannen te ontwerpen voor de Verenigde Staten om opstanden neer te slaan en „kleine oorlogen te winnen. Het Onderzoeksdirectoraat voor Kleine Oorlogsoperaties (Small Wars Operations Research Directorate, kortweg Sword) is zeer actief betrokken bij het ontwerpen van een nieuwe Amerikaanse militaire strategie als antwoord op marxistische bemoeienissen met de Derde Wereld.

Deze strategie voor het winnen van langdurige guerrilla-oorlogen en niet-conventionele conflicten, zonder daarbij het Amerikaanse leger direct in te schakelen, staat in het militaire jargon bekend als „lage intensiteit conflict" of de „LIC"-doctrine.

Generaal Paul Gorman, het voormalig hoofd van het in Panama gestationeerde Amerikaanse „Southern Command", zei begin dit jaar in een redevoering dat de Amerikaanse marine lage intensiteit conflicten omschrijft als „gewelddadige vrede". Het is, aldus Gorman, „op zichzelf een vorm van oorlogsvoering die door Amerikanen als weerzinwekkend wordt ervaren, een conflict waarbij onschuldigen betrokken zijn, waarbij het maken van slachtoffers onder burgers een doel op zichzelf kan zijn". De daders zijn gesloten, samenzweerderige types en kennen gewoonlijk geen morele belemmeringen, aldus Gorman. De doctrines zijn al toegepast in El Salvador, waar het door de Verenigde Staten gesteunde regime al zeven jaar in strijd is met linkse guerrillastrijders. Naar in Amerikaanse militaire kringen in Panama verluidt is de doctrine toepasbaar bij ongeveer veertig andere conflicten, waaronder de oorlog tussen anti-sandinisten en regeringstroepen in Nicaragua of bij acties tegen smokkelaars in verdovende middelen in Bolovia.

Bij het Sword-programma zijn ongeveer 20 mensen betrokken. Zij zijn werkzaam op een van de uitgestrekte Amerikaanse militaire bases in de omgeving van Panama-City. Het „Southern Command" is het hoofdkwartier en zenuwcentrum van alle Amerikaanse militaire operaties in Midden- en Zuid-Amerika.

Leden van de Sword-groep worden door sommige officieren omschreven als „elitaire intellectuelen op Defensie-gebied". Hun verhandelingen over de „Kunst van het oorlogsvoeren" omvatten historische samenvattingen van een lange lijst opstanden en tegenacties, waarbij wordt ingegaan op de visies van figuren als de Pruisische houwdegen Von Clausewitz, Fidel Castro's voormalige rechterhand Che Guevara, Lenin en Mao.

„Wij hebben enkele mensen met een ongewoon militair talent in onze organisatie", zegt een hoge Amerikaanse officier die nauw met de Sword-(Nederlands: zwaard) groep samenwerkt. „Op het ogenblik werken we aan projecten die in de komende jaren hun vruchten zullen afwerpen", voegt hij er verhelderend aan toe.

Deze officier wijst erop dat een lid van Sword „bijna zijn hele leven niets anders heeft gedaan dan het bestuderen van 69 verschillende opstanden en kleine oorlogen verspreid over de hele wereld. „Zijn onderzoek is zeer goed onderbouwd", aldus de officier, die anoniem wil blijven.

De naamloze officier wil niets loslaten over resultaten van Sword-onderzoek, maar hij zegt wel dat het groepje militaire denkers onlangs „een model heeft ontwikkeld waarmee voor 90 procent nauwkeurig opstandgevoelige situaties kunnen worden voorspeld". De LIC- of kleine oorlogen-doctrine, aldus de Amerikaanse militair, is gebaseerd op een „doelmatige wijze van het verzamelen van inlichtingen, op het psychologisch vermogen, op militair professionalisme, alsmede op de wettigheid van de door de VS gesteunde regeringen en doelstellingen. „De vijand hoeft niet noodzakelijkerwijs fysiek te worden verslagen, je kunt hem ook psychologisch verslaan", aldus de gedachtengangen van deze Amerikaanse officier.

De kleine oorlog-leerstelling eist, aldus deze militair, dat „een bevriende regering de democratie een warm hart toedraagt en er naar streeft corruptie en schendingen van de mensenrechten uit te bannen. Pogingen de harten en geesten te winnen door humanitaire activiteiten te koppelen aan de oorlogsinspanning zijn ook belangrijk. De officier waarschuwt dat „de legitimiteit van een regering uiteindelijk de sleutel is. De harten en geesten zullen volgen op de legitimiteit".

Voor succes op de korte termijn is het vergaren van inlichtingen, volgens de Amerikaan „verreweg het belangrijkste". Hij is van mening dat een van de oorzaken van het verliezen van de Amerikaanse oorlog in Vietnam er in gelegen is dat „wij er nooit in zijn geslaagd een spionage-netwerk op laag niveau te scheppen. En dat hadden wij nodig om die oorlog te winnen".

In El Salvador hebben de VS inmiddels ongeveer een jaar met de Kleine Oorlogen-leerstelling

proeven genomen. Maar het verkrijgen van informatie over verplaatsingen van de guerrillastrijders, hun aanvoerlijnen, wapenopslagplaatsen en andere zaken van de opstand tegen het regime „vormt nog steeds een probleem". Een reeks „regionale inlichtingencentra" die op het ogenblik in elke provincie in El Salvador wordt opgezet moet het spionage-netwerk in het Middenamerikaanse land verbeteren", zegt de Amerikaan.

Hij wijst erop dat in El Salvador het inlichtingenwerk „min of meer in handen is van de Amerikaanse inlichtingendienst CIA: een deel van ons probleem is het trainen van mensen die verdachten moeten verhoren, Dit vereist in het geheel geen dwang". De Britse ervaring in Maleisië (toen nog de Britse kolonie Malakka) is volgens deze Amerikaanse zegsman een „klassiek voorbeeld van hoe communistische rebellen in een langdurig conflict door middel van goed inlichtingenwerk verslagen werden". Hij voorspelt dat als alle mogelijkheden van de kleine oorlog-strategie worden benut, de patstelling in het Salvadoraanse conflict kan worden doorbroken en dat zou dan de regeringstroepen „binnen twee jaar een overwinning opleveren". Maar, zo voegt hij er aan toe, tot dusver zijn de LIC-leerstellingen niet toegepast op de manier waarop deze is ontwikkeld. De officier meent dat ook de door Washington gesteunde rebellie tegen Nicaragua, behalve van de 250 miljoen gulden overheidssteun, van de LIC-strategie zou kunnen profiteren. Maar dan moeten de anti-sandinisten wel een regering in ballingschap oprichten zodat een „rechtmatig alternatief geschapen wordt voor het sandinistische bewind.

De internationale handel in verdovende middelen wordt door de Amerikaanse officier ingedeeld als „een conflict met lage intensiteit". Hij zegt dat de Sword-groep een „adviserende rol heeft gespeeld bij de grootscheepse acties die de Boliviaanse regering onlangs, met Amerikaanse steun, tegen de handel in verdovende middelen heeft ondernomen". Er bestaat volgens hem „altijd een werkelijk gevaar dat een regering omver wordt geworpen: in de Boliviaanse situatie bestaat er dan wel geen communistische dreiging maar een dreiging van de drugshandel".

Schmücker-Skandal: „V-Mann" dementiert

Die Schlüsselfigur eines Aufsehen erregenden 'Spiegel'-Berichtes bestreitet dessen Richtigkeit

Berliner Innensenator soll Bericht über Mitarbeit beim Verfassungsschutz dementieren

Berlin (taz) — In dem an Skandalen ohnehin reichen Verfahren um die Ermordung des Berliner Studenten und Verfassungsschützers Ulrich Schmücker wartete der 'Spiegel' im September dieses Jahres mit einem neuen Skandal auf, den der Berliner Innensenator nur mit Mühe und nur zum Teil wieder unter den Teppich kehren konnte: Der Verfassungsschutz, so hatte der 'Spiegel' bisher undementiert berichtet, habe von den Mordplänen an seinem Informanten Schmücker sehr wohl gewußt und über einen V-Mann sogar unmittelbar nach der Tat im Juni '74 die Tatwaffe in Empfang genommen und halte sie seitdem auch vor den Gerichten unter Verschluß. Überbringer der Tatwaffe und damit Schlüsselfigur der 'Spiegel'-Story ist ein Mann namens Volker Weingraber, der jahrelang in der linken Szene unerkannt als V-Mann gearbeitet haben soll.

Eben dieser Volker Weingraber hat jetzt in einer schriftlichen Erklärung, für deren Echtheit sich die Verteidiger im Schmücker-Prozeß persönlich verbürgen, die Aussagen des 'Spiegel'-Berichts entschieden bestritten. In seiner, den Anwälten des Verfahrens jetzt vorliegenden Erklärung, wirft der vom 'Spiegel' als „Spitzel aus der Tarantel" und als „tüchtiger V-Mann" bezeichnete Weingraber dem Nachrichtenmagazin eine „falsche und leichtsinnige 'Berichterstattung'" vor, die eine Gefährdung seiner Person darstelle. Weingraber stellt weiter fest: „Ich habe nie für eine Verfassungsschutzbehörde, einen anderen Geheimdienst oder die Polizei gearbeitet. Ich habe nie von Herrn Weßlau (einem der Angeklagten des Verfahrens, d. Red.) ein Paket, eine Plastiktüte geschweige eine Schußwaffe übernommen. Ich habe nie eine Waffe einem Verfassungsschützer oder an einen von deren Beamten übergeben."

Sollten diese Angaben Weingrabers stimmen, dann wäre die Enthüllung falsch, mit der der 'Spiegel' im September einerseits den Berliner Verfassungsschutz und dessen Dienstherrn, den Innensenator, in die Bedrouille brachte, andererseits aber auch die wegen Mordes an Ulrich Schmücker Verurteilten belastet hatte, die zur Zeit gerade um die Revision ihres Urteils kämpfen. Weingraber selbst hat seine Gegendarstellung nur schriftlich vorlegen können. Nach Angaben des Magazins lebt er „vom Verfassungsschutz mit neuen Aufgaben betraut" im Ausland. Die Verteidiger im Schmücker-Prozeß, denen Weingraber jetzt seine Erklärung mit dem Dementi seiner V-Mann-Tätigkeit zukommen ließ, haben ihrerseits Stillschweigen über dessen Aufenthaltsort zugesichert.

Unabhängig davon, ob die Version des 'Spiegel' oder die Weingrabers stimmt, ist jetzt der Berliner Innensenator gefordert. Der nämlich hatte sich bislang mit dem Argument beharrlich in Schweigen gehüllt, durch eine Offenlegung des Vorgangs würden Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gefährdet. Damit, so argumentiert Weingraber in seiner Erklärung, gefährde der Innensenator jedoch erst Personen, nämlich ihn: „Daß der Berliner Innensenator den 'Spiegel'-Bericht nicht dementiert, obwohl er es besser wissen muß, erhöht meine Gefährdung noch zusätzlich", heißt es in seiner Erklärung. „Ich fordere den Berliner Innensenator auf, die falschen Behauptungen des 'Spiegels' über mich zu dementieren."

TAZ 2.12.1986

Interview mit einem der besten Spezialisten des Terrorismus:Paul Wilkinson.

-Ist Euroterrorismus eine Fiktion oder Realität?
P.W.:Es gibt ihn wirklich!1984 haben einige Organisationen sich zur Zusammenarbeit entschieden,um eine internationale Kampagne gegen die Nato und den amerikanischen Imperialismus zu starten.Die Hauptpartner sind Action Directe in Frankreich,Rote Armee Fraktion in Deutschland und die CCC in Belgien. Andere Organisationen mit gleichen Zielen haben sich ebenfalls zusammengetan: FP 25 in Portugal,die Ueberreste der Roten Brigaden in Italien,die Organisation 17 November in Griechenland.

- Aber diese Organisationen bewahren ihre nationale Identität?
P.W.:Ja natürlich.Ich habe nicht gesagt dass sie den Kampf gegen ihre eigenen Regierungen aufgegeben haben.Sie führen einen parallelen Kampf.

-Was wollen sie auf nationaler Stufe?
P.W.:Den demokratischen Staat in Verruf bringen,ihn schwächen indem die Gesellschaft destabilisiert wird.Und dies um eine revolutionäre Situation herauf zubeschwören in der sie die Initiative übernehmen und die Basis einer neuen Gesellschaft gründen würden.Eine kommunistische Gesellschaft,aber nicht so eine wie man sie sich in Moskau vorstellt:ein anarchistischer Kommunismus über deren Definition sie stark geteilt sind.Um herauszufinden was sie jetzt genau im Fall eines Sieges machen würden,bleiben ihre Pläne sehr unklar und sie streiten sich über Details.An sich sind sie durch ihren Hass auf das existierende System vereint und durch ihren Wunsch den,wie sie es nennen,repressiven bürgerlichen Staat zu stürzen.

-Gibt es einen internationalen Generalstab des Terrorismus?
P.W.:Ich glaube nicht.In Europa ist jede Gruppe zu viel an seine eigene Gewohnheiten und Unabhängigkeit gebunden.Ich kann mir kein Staat vorstellen der den internationalen Terrorismus befehligen würde.Man spricht oft über Moskau,aber ich sehe keine Indizen zu diesem Thema.Die verschiedenen Gruppen sind in der Lage eine terroristische Kampagne gegen die Nato und gegen ihre entsprechenden Regierungen zu führen,und dies ohne Hilfe der Sowjet-Union oder von anderen kommunistischen Regimes.Einige fanatische Militante genügen. Die Bomben sind nicht teuer und leicht herzustellen.

-Man spricht jedoch von Trainingslagern...
P.W.:Sie haben früher der ersten europäischen Terrororganisation geholfen. Aber von 1982 an,nach der Invasion Libanons durch Israel,wurde die Möglichkeit der Palästinenser Trainingszentren einzurichten stark eingeschränkt. Uebrigens haben die Euroterroristen jetzt eigene Experten:die Veteranen.Die IRA braucht ihre Mitglieder nicht in die Fremde zu schicken,um sie trainieren zu lassen.Man geht eher nach Irland um diese Aufgaben zu lernen.

-Es scheint dass langsam aber sicher ,Europa zum Kampfplatz aller Terroristen wird.Warum?
P.W.:Es trotzt nur so von Zielscheiben:Regierungen,diplomatische Missionen, industrielle Komplexe und militärische Basen sind anziehende Objektive. Nebenbei ist Europa Bestandteil des Nordatlantikpakts,was aus ihr ein Partner der Vereinigten Staaten macht.Sie unterhält starke amerikanische Kolonien, an die man sich ohne Probleme vergreifen kann.Ausserdem ist Europa nicht weit vom Nahen Osten entfernt,das gewaltsamste Gebiet der Erde.Nebenbei muss auch die Wichtigkeit der Medien hervorgestrichen werden.Da sie frei und technisch weiterentwickelt sind,wissen die Terroristen dass die Unterschrift ihrer Gewalttaten in einigen Sekunden über den ganzen Erdball verbreitet sein wird. Die Ermordung eines Botschafters im Herzen einer europäischen Hauptstadt macht die Eröffnung der Fernsehnachrichten-eine heldenhafte Schlacht in einer verlorenen Gegend des Libanons wird höchstens als Zwischenartikel in den hinteren Seiten der Zeitungen erscheinen.

-Bedeutet dies dass die modernen Medien einen Teil der Verantwortung in den Entwicklungen des Terrorismus tragen?
P.W.:Ich glaube dass einer der Faktoren für die schnelle Entwicklung des Terrorismus in den siebzieger Jahren die Entdeckung der Extremisten war,welche fantastische Propagandamaschine die Medien für sie darstellen würden.Aber an sich erklärt dies nicht den Ursprung des Terrorismus.Die Medien sind Zuschauer die manchmal sehr geschickt ausgebeutet werden,aber man kann sie wegen der Bekanntmachung von Mitteilungen nicht blamieren.

Dimanche-Matin 25/5/86

Ein Wochenende bei den Feinden unserer FreundInnen inkl. etwas Lektüre und einige Gespräche

WoZ Nr. 48, 28. November 1986

Vom Marxismus ist sogar im Selbstverständnis der Marxisten nur noch seine neueste (letzte?) Krise geblieben. Kommunismus und Sozialismus haben hierzulande kaum noch Attraktionswert. Zum Glück haben jetzt die Feinde unserer FreundInnen einen Wiederbelebungsversuch gestartet. «Wie können wir der ideologischen Herausforderung des Marxismus begegnen?», war das Thema eines zweitägigen Seminars von CAUSA, einer politisch-ideologischen Frontorganisation der Vereinigungskirche des Reverend Sun Myung Moon im Hotel Hilton International in Zürich-Kloten. Doch leider scheint es uns auch noch an Feinden zu fehlen.

Von Oskar Scheiben

«Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten lässt, dann ist das noch besser, denn es zeugt davon, dass wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern dass unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeigt hat.» Mit diesem Mao-Zitat begann eine frühe Schrift der RAF, doch selbst diese GenossInnen waren damals selbstkritisch genug, die Hatz und das Gezeter von Staat und Medien nicht als Beweis für ihre «glänzenden Erfolge» zu werten. Wer verspürt heute noch die Anziehungskraft des real existierenden Sozialismus, wer will noch das Proletariat als revolutionäres Subjekt mystifizieren, wer hält noch daran fest, der Sozialismus sei eine Frage der Eigentumsverhältnisse, wer glaubt noch an eine objektive historische Vernunft, die notwendigerweise den Sozialismus/Kommunismus auf die Tagesordnung bringt? (Siehe die Jubiläumsnummer von «links», November 1986, mit Beiträgen von *Joachim Hirsch* und *Detlev Claussen.)* Vermögen uns in dieser Situation die Feinde Trost zu spenden?

Monsieur Nidegger

Wir im Westen würden *«mehr und mehr an Boden verlieren»*, erklärt *Yves Nidegger*, Generalsekretär von CAUSA Schweiz (Büro in Genf, Rue de Hesse 4) zu Beginn des Seminars, es gelte daher, dem Kommunismus eine *«positive Alternative gegenüberzustellen». «Wir sind im Krieg, und ein Krieg ist nie aus der Defensive heraus zu gewinnen, wir brauchen deshalb eine ideologische Offensive.»* Diese positive Alternative ist der *«Gottismus»* den CAUSA, 1980 von Rev. Moon gegründet und mit einem Startkapital von 51 Mio. Dollar versehen, vertritt. Aus dem Programm des Norm-Seminars: *«Die kommunistische Expansion und der Westen; Mittagessen. Dialektischer und Historischer Materialismus; Kaffeepause. Imperialismus, Lenin und die Dritte Internationale; Abendessen. Verwirrung im westlichen Wertsystem; Kaffeepause. Gott versus Kommunismus; Kaffeepause.»* Etc., etc. Es gelte, gegen die *«gottlose Idee des Kommunismus alle Kräfte zu vereinen, die Gott anerkennen»* oder wenigstens an *«absolute Werte»* glaubten. Es ist die Premiere von CAUSA in der Deutschschweiz.

N. ist keineswegs ein Frömmler oder Stündeler, schon eher der jungdynamische Managertyp mit intellektuellen Neigungen. Später, beim gemeinsamen Abendessen zu dritt, vernehmen wir noch dies und das von ihm: Er sei mit 17, 19 selber *«sehr links eingestellt»* gewesen, als Student in Genf sei er dann zur Vereinigungskirche des Rev. Moon gestossen, habe an verschiedenen Aktivitäten dieser Kirche teilgenommen, später in Frankreich, in den USA, Österreich und der Schweiz vollamtlich als Missionar gearbeitet. Seinen Lebensunterhalt verdiene er als Geschäftsleiter einer *«Import/Exportfirma»*, die Handel mit Zaïre treibe (es stellt sich dann heraus, dass die Vereinigungskirche dort ziemlich stark ist, dass Nideggers HandelspartnerInnen teilweise selber Moonies sind), nebenbei arbeite er auch noch als freier Journalist, z.B. für die rechte Monatszeitschrift «Impact», für die Moonpresse, etc. Wen er denn zu diesem Seminar eingeladen habe, wollen wir wissen. *«Basically opinion leaders»* (hauptsächlich Meinungsmacher), antwortet der polyglotte N., die Einladungen seien an *«gewisse konservative und antikommunistische Kreise»* gegangen. *Thomas Schrämli*, von N. als Vertreter von CAUSA Schweiz in Zürich (vorläufig ohne Büro) vorgestellt, erklärt gleichfalls vage, man habe Leute aus *«uns nahestehenden Organisationen»* eingeladen.

Die TeilnehmerInnen

Das Ergebnis ist allerdings etwas mager ausgefallen, kein glorioser Start von CAUSA in der Deutschschweiz. Gegen fünfzig Leute hatten sich offenbar angemeldet, gekommen sind dann 25 (exklusive die WoZ). Einer von ihnen ist Herr A., seit 25 Jahren Abonnent von «Zeitbild», der Zeitschrift des Schweiz. Ostinstitutes, dessen Sohn Mitglied bei der Vereinigungskirche ist, seit einem Dutzend Jahre. Dieser habe einige Zeit bei der Firma Tong-Il GmbH in Oberdiessbach BE gearbeitet, Importeur von Ginseng-Tee, Tong Il sei eben so eine Moon-Firma (später lesen wir, dass Moon praktisch den gesamten Ginseng-Welthandel kontrolliert; Tong-Il ist ein Werkzeugmaschinen- und Waffenmulti). Er selbst habe vor anderthalb Monaten an einem Elterntreffen der Moonies teilgenommen, sei deshalb zu diesem Seminar eingeladen worden. Ein anderer ist Herr B., mit dem wir am selben Tisch zu Mittag essen. Anfangs dreissig, selbständig tätig im Bereich Hörberatung für ältere Leute, kein Moonie, aber offensichtlich Mitglied einer anderen Freikirche, religiös und antikommunistisch eingestellt, jedoch nicht fanatisch. Oder Herr C., der in Genf für eine andere Moon-Organisation (International Cultural Foundation?) tätig ist, uns seine Frau, eine nur eng-

lisch sprechende Asiatin (Mischehen sind bei den Moonies erwünscht), und seinen «Freund», einen italienischen Arbeiter aus Seon AG vorstellt («Freund» bedeutet, wie ich später bemerke, Moonie). Oder Herr D., ebenfalls aus dem Aargauischen, der während der Diskussion eine abenteuerliche Verschwörungstheorie vorträgt, wonach die USA aufs engste mit dem Weltbolschewismus kollaboriere. Ärgerlich, da wendet sich unser weltgewandte Herr N. indigniert ab. Wahrscheinlich kein schlechter Querschnitt: Einige stramme Antikommunisten, ein paar Stündeler, viele, die bereits in Moonie-Organisationen tätig sind, aber offenbar keine politische, wissenschaftliche oder wirtschaftliche Prominenz.

Das Seminar

Wenden wir uns ein bisschen dem Seminarbetrieb zu. Die Vortragstitel entsprechen wörtlich den Kapitelüberschriften des 294seitigen «CAUSA-Handbuches», erschienen in mehreren Sprachen (englische Erstausgabe Januar 85, deutsch August 86, Preis Fr. 40.–).

Auch die Vorlagen der Dias, mit denen die Referate professionell illustriert werden, finden sich dort. Die Redner, alles Männer, alle zwischen Mitte zwanzig und vierzig, aber unterschiedlich kompetent, tragen auch dies oder das aus dem eigenen Erfahrungsschatz bei. N., der selber (in brillantem Französisch, Simultanübersetzung) das Eingangsreferat über die *«Kommunistische Expansion und der Westen»* hält, gibt die allgemeine Richtung an. Die Kommunisten hätten insofern recht, als sie *«Ungerechtigkeit»* und *«Korruption»* auf der Welt feststellten. Aber es gelte sich nicht bloss die *«Problemexposition»*, sondern auch die Art der vorgeschlagenen Lösung genau anzusehen. Schliesslich habe auch Adolf Hitler zu recht die sozialen Probleme seiner Epoche denunziert. In dieser Hinsicht verhalte sich die westliche Öffentlichkeit gegenüber dem Kommunismus in der 3. Welt genauso naiv wie damals gegenüber dem Hitlerismus. Viele bürgerlichen Regierungen ebenso wie die Intelligentsia hätten der Desinformation selber Vorschub geleistet, die US-Presse, insbesondere diese *«unverbesserliche New York Times»*, habe sich von Kuba über Vietnam bis zu Afghanistan und Nicaragua einlullen lassen, desgleichen die Regierung Carter. Dabei habe der Weltkommunismus bis heute 150 Millionen Menschen (Ergebnis eines defekten Rechners südkoreanischer Herkunft?) auf dem Gewissen. Trotzdem würde etwa die kommunistische Guerillabewegung auf den Philippinen, eine der blutrünstigsten überhaupt, von katholischen Kirchen Westeuropas mit mehreren Hunderttausend Dollar unterstützt. Und die amerikanische Regierung habe seinerzeit Kredite für eine Alphabetisierungskampagne in Nicaragua bewilligt, bei der als erstes Wort *«Revolucion»* und als erster Satz *«¡Viva el FSLN!»* gelehrt werde. So weit sei es bereits gekommen, dass in Polen selbst die Dissidenten in marxistischen Kategorien dächten. Die einzigen Breschen seien Afghanistan und Polen, wo *«durch die Kraft des Glaubens»* Widerstand geleistet werde. Zum Glück gebe es im Westen ein *«Wiedererwachen»*, das in Frankreich am weitesten fortgeschritten sei, weil dort die kommunistische Infiltration ebenfalls am stärksten gewesen sei. Aus diesem Grund sei CAUSA Europa 1984 in Paris, der *«Metropole des Antikommunismus»*, gestartet worden. Die Hauptlinien also: Der Gottismus von Moon als positive Alternative zum attraktiven Marxismus, als Hauptgegner (nicht -feinde) die infiltrierte liberale Presse, die befreiungstheologisch verseuchten offiziellen Kirchen und die naiv-versöhnlichen bürgerlichen Regierungen, der Entscheidungskampf zwischen Gut und Böse aktuell in Nicaragua.

Die Kaffeepausen

Gesprächsthema in den Kaffeepausen ist ein Artikel im «Tages-Anzeiger», der gleichentags im Hinblick auf das Seminar erschienen ist. N. ist echt empört, immer wieder diese alten Geschichten lesen zu müssen, die *«Moon-Sekte reisse Familien auseinander»*, *«betreibe Gehirnwäsche»*. *«Unsere Medien»*, erklärt N., *«sind miserabel»*, gerade was die Nicaragua-Berichtserstattung betreffe. Es gelte den *«Kampf der Information»*, ein *«geistiger Kampf»*, zu gewinnen, ansonsten *«werden unsere Kinder in einer sowjetischen Welt leben»*. In der Schweiz hätte die Vereinigungs-Bewegung eben noch keine Zeitung wie die «Washington Times» (von Geldern japanischer Moonies finanziert), für die jetzt *«die besten konservativen Journalisten der USA»* schrieben. Doch die Medien seien sensibel auf Druck von aussen, er erzählt ein Erlebnis mit der «La Suisse», das müsse man ausnützen. Es liegen Publikationen verschiedenster Organisation der Vereinigungs-Bewegung auf, so die französische Hochglanz-Monatsschrift «CAUSA», der billigere «CAUSA Report Deutschland», diverse Tagungsberichte wissenschaftlicher Konferenzen (siehe weiter unten). Paradestück ist die seit diesem Jahr auf englisch erscheinende interdisziplinäre 700seitige Monatsschrift «The World & I» (Preis 10 Dollar), wofür an Tagungen systematisch Manuskripte von WissenschaftlerInnen «erworben» wurden.

Der Gottismus

Der zweite Tag ist ganz dem *«Gegenvorschlag»* gewidmet, mit dem CAUSA den Marxismus überbieten will. Etwa wird wiederholt und penetrant auf den *«heiligen Charakter»* der Familie hingewiesen (als Reaktion auf die Skandale um auseinander gerissene Familien?). Es werden auch einige absonderliche religiöse Ansichten, wahrscheinlich ketzerischer Natur, vorgetragen, wonach alle Menschen *«Sohn oder Tochter»* Gottes seien, der Mensch dafür geschaffen sei, *«Gott durch Liebe anzuregen»* und ihn so *«glücklich»* werden zu lassen. Aber immer wieder wird der panreligiöse Charakter von CAUSA betont, im Zentrum stehe die *«Bejahung Gottes»* und *«absoluter Werte»*, es gehe ihnen nicht darum, jemanden zu einem anderen religiösen Bekenntnis zu bekehren. Ziel von CAUSA sei es, dass jemand *«ein besserer Katholik, Jude, Protestant»* etc. werde, bloss *«nicht ein besserer Kommunist»*. Die 150 Millionen Toten, welche der Kommunismus auf dem Gewissen habe, jetzt kommt es ganz grob, seien nichts gegen die *«Milliarden von geistigen Toten»*, denn die von ihm propagierte *«atheistische Lebensweise»* führe zu einer *«Totgeburt auf der nächsten Stufe des Lebens»*. Zum Abschluss wird uns noch ein Filmchen über *Colonel Dr. Bo Hi Pak*, den *«wichtigsten Interpreten»* von Rev. Moon und Präsidenten von CAUSA International, vorgeführt. Pak im heroischen Kampf gegen den Teufel in der Person des demokratischen Kongressabgeord-

neten *Donald Fraser* (*«Trotzkist», «KGB-Agent»*), Pak als fürsorglicher Familienvater im Kreise seiner sechs Kinderlein, Pak und *Nixon* als strahlendes Pärchen, Pak mit *Queen Elizabeth*, etc. Soll offenbar als Nachfolger von Rev. Moon aufgebaut werden, dessen Stern verblasst (66jährig, 1984 wegen Steuerhinterziehung im Gefängnis, göttliche Aufgabe nicht erfüllt?).

Etwas Lektüre

Einige ausländische Presseberichte gelesen, in der Spezialliteratur geblättert. Rev. Moon gründete seine Vereinigungskirche 1954 in Südkorea, seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre Missionstätigkeit im Ausland, 1971 in die USA übersiedelt. Dort setzte er sich sofort für den *«Gott gewählten»* Präsidenten Nixon ein, der damals an Watergate straucheln sollte, 1980 mit demselben Eifer Reagan unterstützt. Die Vereinigungskirche zählt heute nach eigenen Angaben weltweit zwei Millionen Gläubige, davon 300 000 in Japan (die dortige Organisation nennt sich «Sieg über den Kommunismus») und mehr als 30 000 in den USA (darunter 8000 vollamtliche Missionare).

Die ökonomische Basis von Moon in Südkorea war der Ginseng, bei dem die Kirche quasi ein Welthandelsmonopol besitzt, und die Rüstungsindustrie. In den Anfängen bestanden enge persönliche und institutionelle Verbindungen zur koreanischen CIA, der Einfluss der koreanischen Lobby ist aber heute nicht mehr so bedeutend. Dass die Vereinigungskirche überhaupt der Bedeutungslosigkeit entrissen wurde, verdankte sie Ende der 50-er Jahre dem Beitritt mehrerer junger südkoreanischer Offiziere, welche sich 1961 am *Park*-Putsch beteiligten. *Bo Hi Pak* z.B., der damals als Major im Hauptquartier der US-Truppen in Seoul gearbeitet hatte, wurde dann Militärattaché in der Botschaft seines Landes in Washington. Andere Moonies fanden eine Anstellung im neu gegründeten Geheimdienst KCIA, vorallem auf Posten in den USA.

Der gegenwärtige Aktivitätsschwerpunkt der Vereinigungs-Bbewegung mit seinen mehr als 150 verschiedenen Organisationen liegt in Lateinamerika (siehe Kasten), in Afrika ist sie vor allem in Sambia und Zaïre, neuerdings auch in Marokko und in Tunesien, aktiv. Die finanzielle Basis befindet sich hingegen in Japan, wo die Moonies im grossen Stil mit Artikeln der von der Kirche kontrollierten Happy World Inc. hausieren. US-Zeitungen schätzen den Geldzufluss aus Japan auf jährlich 100 Millionen Dollar. Allein der 1982 gegründeten «Washington Times», herausgegeben von einer Stiftung unter dem Präsidium von Colonel Pak, seien bis 1985 150 Millionen Dollar zugekommen. Sie ist mittlerweile zum Leibblatt der Hardliner in Reagans Kabinett avanciert, deren Linie sie vertritt (auch Reagan wird nicht von Kritik verschont), um dafür ihrerseits mit exklusiven Geschichten versorgt zu werden. Auch sonst ist die Bewegung aktiv im Medienbereich: «New York Tribune», «Noticias del Mundo», die Presseagentur «The Free Press International», «Middle East Time» in Zypern, eine private TV-Kette, etc. (selbstverständlich auch produktive Anlagen in Industrie und Gewerbe)

Viel Geld fliesst in den wissenschaftlich-kulturellen Bereich, wo Organisationen mit vielversprechenden Namen wie «International Conference on the Unity of the Science», «World Media Association», «Professors World Peace Academy», «International Security Council», etc. glanzvolle internationale Kongresse (New York, Paris, Tel Aviv, Genf, etc.) veranstalten. WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und weitere ExpertInnen mit klingenden Namen werden damit geködert, dass ihnen nicht nur die Reise, der Aufenthalt in Luxushotels (samt Familien), teilweise zusätzlich dreistellige Honorare bezahlt werden. Die Absicht ist klar: Die Bewegung soll an Prestige gewinnen, respektabel werden, ein intellektuelles Ansehen erhalten.

Gespräche

Ein Gespräch mit Monsieur N. Die 150 von Rev. Moon gegründeten Organisationen würden natürlich insofern zusammenhangen, als sie *«ohne die Kirche und ohne die finanziellen Mittel der Kirche»* nicht existierten. In der Schweiz werde CAUSA aber allein von Mitgliedern und Sympathisanten finanziert. Bei uns gebe es ungefähr 40 bis 50 vollamtliche Missionare, die Mitgliedschaft von CAUSA sei grösser, etwa 100 bis 200 Leute. Arbeiten Sie mit andern antikommunistischen Organisationen zusammen? Nein, eine offizielle, organisatorische Zusammenarbeit gebe es nicht, wohl aber personelle Verbindungen. *«Wir haben Schwierigkeiten mit unserem Image, da wäre es dumm, wenn wir gute Projekte zusammen mit Leuten aufbauen, die glaubwürdig sind, und die dann wegen unserem Image Schaden nehmen würden.»* Gibt es solche Verbindungen zur «Vereinigung Demokratisches Nicaragua» (Contra-Sympathisanten)? *«Nein, nicht das ich wüsste. Aber ich hege grosse Sympathie für diese Leute.»* Wie gross ist Ihr Budget? Keine Zahlen. *«Damit Sie ungefähr eine Idee haben: CAUSA veranstaltet dieses Jahr sechs Seminare in der Schweiz, sie verfolgt zudem weitere Projekte, die aber weniger kosten.»* Während des Abendessens geht das Gespräch off the record weiter. Ob wir bereits wüssten, CAUSA habe jetzt in Frankreich einen Abgeordneten in der Nationalversammlung, gewählt im Departement Nord auf der gemeinsamen Liste des «Rassemblement National», an der auch *Le Pens* Front National beteiligt war. (*Pierre Leyrac*, 39, jungdynamisch, wie die «Libération» zu berichten weiss.) Zum xenophoben, direkt rassistischen Flügel der Front National stehe CAUSA natürlich auf Distanz, aber es gebe dort auch eine jüngere Generation, mit moderneren Ansichten. Auch die antichristliche, antiamerikanische Linie der Nouvelle Droite um *Alain de Benoist* sei nicht im Sinne von CAUSA. Später lesen wir: Beste Beziehungen bestehen in Frankreich auch zur *«Bande à Pasqua»* um den Innenminister, eine besonders reaktionäre Fraktion der Regierungspartei RPR. Nach *Jean-François Boyer* (*«L'Empire Moon»*, Paris 1986) hat *Chirac* CAUSA als Wahlhelfer benutzt. (Chirac verhalf kürzlich der «Washington Times», indem er deren Chefredaktor *Arnaud de Borchegrave* ein Interview gewährte, zu einer Enthüllungsgeschichte in der Affäre Hindawi. Chirac erklärte darauf, er habe die Zeitung mit der «Washington Post» verwechselt, tatsächlich kennen sich aber Chirac und Borchegrave persönlich aus der Zeit, als letzterer als Korrespondent in Paris arbeitete.)

Wie ist CAUSA politisch einzuschätzen? Diskussion auf der Rückfahrt mit J. J. sieht die Organisation eng eingebunden in die

Strategie des US-Staatsapparates, das religiöse Moment sei blosses Zierat, die skrupellose Praxis in Lateinamerika belege das. Mit CAUSA solle die extreme Rechte vereinheitlicht, modernisiert werden. Meine Meinung: Ja, vielleicht hat CAUSA diese *Funktion*, aber als Teil der Vereinigungsbewegung verfolge sie eigene Ziele, die längerfristig nicht unbedingt mit denjenigen des US-Staatsapparates, bez. der sozio-ökonomischen Gruppen dahinter, zusammenfallen. Jede Seite sucht doch die andere für sich zu instrumentalisieren, Moon braucht Prestige, das er sich mit der Unterstützung von Reagan zu beschaffen hofft, etc. Die religiöse Komponente ist ernstzunehmen, in bestimmten Kontexten ist sie von Bedeutung, bei uns dürfte sie eher hinderlich sein, ebenso wie das Gerede von Korruption, Änderung des Status quo.

Ein paar Tage später Gespräche mit welschen Journalisten, CAUSA ist dort ja seit 1984 aktiv. Die «Tribune de Genève» berichtete über einen wissenschaftlichen Kongress im August 1985 im Hotel Intercontinental, organisiert von «Professors World Peace Academy», 380 TeilnehmerInnen, Thema: *«Der Untergang des sowjetischen Reiches»*. In bekannter Manier waren den TeilnehmerInnen Reise und Aufenthalt bezahlt worden, dafür wurden, so die Genfer Zeitung, *«Texte, welche den unvermeidlichen Untergang der Sowjetunion nicht bestätigten»*, zensuriert. Die «La Suisse» berichtete im März 1986 über ein CAUSA-Seminar, an dem auch *Mary Meissner*, frühere Präsidentin der Genfer Nationalen Aktion, teilnahm. Die Meissner nehme in Genf sowieso niemand mehr ernst, heisst es dazu. Die Journalisten wissen zu berichten, Monsieur N. habe sich rührend um sie gekümmert, sie zu Veranstaltungen eingeladen, immer wieder telefoniert. Aber es sei ihm nicht gelungen, einen CAUSA-freundlichen Journalistenzirkel aufzubauen. Ebenso wenig Erfolg habe er damit gehabt, in Genf eine studentische Organisation nach dem Muster von CARP (entsprechende Moon-Organisation) aufzuziehen. Zu einer Tagung für Pfarrer seien weniger als 15 Leute erschienen, zu einer für Diplomaten auch nicht mehr, darunter kein einziger Schweizer; genauso auf taube Ohren sei CAUSA bei den Genfer Bankiers, diesen nüchternen Calvinisten, gestossen.

Sind unsere FreundInnen gegenwärtig so schwach, dass sie nicht einmal Feinde zu mobilisieren vermögen?

CAUSA in Lateinamerika

Die verschiedenen Organisationen von Moons Vereinigungs-Bewegung sind schon seit Jahren stark in Lateinamerika engagiert, insbesondere in Uruguay, Chile, Brasilien und Argentinien. In schöner Uebereinstimmung mit Reagans Hegemonialpolitik hat die Aktivität von CAUSA nun auch in Zentralamerika zugenommen. Es war die 1982 von der Bewegung gegründete Zeitung «Washington Times», welche 1985 einen unter anderem von *Jeanne Kirkpatrick* und *William Simon* (Finanzminister unter Nixon) unterschriebenen Spendenaufruf für die Contra lancierte. «Washington Times»-Chefredaktor *Arnaud de Borchegrave* spendete im Namen der Zeitung gleich selbst 100'000 Dollar. Ueber die Moon-Organisation «International Relief Friendship Foundation» (IRFF) wird Geld und Material hauptsächlich an die somozistische FDN und die mit ihr liierten Miskito-Gruppen (die Moonies scheinen sich auf die reaktionärsten Teile der Miskito-Contra zu konzentrieren) geschickt. Die Moonies sind sich der propagandistischen Bedeutung der Miskito-Sache sehr wohl bewusst; am Seminar in Zürich brüstete sich Nidegger damit, es sei ihnen gelungen, im Vorfeld der Abstimmung über die 100-Millionen-Dollar-Hilfe der USA an die Contra einen Film über die Vertreibung der Miskitos (übrigens mit offensichtlich nachgestellten Szenen) zweimal in einer nationalen Fernsehkette zeigen zu lassen. Abgerundet wird das Contra-Engagement durch eine starke Präsenz von CAUSA in Honduras und El Salvador, wo sie Figuren wie z.B. *Domingo Monterrosa*, bis zu seinem Abschuss durch die Guerilla der FMLN der Star der US-Counterinsurgency, zu ihren engsten Gesprächspartnern zählen konnten.

CAUSA arbeitet eng mit der «Internationale de la Résistance» (IdR) zusammen, einer Organisation von reaktionären Dissidenten aus dem Osten und Politikern und Intellektuellen aus dem Westen. Auch die IdR lobbyiert u.a. für die Contra und organisierte dieses Jahr die sog. Gegenkonferenz zu den Helsinki-Gesprächen in Bern. Die europäische Ausgabe der IRFF, die «Fondation mondiale de secours et d'amitié», gilt ebenfalls als Transmissionsriemen zur Contra. Für Nidegger ist Nicaragua ein Testfall, wie er gegenüber der WoZ erklärte: *«Wenn es uns gelingt, die nicaraguanische Frage, ein Symptom der geistigen Krankheit, an der der Westen, sogar die Kirche, leidet, klar zu machen, dann haben wir sehr viel erreicht.»*

CAUSA will mit ihren Aktivitäten in Lateinamerika nach eigenen Angaben die «Demokratie stärken». Zu diesem Zweck waren Moon-Leute zusammen mit *Klaus Barbie* und der «Antikommunistischen Weltliga» (WACL) in den Kokain-Putsch von 1980 in Bolivien verwickelt, der *Garcia Meza* an die Macht brachte. Zu diesem Zweck verkauften sie beispielsweise der argentinischen Junta Militärzubehör und knüpften 1981 engste Verbindungen mit dem integristischen Erzbischof von La Plata, *Antonio Plaza*. Plaza fungierte als Propagandist der Junta, war direkt in die Repression verwickelt und gehört zu Woytilas Trumpfkarten im Kampf gegen die Befreiungstheologie. Auch zu *Alfredo Stroessner*, für dessen geordnetes Ausscheiden aus dem Dienst in Paraguay sie heute eintreten, haben sie langjährige Verbindungen. Um den Uebergang zur Demokratie auch ja zu sichern, nahmen sie zu Beginn der 80-er Jahre Verhandlungen mit den uruguayanischen Militärs auf. Resultat: Die Moonies investierten 100 Mio. Dollar in die Gründung der heute drittgrössten Zeitung des Landes, an deren Spitze sie den ehemaligen Chefpropagandisten der Militärdiktatur setzten, sie übernahmen die drittgrösste Bank, den Banco de Credito, u.a.m. Im Gegenzug erwarben die Militärs vom Moon-Multi Tong Il Ausrüstungsmaterial für ihre Flugwaffe. Moon ist dabei, sich in Lateinamerika ein Presseimperium zusammenzuschustern. Als letztes noch eine Meldung des «Spiegels» vom 10.11.86, wonach bei den Parlamentswahlen in Brasilien über hundert Moonies kandidierten.

WIENER Dezember 86

Sie treten an bei der Bundestagswahl im Januar. Ihre Decknamen: Schiller-Institut, Patrioten für Deutschland, Fusions-Energie-Forum, Europäische Arbeiterpartei. Ihr Aktionsradius umfaßt die ganze Welt. Sie machen sich stark für SDI und gegen die Demokraten, in den USA warnt man vor ihnen als „hardcore Neonazi". Gesteuert werden sie vom Amerikaner Lyndon LaRouche und dessen Ehefrau und von dem Deutschen Anno Hellenbroich, Bruder des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes Heribert Hellenbroich. Ihre vordringlichen Aktionsziele: Eindringen in die geheimen Zentren von Nuklear-Forschung und Armee. Ihr Endziel? Lesen Sie das Dossier der Journalisten *Helmut Lorscheid* und *Leo A. Müller*, die seit Jahren diese „Patrioten" recherchieren.

1 „LaRouche is no Joke" Der neue Antisemitismus kommt aus Amerika

Sie schotten sich ab wie die Terroristen im Untergrundkampf, sie analysieren täglich die Nachrichtenlage, werten die in- und ausländische Presse aus, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe, verschaffen sich Kontakte zu hochrangigen Militärs, Wissenschaftlern und Politikern – weltweit. Streng bewachte Gebäude, Konferenzen mit harten Security-checks wie bei Militärfachtagungen, schnelle, weltweite Kommunikationsverbindungen, konspiratives Auftreten – das ist die Welt des Lyndon H. LaRouche und seiner Mitarbeiter.

LaRouche, Lyndon Hermyle, 64 Jahre alt, amerikanischer Staatsbürger, läßt sich selbst gerne als „Unternehmensberater", „Philosoph" und „großer Ökonom" betiteln.

In der Bundesrepublik ist nur ein Ausschnitt der LaRouche-Organisation bekannt: seit den siebziger Jahren die zunächst linksextreme, dann rechtslastige „Europäische Arbeiterpartei" EAP mit fast unveränderter Führungsriege um die Ehefrau des Amerikaners, Helga Zepp-LaRouche, das 1984 gegründete „Schiller-Institut" und die „Bürgergruppe Patrioten für Deutschland", die ein Jahr später ins Leben gerufen wurde und als neue Partei auftritt.

Durch großformatige Anzeigen in auflagenstarken Tageszeitungen, Aufrufe mit teilweise prominenten Unterzeichnern aus dem rechtskonservativen Lager und aktionsorientierten Kampagnen auf Straßen und Plätzen vieler Großstädte sind diese LaRouche-Organisationen aufgefallen. Doch niemand weiß so recht, was dahinter steckt. Der reichlich finanzierte aufwendige Apparat organisiert zwar öffentliche Kampagnen, vor einer kritisch fragenden Öffentlichkeit fürchten sich allerdings die LaRouches.

Während hierzulande die Medien und Politiker das Thema LaRouche mit Ignoranz strafen wollen, haben in Skandinavien und den USA die Journalisten zur Wachsamkeit aufgerufen. „LaRouche is no Joke", schrieb die angesehene ‚Los Angeles Times'. Die ‚Washington Post' veröffentlichte eine große, mehrteilige Serie, die ‚International Herald Tribune' brachte das Thema auf die Titelseite. Dennis King, freier Journalist in New York und weltweit bekanntester Publizist in Sachen LaRouche, sprach in einer Fernsehsendung von dem „abscheulichsten Antisemitismus, den dieses Land jemals gedruckt gesehen hat", und bezeichnet den großen Führer als einen „hardcore Neonazi".

In den Vereinigten Staaten treten die LaRouches als die schärfsten Befürworter militärischer Konfliktlösungen auf. Einerlei, ob es sich um nationale, soziale oder internationale Konflikte handelt, ob Drogenbekämpfung oder Aids – für die LaRouches gibt es nur eins: Krieg. „Krieg dem Rauschgift", „Krieg dem Aids" oder auch Krieg den Juden. Die „Strategie für den Kriegsgewinn" in der LaRouche-Wochenzeitung „New Solidarity" (in der Bundesrepublik „Neue Solidarität") vorgestellt: „Amerika muß für seinen gerechten Krieg durch die sofortige Eliminierung der nazistischen jüdischen Lobby und anderer britischer Agenten aus den Räten der Regierung, der Industrie und der Gewerkschaften gereinigt werden."

Bestürzt mußte die liberale Öffentlichkeit in den USA erkennen, daß dieser wahnsinnige Kampfeswille auch Teilerfolge erzielte.

Ihre alte Forderung war erfüllt, als der US-Vizepräsident George Bush ausnahmsweise öffentlich eine nationale Direktive bekanntgab, die den Einsatz der US-Armee bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels vorsah. Und tatsächlich gingen wenig später, im Juli dieses Jahres, 160 Mann der 193. Infanteriebrigade mit Truppentransportern in der bolivianischen Provinz Beni nieder, um mit sechs Black-Hawk-Hubschraubern die Rauschgiftregion zu „durchforsten".

Die „Operation Hochofen" hat zwar dem Drogenhandel keinen Schlag versetzen können, doch in Bolivien ist auf einmal alles anders: „USA besetzen Bolivien" titelte die Zeitung „Aqui", „wie eine Art Landung in der Normandie" kommentierte Jacobo Liebermann, Berater des bolivianischen Präsidenten.

„Am 12. Mai rollten die Panzer" frohlockten die LaRouche-Medien nach einem ähnlichen Einsatz in Peru. Zusammen mit einem leibhaftigen Luftwaffenmajor a. D. nahm Janice Hart, LaRouches erfolgreichste Frau in Chikago, die Parade ab.

Die eifrige Kämpferin versetzte die Demokratische Partei im US-Bundesstaat Illinois in Schrecken, als sie die Wahlen als Stellvertreterin des Gouverneurs mit der LaRouche-Wahlmaschine „National Democratic Policy Committee" (NDPC) überraschend gewann und der Kandidat von Gouverneur Stevenson durchfiel.

Mit der jüngsten Propagandainitiative waren die LaRouches in den USA ganz besonders erfolgreich. Mit Hilfe einer Bürgerinitiative unter dem Namen „Panic" organisierten sie eine Unterschriftensammlung für die Einführung der Meldepflicht bei Aids-Positiven. Trotz aufgeregten Protesten von Ärzteverbänden, Schriftstellern und zahlreichen politischen Organisationen war die Aktion im ersten Anlauf ein vorläufiger Sieg: 683 000 Unterschriften kamen für ein Volksbegehren in Kalifornien zusammen, fast doppelt soviele wie in dem US-Bundesstaat für ein Referendum notwendig sind.

Bei der eigentlichen Abstimmung Anfang November sprachen sich immerhin 29 Prozent der Wähler für die Aids-Meldepflicht aus.

Für LaRouche kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen: großspurig wurde gleich eine neue „Strategische Verteidigungsinitiative" aus der Taufe gehoben. Die Anlehnung an den militärischen Sprachgebrauch ist nicht ganz zufällig. Die LaRouche-Experten sehen die Ursache der Seuche in Moskau. Dort soll das Virus als Bio-Waffe entwikkelt worden sein.

2 Die deutsche Zentrale: die Villa Hellenbroich im Weindörfchen Stadecken-Elsheim

Die Aktivitäten des Lyndon H. LaRouche, ob in Venezuela oder Schweden, ob in Italien oder Indien, werden weltweit koordiniert in den Headquarters der LaRouches in Leesburg im US-Bundesstaat Virginia und in einer stattlichen Villa in Stadecken-Elsheim, einem kleinen Weindörfchen bei Mainz.

Das bescheidene Standardklingelschild an der Villa trägt ganz unscheinbar den Namen „Hellenbroich".

Hier wohnen Anno Hellenbroich und seine Frau Elisabeth, beide LaRouche-Mitstreiter in der Bundesrepublik seit der ersten Stunde. Das Domizil in der Christian-Reichert-Straße, zunächst von ihm gemietet, später von dem LaRouche-Aktivist und Wiesbadener Zahnarzt Dr. Martin Buck für mehr als 800000 Mark aufgekauft, ist mit zahlreichem kommunikationstechnischem Gerät ausgestattet, nach außen abgesichert wie sonst nur Rüstungsbetriebe oder die israelische Botschaft: Nato-Stacheldrahtrollen, neun Videokameras rund um eine hohe Betonmauer, permanente Nachtbeleuchtung, Metallamellen vor den Fenstern als Abhörschutz. Sicherheitsleute und Bewacher bewegen sich ständig um das Haus: mit Walkie-talkies ausgerüstet, mal zu Fuß, mal im Auto mit laufendem Motor — eine gespenstische Dorfidylle.

Für die Dorfbewohner ist das merkwürdig konspirative Verhalten in dem Haus am Rand der kleinen Gemeinde ein Rätsel. So zum Beispiel geriet ein Architekt ins Staunen, als die LaRouches ihm einen Auftrag ganz besonderer Art offerierten. Er sollte einen unterirdischen Sicherheitsbunker mit viel Beton entwerfen. „Für hohe Staatsgäste", erklärten die verhaltensauffälligen Dorfbewohner das aufwendige Baukonzept. Mindestens ein Auto sollte in den Bunker passen.

Diese aufwendige Absicherung ist schwerlich mit den Angaben des Hausbewohners Anno Hellenbroich zu erklären, die er als Kandidat der „Europäischen Arbeiterpartei" macht, wie zum Beispiel gegenüber der Stuttgarter Zeitung, der er berichtete, er sei „vor allem an Fragen interessiert, die mit der Kultur- und Erziehungsarbeit zu tun haben".

Der rätselhafte LaRouche-Kämpfer, schon in den siebziger Jahren vom Verfassungsschutz zur Führungsriege der Partei gezählt, erregte durch familiäre Bindungen zu den bundesdeutschen Geheimdiensten besonderes Aufsehen bei den Sicherheitskräften. Eine „BILD"-Meldung des Journalisten Meinhardt Graf Nayhauß brachte die Sache ins Rollen: „Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, hat seit längerem ein Auge auf eine Organisation, die am Rande der Verfassungsfeindlichkeit operiert. Das Pikante: Geschäftsführer dieser Organisation ist sein jüngerer Bruder Anno Hellenbroich."

Mit dem Sturz des Verfassungsschützers Hellenbroich nach der Tiedge-Affäre ist das Familienproblem jetzt gelöst. Die öffentliche Position der Innenminister, ob in Bund oder Land, und der Verfassungsschutzämter blieb trotzdem seit Jahren erstaunlich gleichlautend und einsilbig. Gebetsmühlenartig wird anfragenden Journalisten und besorgten Abgeordneten erklärt: „Sicherheitsrelevante Erkenntnisse liegen nicht vor."

Fragen nach Finanzierung, extremistischen Äußerungen, Zugängen zu militärisch relevanten Forschungslabors und Nachrichtensammleraktivitäten werden schlicht überhaupt nicht beantwortet.

3 Die „Patrioten für Deutschland" wollen die Wähler rechts von der CDU/CSU

„Wir wollen jetzt selbst die Macht übernehmen, nicht mehr immer nur in die CDU intervenieren" — Der Landtagswahlkampf wurde im Frühjahr 1986 in Niedersachsen mit ganz neuen Tönen geführt. LaRouche-Mitarbeiter gingen in ihrer Telefonagitation gegenüber Abonennten der „Neuen Solidarität" und anderen Interessierten zur Sache. Die „Partei", die so schnell in Hannover die Macht übernehmen wollte, nennt sich „Patrioten für Deutschland".

Ihr nächstes Ziel ist die Bundestagswahl. Ihre Kämpfer erklären zur Zusammensetzung: „Wir haben eine gesunde Mischung aus ehemaligen Militärs und Mittelständlern."

Mit teuren Anzeigen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der „WELT" und „BILD" sowie regionalen Zeitungen warb

die neue rechte Truppe um Anhänger. „Das große Problem besteht darin, daß die von der Bundesregierung versprochene Wende nicht stattgefunden hat. Bei Fortsetzung ihrer Wirtschaftspolitik wird die steigende Arbeitslosigkeit spätestens zur Wahlniederlage führen. Aber die Gefahr einer Staatsniederlage besteht nicht erst für 1987, sondern kann sich gegenwärtig sehr schnell an weiteren Spionageskandalen, Terrorismus und daraus resultierenden Regierungskrisen entwickeln.“

Die Forderungen könnten von jedem x-beliebigen CDU-Kreisparteitag stammen: „Ein rot-grünes Regierungsbündnis in Bonn muß verhindert werden“, die USA sind „einziger Garant unserer Freiheit“. Ja zu SDI und ein Friedensvertrag „für Deutschland in allen seinen Teilen, damit das deutsche Volk in nationaler Souveränität über sich selbst bestimmen kann“...

Im Hintergrund der „Patrioten“-Gründung im Ende 1985 stand neben der jetzigen Vorsitzenden, Helga Zepp-LaRouche, auch der Vorsitzende des Verbandes der Reserveoffiziere und ehemalige Präsident der US-amerikanischen Organisation „Peace through Strength“ (Frieden durch Stärke) Milton Croom.

Bei der Truppe blieb auch ein anderer prominenter Erstunterzeichner: Professor Friedrich-August Freiherr von der Heydte, Brigadegeneral und ehemaliger Landtagsabgeordneter in Bayern. Der Professor für Öffentliches Recht in Würzburg war Mitgründer und Präsidiumsmitglied des Vereines „Rettet die Freiheit“, der 1959 unter anderem von Rainer Barzel gegründet wurde. Er leitet außerdem das „Institut für Staatsrechtslehre und Politik e.V.“, von dem direkte Verbindungen zur „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ führten, eine der Geldwaschanlagen der konservativen Parteien.

Ein weiterer Patriot ist Karl Adolf Zenker, Vizeadmiral a. D. der Bundeswehr. Für Hitler bemühte er sich um den Seekrieg im Norden Europas. Treu bei LaRouche bleibt ein weiterer Militär vom Schlage Zenkers, Brigadegeneral a. D. Friedrich-Wilhelm Grunewald. Er mischte sich aktiv in den niedersächsischen Landtagswahlkampf ein und wurde mittlerweile zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Patrioten gewählt.

Grunewald, ehemals Referatsleiter im Bundesministerium der Verteidigung und stellvertretender Befehlshaber im Territorialkommando Süd, Heidelberg, war vor seiner neuen Politheirat aktiv in der CDU. Zuletzt als Vorsitzender des Landesfachausschusses Verteidigung in Baden-Württemberg.

Ein weiterer Unterzeichner der „Patrioten“-Aufrufe, Paul Albert Scherer, leitete bis zum 30. September 1977 den Militärischen Abschirmdienst (MAD). Mit seinem Namen eng verbunden sind mehrere illegale Abhöraktionen des MADs. Im Zusammenhang mit falschen Angaben über die Zahl dieser Aktivitäten mußten schließlich außer dem MAD-Chef auch der politisch verantwortliche Staatssekretär Helmut Fingerhut sowie der Verteidigungsminister Georg Leber ihren Hut nehmen.

Der frühere Nato-General Eberhard Noodt erschien nur in den ersten Anzeigen, später fehlte sein Name. Dennoch wußten die Patrioten von einem „ausgezeichneten Echo“ auf die teure Aktion zu berichten. Nach Ansicht des sozialdemokratischen Pressedienstes „blick nach rechts“ kosteten allein die Anzeigen in der FAZ etwa 170000 Mark. Geld spielt offenbar keine Rolle bei den Patrioten. Im Ergebnis der Niedersachsenwahl schafften sie immerhin den ersten Platz unter den kleinen Parteien, mit 11287 Wählern, oder 0,3 Prozent.

„Jetzt erst recht“ prangte die Überschrift in der „Neuen Solidarität, „wir werden den Kampf um die Freiheit Westeuropas verstärken!“

wissenschaftliche Beiträge neben platter Ideologie, Pseudowissenschaft und einer ganz besonderen Art von „Humor“. Kostprobe aus FUSION 1/1984: „Was ist schwarz und sitzt auf einem Baum? — ein Grüner nach einem Waldbrand.“

Andererseits stehen Wissenschaftler, wie der „erste Bundesdeutsche im Weltall“, Dr. Ulf Merbold, bereitwillig für Interviews zur Verfügung. Das Heft ist in wissenschaftlichen Bibliotheken wie etwa in der Kernforschungsanlage Jülich oder auch im Deutschen Bundestag einsehbar.

Mit dem FEF und seiner Zeitschrift FUSION ist es LaRouche gelungen, Zugang zu finden zu jenen Wissenschaftlern, die entweder noch selbst für Hitler an der Bombe bauten oder deren Schülern.

Zu den Alten gehört der mittlerweile emeritierte Professor Erich Bagge (74), ehemals Leiter des Instituts für Reine und Angewandte Kernphysik an der Christian-Albrecht-Universität, Kiel. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete Bagge in der „Gruppe Diebner“, benannt nach dem Leiter des Kernforschungsreferats in Hitlers Heereswaffenamt, Dr. Kurt Diebner. Nach dem Krieg war Bagge maßgeblich am Bau des Atomschiffs Otto Hahn beteiligt und Leiter der Forschungsgesellschaft für Kernenergieverwertung im Schiffbau und Schiffahrt (GKSS) in Geesthacht bei Hamburg. Verständlich, daß er sich in FUSION besonders gerne über die reaktorbedingte Seefahrt ausläßt.

Außerdem verfügt Bagge über gute Kontakte zu einem Institut, das für das Bundesverteidigungsministerium die Entwicklung auf dem Gebiet der strategischen Waffen beobachtet: Atomwaffen, Trägersysteme, Strahlenwaffen.

Schon mal zu Gast in diesem „Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftliche Trendanalysen“ (INT) in Euskirchen bei Bonn war auch ein Bagge-Schüler und weiterer Mitstreiter der FUSION, Friedwardt Winterberg. Der Professor für theoretische Physik an der University of Nevada veröffentlichte im FEF-Verlag ein umfangreiches Buch über die Wasserstoffbombe.

4 Die „Patrioten“ unterwandern gezielt die deutsche Atomwirtschaft

Fusions-Energie-Forum e. V.“ nennt sich der bundesdeutsche Zweig, abgekürzt FEF. Sein Sitz befindet sich in der Schiersteiner Straße 6 in Wiesbaden. Bei seiner Gründung 1978 konnten die LaRouche-Jünger zurückgreifen auf einschlägige Erfahrungen in den USA. Dort bestand seit längerer Zeit die US „Bruderorganisation“ — „Fusion Energy Foundation“ (FEF).

In seinem Zentralorgan der in mindestens fünf Sprachen, unter anderen in Frankreich, Mexiko, USA, Italien, erscheinenden Zeitschrift FUSION oder Fusione, Fusión finden sich durchaus seriöse

Der langjährige Beobachter der LaRouche-Szenerie in den USA, Dennis King, meinte in diesem Zusammenhang, die LaRouche-Truppe sei wohl die einzige extremistische Sekte, die wüßte, wie eine Wasserstoffbombe anzufertigen sei. In „FUSION Nr. 2/81" forderte Winterberg dazu auf, mit Kernfusionsantrieb das Weltall zu besiedeln.

Ungewöhnliche Ideen hat auch Walter Seifritz, ein durchaus angesehener deutscher Reaktorphysiker an der Technischen Hochschule Zürich. Er schlägt vor „... auf Energieinseln in unterirdischen Kavernen Kernsprengkörper periodisch zu zünden, um so Kernbrennstoff und Wasserstoff zu erzeugen..." Unterirdische Atomexplosionen zur Nutzung ganz friedlicher Energie sozusagen. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist eine höchst unfriedliche Kernfusion, wie sie schon seit 1952 bekannt ist, dem Zeitpunkt der Zündung der ersten Wasserstoffbombe.

Walter Seifritz, geboren am 14. Juni 1939 in Tuttlingen, ist Direktor des Eidgenössischen Instituts für Reaktorphysik. Er gehört zur Stammtruppe der Wissenschaftler rund um das Fusions-Energie-Forum. In Kürschners Gelehrtenkalender ließ er die FUSION immerhin als eines seiner wissenschaftlichen Publikationsorgane vermerken, eingereiht zwischen „Atomwirtschaft" und „Temp. Technik".

Von der alten Truppe ist wiederum Dr. Adolf Busemann. „Ein Gigant auf dem Gebiet der Aerodynamik" – wie ihn die FUSION lobpreist. Busemann entwickelte für Hitler unter anderem den Pfeilflügel für Düsenjäger und befaßte sich mit Hohlladungsgeschoß-Theorien – eine für die effektive Zündung von Atomwaffen essentielle Forschung. Busemann gehört bei FUSION neben dem verstorbenen Dr. Arnold Krafft Ehricke zu den am meisten gefeierten Wissenschaftlern.

Dessen Sprüche kamen bei LaRouche gut an. Kostprobe: „Es gibt keine Grenzen des Wachstums – denn das Weltall ist unser siebter Kontinent." Krafft A. Ehricke hatte für Hitler an den „Wunderwaffen", den V2-Raketen, gearbeitet, die in Peenemünde entwickelt wurden. Als Raketenfachmann baute er nach dem Krieg mit an den US-amerikanischen Weltraumraketen „Atlas" und „Centaur".

Ehricke ging 1981 als Gast der FEF auf Vortragsreise, unter anderen in die Bundesrepublik, und hatte – nach eigener Darstellung – „viele Diskussionen mit jungen Menschen in der amerikanischen und deutschen FEF gehabt".

Wie die übrigen LaRouche-Organisationen, so veranstaltet auch das Fusions-Energie-Forum internationale Konferenzen und Tagungen. Fusion-Autor Dr. Steven Bardwell erhielt zum Beispiel Einladungen zu Vorträgen in Mexiko, veranstaltet vom Mexikanischen Petroleum-Institut. Kontakte zu Diplomaten wurden über das FEF auch in Bonn aufgebaut. Mit einer Studie über „Die Industrialisierung Afrikas" wandten sich die Fusionsenergiekämpfer an die in Bonn residierenden Diplomaten. Zur Vorstellung des Werkes erschienen, Angaben der FUSION zufolge, über vierzig Personen, vorwiegend Angehörige der Botschaften von Äthiopien, Elfenbeinküste, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Togo und Zaire. Ihnen versicherte die Mitautorin Helga Zepp-LaRouche, die Afrikaner könnten die Probleme des Kontinents nicht alleine lösen. Da müsse „harte Technologie" ran, ergänzte Hans Bandmann als weiterer Autor. Stahlwerke und AKW – für Afrika.

Auch in offiziellen Bundeswehrzeitschriften verschafften sich die Leute vom FEF Zugang. So veröffentlichte die „Europäische Wehrkunde – wehrwissenschaftliche Rundschau" einen Beitrag von Dr. Steven Bardwell über „Strahlenwaffen" und die Reagan-Rede vom 23. März 1983.

Die Bearbeitung dieses für die bundesdeutsche Verteidigungspolitik nicht eben unwichtigen Themas durch einen – als solchen auch ausgewiesenen – LaRouche-Mann muß besonders überraschen, wenn man sich den offiziösen Charakter des Blatts anschaut. Die „Europäische Wehrkunde" ist laut Impressum „offizielles Organ und Pflichtblatt der honorigen Gesellschaft für Wehrkunde e. V. und weiterer Soldaten-Verbände", sie erscheint „unter ständiger Mitarbeit von Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr".

5 Mordverdacht. Tötete ein EAP-Mitglied den schwedischen Premier Olof Palme?

Am 18. März 1986 lief morgens um 9.50 Uhr eine Meldung über die Ticker der „Deutschen Presse-Agentur", die die LaRouche-Organisationen für zwei Wochen weltweit in die Schlagzeilen brachte: „Mordverdächtiger Schwede Mitglied rechtsextremistischer Organisation." Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet" hatte berichtet: „Der im Mordfall Olof Palme als Tatverdächtiger verhaftete Victor Gunnarsson wurde 1984 Mitglied der ‚Europäischen Arbeiterpartei' (EAP)." Die Zeitung berief sich auf eine Mitgliederliste der von ihr als rechtsextrem bezeichneten EAP mit 1800 Namen, die im Zusammenhang mit Parlamentswahlen den zuständigen Behörden eingereicht wurde.

Der „Wiesbadener Kurier" am Sitz der bundesdeutschen EAP hatte seine Titelgeschichte: „Tatverdächtiger Schwede war bis 1985 EAP-Mitglied – Partei distanziert sich von Palme-Mord." Eiligst dementierte die EAP. Nein, Gunnarsson sei kein Mitglied gewesen, sondern habe sich lediglich darum beworben...

Victor Gunnarsson bestritt jede Beteiligung an dem Attentat. Der Tatverdacht gegen ihn basierte vor allem auf Zeugenaussagen, wonach er sich zur Mordzeit in der Nähe des Tatorts aufhielt. Auffälliges Benehmen – er versuchte zunächst von vorbeifahrenden Autos mitgenommen zu werden, als dies mißlang, verschwand er in der Nachtvorstellung eines nahegelegenen Kinos, lange nach Beginn der Vorstellung – und die Palme-Hetze seiner Partei stärkten den Verdacht. Seine in den USA lebende Exfrau lieferte per Interview ein mögliches Tatmotiv. Der Zeitung „Aftonbladet" erklärte sie: „Er glaubte, daß Palme Schweden der Sowjetunion eingemeinden und damit in des Teufels Grab bringen werde."

Gar nicht so abwegig, diese Gedankenwelt – jedenfalls für jemand, der fleißig LaRouche-Publikationen las.

Eine Kostprobe: „Schwedens Bevölkerung wird von einem Wahnsinnigen gelenkt, einem geistesgestörten Mörder, der aus der

düsteren Winternacht auftaucht, mit einer Axt in Bereitschaft. Hinter der demokratischen Maske steckt der wirkliche Olof Palme, eine rasende Bestie, ein Mörder mit der Axt, der Teufel schlechthin." Auch in der deutschen Ausgabe der „Neuen Solidarität" wurde der Ermordete in den siebziger Jahren in dieser Stürmer-Sprache charakterisiert. In der Ausgabe vom 18. Juni 1975, presserechtlich verantwortet von Anno Hellenbroich, konnte man Palme mit der Axt in der Hand und mit weit aufgerissenen Augen als lüsternden Teufel sehen. Darunter die Schlagzeile: „Palme: Des Teufels Beelzebub." Darunter ein Text, offenbar eine lockere Übersetzung aus dem Schwedischen: „Die schwedische Bevölkerung wird von einem Verrückten regiert, einem Lustmörder, der aus der bitterkalten Winternacht heranschleicht. ... Hinter der demokratischen Maske steckt der wahre Olof Palme, eine bösartige Bestie, Beilmörder, des Teufels Beelzebub selbst."

Victor Gunnarsson jedenfalls ist zunächst einmal aus der Patsche. Die veröffentlichten Indizien gegen ihn reichten nicht für eine gerichtliche Anklage. Er wurde freigelassen und das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt.

Zeitgleich zu diesem eigens für den WIENER geschriebenen Dossier erscheint von Lorscheid/Müller in der Reihe Rowohlt aktuell (Nr. 5916) das Buch „Deckname: Schiller. Die Deutschen Patrioten des Lyndon H. LaRouche" (DM 9,80).



Helga Zepp-LaRouche. Vorsitzende der „Patrioten für Deutschland". Grüne beschimpft sie als verkappte Nazis, Sozialdemokraten als dumme Grün-Sympathisanten, das Hirn von Kanzler Kohl sei „grad so groß wie eine Erdnuß". Der Holocaust ist für sie ein „Schwindel" einer verdeckt operierenden zionistischen Lobby in Deutschland. Verheiratet ist die Dame mit dem Amerikaner Lyndon H. LaRouche, der am 7. Juli 1978 sagte: „Es ist nicht notwendig, braune Hemden zu tragen, um ein Faschist zu sein. Es ist nicht notwendig, ein Hakenkreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein. Es ist nicht notwendig, sich selbst Faschist zu nennen, um ein Faschist zu sein. Es ist einfach nur notwendig einer zu sein!"



Anno Hellenbroich. Er ist der Bruder des über die Tiedge-Affäre gestürzten ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes Heribert Hellenbroich. Seine Villa im Weindörfchen Stadekken-Elsheim ist die deutsche Zentrale des weltweiten LaRouche-Imperiums — rund um die Uhr von Bodyguards bewacht, gesichert mit NATO-Stacheldraht und TV-Kameras. Seine Organisation, die „Europäische Arbeiterpartei", behandelt Demokraten wie Brandt, Genscher und Kelly als Staatsfeinde. Olof Palme wurde als „Lustmörder, Verrückter, Bestie und Beilmörder" bezeichnet — in einer Zeitschrift, für die Hellenbroich als presserechtlich Verantwortlicher zeichnete.

Die LaRouche-Organisation in der Bundesrepublik

Organisationen
Europäische Arbeiterpartei (EAP)
Akademie für Humanistische Studien
Club of Life
Anti-Drogen-Koalition (ADK)
Deutsch-französisches Komitee zur Förderung der Kernenergie
Fusions-Energie-Forum (FEF)
Schiller-Insitut (SI)
Bürgergruppe „Patrioten für Deutschland"

Gesellschaften
Campaigner Publications Deutschland GmbH & Co. Vertriebs KG
Executive Intelligence Review Nachrichtenagentur GmbH
Verlag Karl-Heinz Holz
Dr. Böttiger Verlag
P&P Progress-GmbH & Co. Besitz-, Vermietungs- und Service-KG
P&P Betriebsverwaltungsges. mbH

Medien
Neue Solidarität (Wochenzeitung)
Fusion
Ibykus
Spuren und Motive
Executive Intelligence Review (EIR)
Außerdem zahlreiche Bücher und „special-reports".
Fast alle Organisationen und Gesellschaften haben ihren Sitz in Wiesbaden und besitzen ein Pendant in den Vereinigten Staaten.

TAZ 29-11-1986

Gefängnisstrafe für Neonazi Hepp

Der in der BRD gesuchte Neonazi Odfried Hepp ist am Donnerstag in Paris wegen Besitzes falscher Pässe zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.